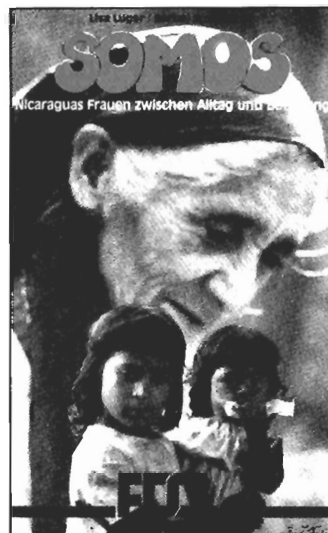


Wieder lieferbar!
Erweiterte Neuauflage 1986
Jetzt 310 S. mit 48 Abb., DM 12,80

FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /
Bärbel Sulzbacher

**SOMOS — Nicaraguas
Frauen zwischen Alltag
und Befreiung**

286 S. mit 40 Abb., DM 12,80

"SOMOS" — "Wir sind" ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaragua-nische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem 'Lesebuch' informieren über

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den "machismos"
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

14. JAHRGANG DER

CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Oktober 1986

DM 4,50

152

BOLIVIEN: ÜBERLEBENSSTRATEGIEN?



Aus dem Inhalt:

CHILE: Nach dem
Attentat

BOLIVIEN:

Ein Land wird zu
Tode kuriert

NICARAGUA:

Bericht
vom Sommer '86

ARGENTINIEN:

Ökonetzwerk

URUGUAY: Kein

Vergessen, sondern
Gerechtigkeit!

front" zurückkehrt und hier seinen Dienst tut...?

Erinnern wir uns, als vor Jahren der chilenische Oberst Ackerknecht seinen Posten als Militärattaché in Bonn räumen mußte, weil er als Folterer erkannt worden war. Ackerknecht hatte zuvor an einem Lehrgang der Führungsakademie der Bundeswehr teilgenommen. Bundesverteidigungsminister Leber (SPD) erklärte damals einer beunruhigten Öffentlichkeit, Pinochets Offiziere hätten derart Gelegenheit, den Geist einer demokratischen Armee kennenzulernen...

Spiegelt der deutsche Oberstleutnant in Santiago diesen demokratischen Geist der Bundeswehr???

Ankündigung

Edition FDCL 9

Ankündigung

ISIDORO BUSTOS



DIE VERFASSUNG DER DIKTATUR

DIE ENTWICKLUNG DER GRUNDRECHTE IN CHILE

FDCL

1980 gab sich das chilenische Militärregime eine auf die Diktatur General Pinochets zugeschnittene Verfassung, die Wirtschaftsliberalismus und politischen Autoritarismus zementieren soll. Sie ersetzt eine Verfassung, die die weitreichendste Entwicklung einer bürgerlichen Demokratie in Lateinamerika widerspiegelte und selbst einen konstitutionellen "Weg zum Sozialismus" zu ermöglichen schien. Anhand der Entwicklung der Grundrechte analysiert der Autor den langen Demokratisierungsprozeß und den blutigen Bruch mit der bürgerlichen Demokratie durch den Putsch des Militärs.

Herbst 1986, ca. 250 S. DM 19,80
ISBN 3-923020-06-6

Einladung zur Subskription

*

Einladung zur Subskription

Für schnell Entschlossene bieten wir das Buch zum Subskriptionspreis von DM 15,- (incl. Porto). Dieses Angebot gilt nur für Bestellungen bis zum 30.10.1986 (Datum des Poststempels), denen ein Verrechnungsscheck über DM 15,- beigelegt ist.

Bestellungen bitte an: LN-Vertrieb

Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

CHILE

Nach dem Attentat

Das Mißlingen des Attentats gegen Pinochet hat dessen Stellung momentan sicher wieder gefestigt; gelöst ist die Krise seines Regimes damit keinesfalls. Genau das, womit er seine Herrschaft immer wieder zu legitimieren versucht - der "Kampf gegen den Kommunismus" - wird der blutige Ort seines Scheiterns.

Nach dreizehn Jahren Militärherrschaft und Pinochet-Diktatur ist die chilenische KP mindestens genauso stark, wenn nicht stärker als zur Zeit des Putsches - so jedenfalls versichern Korrespondenten reihum in diesen Septembertagen. Daß Pinochets Politik das politische Lager erst richtig stärkt, das zu vernichten er antrat - diese Sorge bestimmt zunehmend die Haltung Washingtons gegenüber Pinochet.

Der jetzt wieder verhängte Belagerungszustand gibt Pinochet die legale Möglichkeit, jede öffentliche Regung von Opposition zu verhindern, deren Führer ohne juristische Formalitäten zu verhaften, innerhalb des Landes zu verbannen oder ins Exil zu schicken; die Zensur der Medien erlaubt es, daß die Öffentlichkeit davon nur begrenzt oder verspätet erfährt.

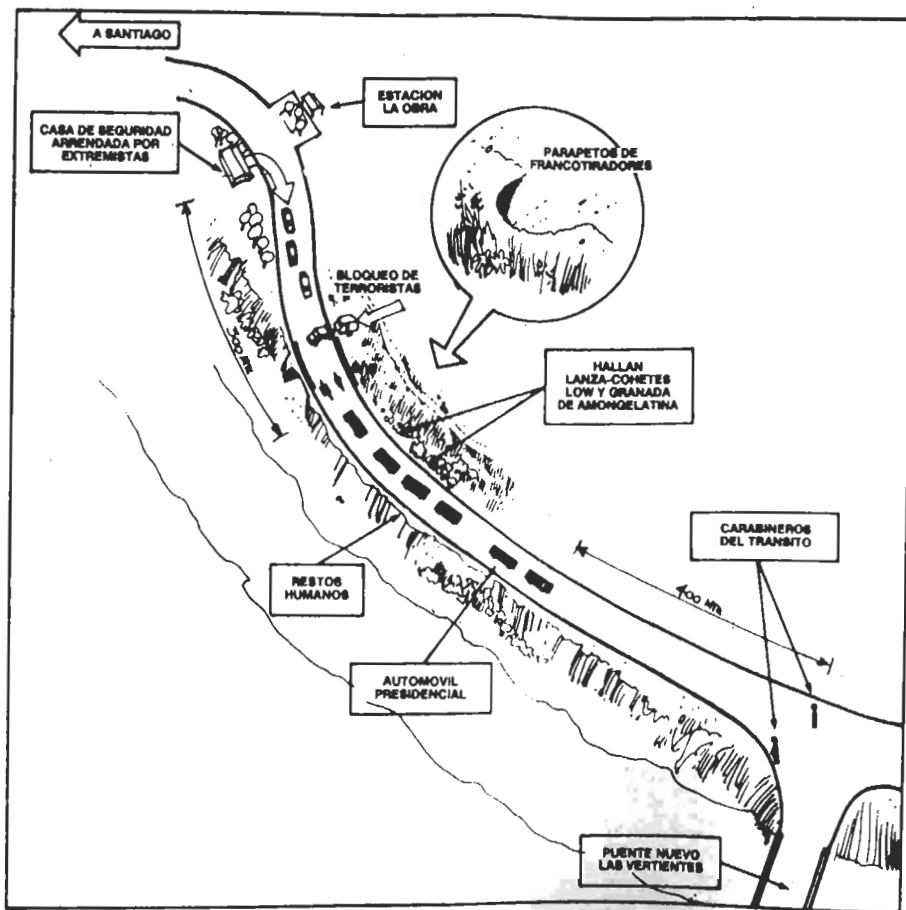
Mit diesem Repressionsinstrument, das die Junta der Oberkommandierenden ihm zunächst für drei Monate zugestand, kann er die öffentlich auftretende Opposition weitgehend mundtot und bewegungslos machen. Der Geheimdienst kann ungenierter agieren, und Todeschwadronen werden killen; er kann die Bevölkerung mit diesen Mitteln wieder verstärkt einschüchtern - aber gegen die in der Illegalität agierende Opposition helfen diese Instrumente kaum, somit wächst wieder die "Gefahr", daß dem sagenhaften Ungeheuer Kommunismus weitere Köpfe zuwachsen - siehe oben.

DIE SCHWÄCHE DER OPPOSITION

Nach dem relativen Erfolg der Streiktage am 2. und 3. Juli gelang es der Opposition nicht, die soziale Mobilisierung auf diesem Stand zu halten oder sogar zu steigern, wie sie es zuvor verkündet hatte. Die "Bürgerversammlung" (Asamblea de la Civilidad), die zum Streik aufgerufen hatte, zeigte aber auch die Grenzen ihrer Führungsstruktur. Denn als die führenden Vertreter der einzelnen Verbände im Juli verhaftet wurden, trat eben nicht, wie zuvor angekündigt, eine zweite und gar dritte Riege zur weiteren Massenmobilisierung an deren Stelle, sondern mit der Inhaftierung der "dirigentes" blieb die "Bürgerversammlung" sowohl kopf- als auch aktionslos.

Die beiden politischen oppositionellen Blöcke fanden auch weiterhin nicht den Minimalkonsens einer gemeinsamen politischen Plattform: im Gegenteil: Vom gemeinsamen Aufruf zum Protest am 4. September - dem traditionellen Tag der Präsidentschaftswahl - zog der Bürgerblock sich zurück, weil er sich angesichts der erfundenen oder gefundenen Waffenverstecke der Linken in der chilenischen Wüste wieder einmal das Thema "Gewalt" hatte aufs Auge drücken lassen. Ob die Bürgerversammlung (wie für den 25. September geplant) in diese politische Flaute noch einmal Dynamik gebracht hätte...?

Pinochets "guter Stern" 



Eine Lageskizze des "Attentatsortes" (dem chilenischen 'Mercurio' entnommen); "Deutsche Wertarbeit", ein nagelneuer gepanzerter Mercedes 500, rettete dem Diktator das Leben ...

Dem Aufruf des allein gelassenen linken MDP zum Protest am 4.9. wurde laut Augenzeugenberichten nur wenig Folge geleistet. Jedenfalls kam das für die Jahresmitte eigentlich angesetzte Stück "Das entscheidende Jahr" über einige Probenveranstaltungen nicht hinaus; statt dessen erregten Veranstaltungen auf Neben Bühnen zunehmendes Interesse.

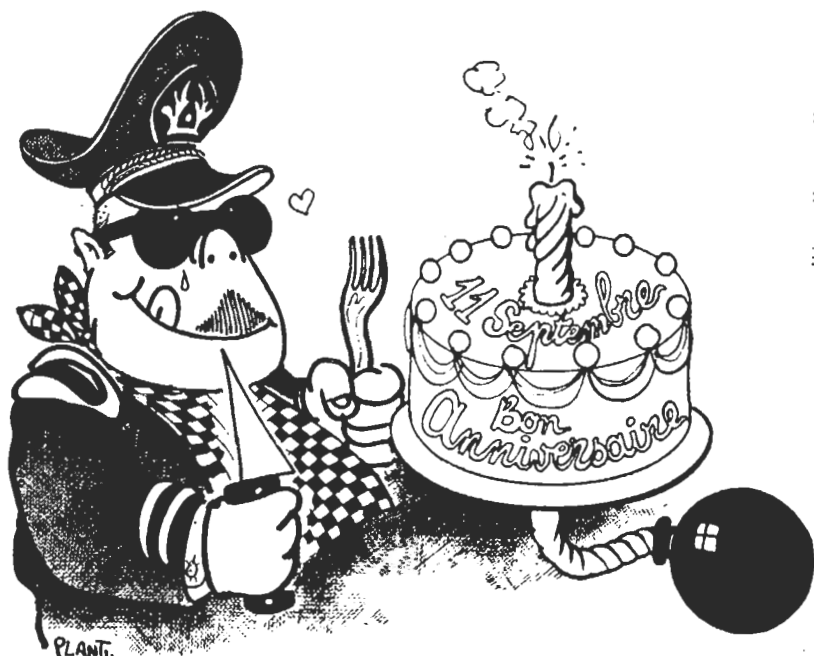
DISSONANZEN MIT UNCLE SAM

Ähnlich der furiosen Ein-Mann-Show "Diktatorenschelte" von und mit Heiner Geißler bei seinem Chile-Besuch im Juli spielte Washington eine weitere Szene seiner Inszenierung "Die Daumenschraube". Das US-Außenministerium ließ auf verschiedenen Ebenen in einer Folge gezielter Einmischungen in Chiles innere Angelegenheiten von Botschafter Barnes bis zu Staatssekretär Elliot seinen Wunsch verkünden, daß es bald reale Schritte beim Übergang zur Demokratie in Chile sehen wollte; daß Pinochet solche Schritte vermissen lasse; daß die nationale Übereinkunft eine gute Grundlage für einen solchen Übergang biete. Stets klang auch die Sorge mit, ein Festhalten an der starren Haltung Pinochets werde zu einer weiteren Polarisierung - sprich: Stärkung der linken Kräfte - führen. Abrams drohte sogar mit der Erwägung, im Oktober sollten die USA gegen einen 250 Millionen Dollar-Kredit der Weltbank für Chile stimmen.

Ein gezielter Affront war schließlich die Meldung, ein US-Geheimdienst (wohl die CIA) habe den militärischen Funkverkehr in Chile



ausgehört; daß damit Beweise für die Rolle der Militärs im Falle der "Verbrannten"(s.u.) angefallen seien, war wohl nur zweitrangig - der wichtigere Teil der "Botschaft" war, daß plötzlich auch die Rede von Kontakten zu chilenischen Militärs war, die nicht mehr hinter Pinochet stünden. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bedeutete der Besuch von US-General Galvin in Santiago im August; Galvin kommandiert, mit Sitz in Panama, das "Südkommando" der US-Streitkräfte und ist gleichzeitig Koordinator zwischen dem US-Militär und den südamerikanischen Streitkräften. Demonstrativ begleitet von Botschafter Barnes, der dem Regime in Santiago auf die Nerven geht, betonte Galvin die Wichtigkeit, "eine Übereinstimmung der Werte zwischen zivilen und militärischen Führern herzustellen" - eine Binsenweisheit, gewiss; nur nicht in den Ohren Pinochets. Und er hob hervor, er habe unter chilenischen Militärs "eine gesunde Haltung gegenüber einer wirklichen Demokratie" vorgefunden. Was Galvin mit wirklichem Demokratieverständnis auch meinen mag - deutlich sollte signalisiert werden, Washington habe Kontakt zu Militärs, die nicht (mehr) uneingeschränkt zu Pinochet stünden.



aus "Le Monde"

Genauere Ausführungen Galvins soll Oberst Haerberle bei sich geführt haben, den die Untergrundorganisation "Manuel Rodriguez" im August für ein paar Tage entführte; danach soll Galvin Pinochet noch zwei Monate Frist gegeben haben mit dem Angebot Washingtons auf ein ehrenhaftes Exil in den USA.

Als ein Indiz dafür, daß die "monolithische Einheit" in Pinochets Machtbasis, den Streitkräften, auch trotz des Attentats weiterhin Risspuren zeigt, wird die Äußerung von General Danús gewertet, der die Ermordung des Journalisten José Carascao verurteilt und ihre Aufklärung verlangt. Danús machte schon im Juni von sich reden, als er für einen Dialog mit der Opposition eintrat. Danús kommandiert zwar fern von der Hauptstadt, nämlich im tiefen Süden in Punta Arenas; innerhalb der Militärhierarchie hat er dafür umso mehr Gewicht.

Auch die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR) geht dagegen an, die Streitkräfte stünden bedingungslos auf seiten Pinochets: sie präsentierten im August ein paar verummte Militärs, die zu Manuel Rodriguez übergewechselt seien oder aus dem Innern der Streitkräfte für den FPMR arbeiteten. In diese Richtung zielt auch die Erklärung vom 10. September, in der die FPMR die Verantwortung für den Anschlag auf Pinochet übernimmt und auf Angehörige der Streitkräfte in ihren Reihen verweist.

DIE REGEL UND DIE AUSNAHME

Die chilenische Justiz ist seit dreizehn Jahren und bis heute ein verlässlicher Komplize der Diktatur; die Ausnahmen lassen sich namentlich aufzählen. Die Regel bestätigte Untersuchungsrichter Echavarría, als er als "Wahrheit" gelten ließ, was die als Zeugen geladenen Militärs ihm gleichlautend erklärt hatten: die beiden Jugendlichen Rodrigo Rojas und Carmen Gloria Quintana hätten sich am 2. Juli selbst vor den Augen der Militärs in Brand gesetzt. Dieses Untersuchungsergebnis war so horrend, daß selbst das zuständige Militärgericht es nicht mittragen wollte und die Anklage erweiterte: es entschied, der die Patrouille führende Leutnant habe "unnötige Gewalt" angewendet, ein eigens für Angehörige der Streitkräfte definiertes Delikt. Verblüffung erregte die Tatsache, daß die Entscheidung über die neue Anklage mit 4:1 Stimmen erfolgte; wider Erwarten stimmten die Vertreter von Luftwaffe und Polizei mit den zwei zivilen Richtern GEGEN das "Heer" - und FÜR die Erweiterung der Anklage. Gleich noch einmal schien die Regel durchbrochen, als Untersuchungsrichter Carlos Cerda gegen 38 Militärs und zwei Zivilisten Anklage erhob wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung: er beschuldigte sie, für die Entführung (und Ermordung) von zehn Kommunisten im November und Dezember 1976 verantwortlich zu sein, seine Anklage reichte hinauf bis zu Ex-Luftwaffengeneral und Ex-Juntamitglied G. Leigh.

Aber die Justiz sorgte dafür, daß DIE REGEL wieder Geltung erhielt: der Oberste Gerichtshof disqualifizierte Richter Cerda in einer dienstlichen Beurteilung mit einer schlechten Note; das Ap-



Richter Cerda

pelationsgericht (20.8.) setzte den Prozess aus, bis über die Anwendung des Amnestiegesetzes für Militärs entschieden ist. Richter Cerda mag noch ein, zwei juristische Finten schlagen, mag vorführen, was ein ehrlicher Richter in Chile aufzuklären vermag, wenn er nur will; die volle Aufdeckung der Wahrheit und Verkündung eines gerechten Urteils wird DIE CHILENISCHE JUSTIZ weiter zu verhindern wissen.

BOLIVIEN

Ein Land wird zu Tode kuriert

Während des letzten Jahres war unsere Bolivien Berichterstattung mehr als spärlich. Deshalb erscheint es uns sinnvoll, wenn wir - wiederum mit Verspätung - den Jahresbericht unserer Korrespondentin abdrucken. Er umfasst den Zeitraum August 1985 bis April 1986. Aber die hier analysierte "neue" liberale Wirtschaftspolitik der MNR-Regierung hat derzeit wieder ein neues nationales Opfer gefordert: die staatliche Bergbaugesellschaft COMIBOL. (Siehe Artikel in diesem Heft: "Der lange Marsch der Bergarbeiter"). Ein weiterer Schwerpunkt in dem Artikel liegt auf dem Zerfall und dem Prestigeverlust der Linken und des Gewerkschaftsdachverbandes COB. Ihre Ohnmacht drückt sich derzeit wieder aus: es fehlen realistische Alternativen zur Bergbaumisere. Das Elend des Bergbaus, verstärkt durch den Zinnverfall ist allerdings nicht Thema dieses Artikels. Diesbezüglich verweisen wir auf die LN 146.

DIE NATIONALE REVOLUTION WIRD ZU GRABE GETRAGEN

Zur Erinnerung: Bei den von der Linken und der COB erzwungenen vorgezogenen Wahlen 1985, gelang es den Rechten mit dem MNR-Chef und bereits zweimaligen Präsidenten Paz Estenssoro, an die Regierungsmacht zu gelangen. Dies war nach zwei Jahren Streik und wirtschaftlichem Desaster nicht verwunderlich. Unerwartet war hingegen die Rücksichtslosigkeit und Rigorosität, mit der die neue Regierung die vom IWF geforderten Maßnahmen durchsetzte. Durch Verhängen des Belagerungszustandes wurden die Massenproteste zum Schweigen gebracht. Aber auch die Eigenschuld der COB am Zerfall der Gewerkschaftsbewegung und die Wehrlosigkeit gegenüber den rechten Angriffen sollen im folgenden nicht heruntergespielt werden.

Die Basis des heutigen "modernen" bolivianischen Staates wurde durch die nationale Revolution von 1952 geschaffen. Die Landreform verwandelte die ehemaligen Leibeigenen zu landbesitzenden Kleinbauern, die zudem auch erstmals Wahlrecht erhielten. Mit der Verstaatlichung der großen Zinnminen wurde der Staat auch zum wesentlichsten Wirtschaftsfaktor. Aber auch im ideologischen Bereich blieb die Nationale Revolution prägend: selbst die späteren Militärdiktatoren kamen nicht umhin, sich auf 1952 zu berufen, beispielsweise als "Retter der Nationalen Revolution".

Diesem Mythos der Nationalen Revolution hatte Paz Estenssoro

es zu verdanken, daß er trotz seiner späteren Rechtspolitik in seiner zweiten Regierungsperiode (1960-64) und trotz seiner anfänglichen Unterstützung für die Militärdiktatur Banzers (1971-78) von einem populistischen Schein umwoben blieb. Nach dem erwarteten Wahldebakel der völlig zersplitterten Linksparteien unterstützten daher auch sie die Wahl von Paz Estenssoro zum neuen Staatspräsidenten. (In Bolivien sieht die Verfassung Parlamentswahlen vor, wenn keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht.) Der Ex-Diktator Banzer, der mit knappem Vorsprung vor Paz Estenssoro die relative Stimmenmehrheit erhalten hatte, wurde damit an der Übernahme der Regierungsgewalt gehindert. Die These von Paz Estenssoro als dem "kleineren Übel" (im Verhältnis zu Banzer), wurde auch in breiten Teilen der Gewerkschaftsbewegung verfochten.

Die Bestürzung war daher umso grösser, als Paz Estenssoro wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt sein neues Wirtschaftsprogramm vorlegte. Obwohl Paz Estenssoro während seiner Wahlkampagne keine Zweifel aufkommen ließ, daß er mit dem IWF ein Abkommen suchen würde, hatte niemand die rigore Härte erwartet, mit der die IWF-Forderungen nun zum Inhalt der neuen Wirtschaftspolitik werden sollten. Paz Estenssoro scheute sich auch nicht, die bisher explizit nie angestasteten Mythen der Nationalen Revolution über Bord zu werfen. Im Gegenteil: mit stolzem Pathos verkündete er - der große Revolutionsführer von 1952 - nun den Anbruch einer neuen Epoche, der des "pragmatischen Realismus".

Die neo-liberalen Grundsätze des neuen Wirtschaftsprogramms sind dennoch nicht so neu, wie die Regierung glauben machen möchte. Ebenso rücksichtslos und mit verheerenden Folgen waren sie bereits von Pinochet durchgesetzt worden. Im Falle Boliviens bedeutet dies nun also ebenfalls: aufgehobene Preiskontrolle, eingefrorene Löhne, gestrichene Subventionen, alle unrentablen Staatsunternehmen (wie fast die gesamte Zinnindustrie) liquidiert, Aufhebung der Importbeschränkungen, freier Devisenmarkt und damit Abwertung des Pesos auf weniger als einen Zehntel seines früheren Tauschwertes.

Bedenkt man die horrenden Inflationsrate von rund 3.000% während des Jahres 1984, so war es durchaus sinnvoll, die Inflationsbekämpfung als Primärziel anzusteuern. Als erstes wurde daher der Wechselkurs zum Dollar freigegeben, wodurch das frühere Mißverhältnis zwischen offiziellem und schwarzem Wechselkurs (zeitweise bis 1:10) beinahe gänzlich verschwand. Aber eben nur beinahe: die vom Staat am Bolsin (Börse) verkauften Devisen zur Stabilisierung des Wechselkurses sind weder in beliebiger Menge erhältlich, noch werden sie jedem Beliebigen verkauft. Zugang zu den Dollars haben nur Geschäftsleute mit einem Mindesteinsatz von 5.000 Dollar (eine spätere Verfügung, auch kleinere Beträge an Private abzugeben, blieb kaum mehr als eine Propagandaaktion, da

die bürokratischen Hürden dies wirksam zu verhindern wissen). Die vom Staat gekauften Dollars werden zum Großteil über die Schwarzhändler weiterverkauft. Da niemand der Absichtserklärung der Regierung vertraut, der Peso bleibe stabil, übersteigt die Nachfrage noch immer das Angebot im Devisengeschäft. Mit rund 5%igem täglichen Gewinn ergibt sich somit für die meisten Börsengänger ein profitreiches Schiebergeschäft, das den Spekulationssinn der hiesigen Geschäftswelt weiter fördert. Die Regierung vergrößert durch ihre "Stützungsaktionen" nicht nur den ohnehin gewaltigen Schuldenberg, die vom Staat verkauften Dollars werden zudem aus den ausländischen Krediten abgezweigt, die dann zur Reaktivierung der Produktion fehlen. Ergänzt werden die Dollars natürlich auch aus den Taschen der Kokain-Mafia. Die neuen Investitionsrichtlinien des jetzigen Wirtschaftsmodells erleichtert es ihnen, ihr Geld auf dem nun legalisierten Schwarzmarkt weißzuwaschen und somit ihre Einflußmöglichkeit auf die gesamte bolivianische Wirtschaft weiter auszubauen.

Im "neuen" Wirtschaftskonzept wird - sicherlich sehr zu Recht - das Staatsdefizit als Hauptursache für die Wirtschaftskrise bezeichnet. Durchaus folgerichtig wird daher die Senkung der Staatsausgaben und die Erhöhung der Staatseinnahmen zum Ziel setzt. Dazu wurden massive Entlassungen zur Verkleinerung des aufgeblähten Staatsapparates sowie ein Lohnstopp für alle Staatsangestellte verordnet. Die gute Absicht scheiterte jedoch an der traditionellen Pfründewirtschaft der MNR: für jeden Entlassenen wurden unter den Parteigängern neue hinzugeholt. Anhand eines "Warenkorbes" hat die COB Ende letzten Jahres Lebenskosten in Höhe von ca. 150 Dollar für eine 5-köpfige Familie berechnet. Das derzeitige Durchschnittsgehalt eines Staatsangestellten (nicht der Hierarchie) von umgerechnet 20-30 Dollar ist somit weit unter dem Existenzminimum. Daß damit auch Korruption und Ineffizienz im Staatsbetrieb verstärkt werden, ist leicht vorstellbar. Umso leichter wird es somit den wenigen Reichen fallen die von der Regierung angekündigte Steuerreform zu umgehen, eine Möglichkeit, die den breiten Massen verarmter Lohnabhängiger und Bauern allerdings verschlossen bleibt.

Getreu den neo-liberalen Glaubenssätzen sollen alle staatlichen Subventionen oder Protektionen aufgehoben werden. Als Folge sollen alleine die rentablen Unternehmen überleben. Für die seit Jahren in den roten Zahlen steckende verstaatlichte Zinnindustrie wird dies der letzte Dolchstoß bedeuten, beschleunigt noch durch den totalen Preisverfall der internationalen Zinnpreise. Sowohl für die Minen als auch für die übrigen staatlichen Unternehmen gilt generell, daß sie erst "dezentralisiert" um dann reprivatisiert oder für immer geschlossen werden sollen. Die konkreten sozialen und wirtschaftlichen Folgen sollen weiter hinten am Beispiel der Berg-

arbeiter ausführlicher beschrieben werden.

Die ebenfalls im Dekret 21060 deklarierte Preisfreiheit hatte in den ersten vier Wochen eine Vervielfachung der Preise zur Folge. Es grenzte dabei an Zynismus, als die Regierung frohlockte, die kurze Zeit später erfolgte Preissenkung um maximal 10% beweise, daß im freien Spiel von Angebot und Nachfrage die Preise sich selbst regulierten. Tatsächlich war einzig und allein die in Bolivien eh' sehr geringe Nachfrage, sprich Zugang zu Konsummitteln, in sich zusammengebrochen. Im Unterschied zur früheren Regierung gab es nun alles, aber Geld zum Kaufen hatte so gut wie niemand mehr. (Ein Großteil der Preise übersteigt mittlerweile bundesdeutsches Niveau.)

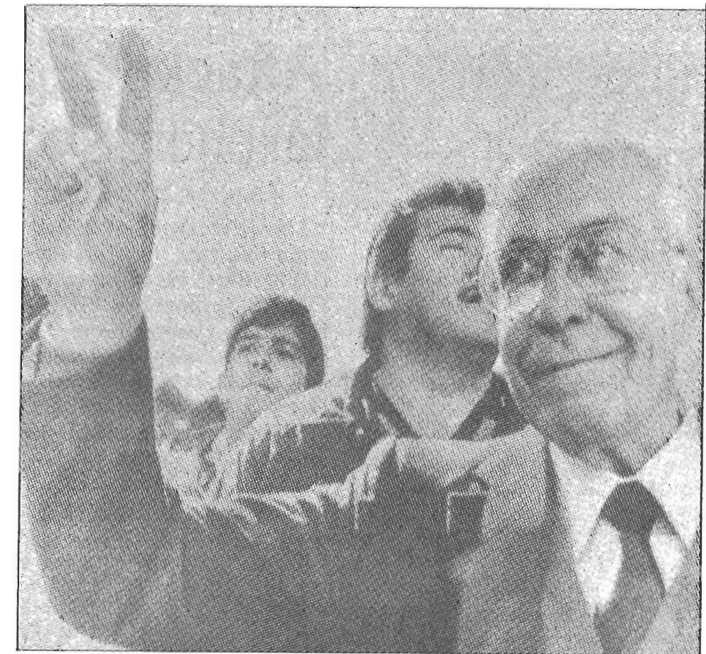
Für die wenigen "nationalen" verarbeitenden Industrien wurde die Situation durch die ergänzende Freigabe von Import und Export noch mehr erschwert. Die zurückgebliebene und hoffnungslos veraltete Industrie Boliviens ist mit den ausländischen Erzeugern völlig konkurrenzunfähig. Vom Paniermehl bis zum Yoghurt wird den nun aus den Nachbarländern alles hereingeschmuggelt. Die MNR-Regierung hielt somit ihr Versprechen, den früheren Schmuggel subventionierter Güter von Bolivien heraus in die Nachbarländer zu unterbinden, aber um welchen Preis! Die wenigen Arbeitsplätze schrumpfen weiter, die eh' verformte Wirtschaftsstruktur verkrüppelt immer mehr zum reinen Händlertum. Trotz all des liberalistischen und kompromißlosen Gehabes der Regierung ließ sich im Falle der starken Zucker-Lobby bald eine Sonderregelung finden, so daß der weitaus billigere Zucker aus Nachbarländern nicht eingeführt werden darf.

Der vorgegebene Rückzug des Staates auf rein administrative Aufgaben kommt einer völligen Einseitigkeit zugunsten der Spekulanten- Schmuggler- und Coca-Bourgeoisie gleich. Die abhängige deformierte Wirtschaft Boliviens hat kaum selbstregulierende Mechanismen hervorgebracht und damit auch keine gesamtgesellschaftlich verantwortliche Bourgeoisie. So nutzten sie denn auch völlig rücksichtslos die Aufhebung des früheren Kündigungsschutzes und die Freigabe von Lohndiskussionen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer alleine: nämlich durch massive Entlassungen und keine Lohnanpassungen!

Die Regierungspolitik im Sozialbereich hat sich dementsprechend dramatisiert. So wurden die Ausgaben für das Gesundheits- und Erziehungswesen um 60% gesenkt, während den Militärs 40% der gesamten Staatseinnahmen gewährt wurden. Bereits während des letzten Jahres (1985) waren die staatlichen Schulen bloß 90 statt 200 Tage in Betrieb gewesen. Nun ist es Ende März 1986 und das neue Schuljahr wurde noch immer nicht eröffnet. Die Regierung weigert sich stur, den momentanen Durchschnittslohn eines Lehrers von 15 Dollar auf die geforderten 60 Dollar zu erhöhen, so daß die Normalisie-

rung des Schulbetriebes nicht absehbar ist. Obwohl Bolivien zu den Ländern mit der höchsten Analphabetenrate gehört, kümmert es die Regierung wenig, welche Zukunftsschäden sie mit ihrer Politik verursacht. Die Kinder der Ober- und Mittelschicht lernen eh' in Privatschulen.

Genauso vernachlässigt werden all die übrigen gesellschaftlichen Verpflichtungen. Die staatlichen Kranken- und Rentenversicherungen haben ihre Leistungen ganz eingestellt oder auf ein lächerliches Minimum reduziert, da sie die notwendigen staatlichen Zuwendungen nicht mehr erhalten. Das prekäre Straßennetz ist vollends am Zusammenbrechen, wobei die katastrophalen Regenfälle ein weiteres hinzutun. Die Bahn bedient praktisch nur noch die Grenzstationen, damit die Schmuggler ihrem Handwerk nachkommen können.



Präsident V. Paz Estenssoro

Zur Durchsetzung dieser Rechtspolitik hat Paz Estenssoro seinen "Pragmatismus" (sprich: Opportunismus) ein weiteres Mal unter Beweis gestellt. Die während der Wahlkampagnen so kompromißlos verkündete Abgrenzung zum Ex-Diktator wurde sehr bald abgelöst durch einen gemeinsamen "Pakt für die Demokratie". Damit sicherte sich Paz Estenssoro die nötige Mehrheit im Parlament, wie er aus eigener Erfahrung wusste, eine entscheidende Sache, nachdem er während der vorherigen Regierungsperiode durch seine parlamentarische Übermacht die

UDP an der Machtausübung gehindert hatte. Diese Regierungsfähigkeit - sehr im Unterschied zu den Linken - ist ebenfalls eine Neuigkeit der Bourgeoisie. Aber nicht nur, daß alleine die Rechten die Spielregeln der Demokratie zu nutzen wußten: die linken Parlamentarier schafften es noch nicht einmal, die vom Volk als unverschämt hoch empfundenen Diäten der Abgeordneten öffentlich zu kritisieren.

PRESTIGE- UND MACHTVERLUST DER COB

Die COB hatte eine zentrale Rolle gespielt bei der Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse und damit zur Durchsetzung der reformistischen UDP-Regierung. Dennoch tat sich die COB von Anfang an schwer, eine verantwortliche Oppositionspolitik zu entwickeln. Das radikale Selbstverständnis der COB ("gewaltsame Erkämpfung des Sozialismus", "Klassenunabhängigkeit", etc.) sowie die ins Unerträgliche zugespitzte Wirtschaftskrise während der UDP-Zeit, ließen die COB ständig schwanken zwischen strategischen Maximalforderungen und "ökonomistischen" Lohnkämpfen. Die ständigen Konfrontationen zwischen der COB und der Regierung, sowie die Machenschaften der Rechten führten schließlich Ende 1984 zur "Kompromißlösung", die Wahlen um ein Jahr vorzuverlegen. Dieser, durch die Initiative der katholischen Kirche entstandene Kompromiß schuf eine unheilige Allianz zwischen der "linken" und der rechten Opposition, die ihrerseits vom Parlament aus bereits etliche "Ablösungsformeln" durchexerziert hatten.

Ende Februar 1985 legte sich die Regierung erneut mit der COB an. Mit der Verhängung eines erneuten "Wirtschaftspaketes" erhielt die erlahmte Gewerkschaftsbewegung - und somit auch die COB-Führung - neuen Auftrieb. Die inflationär gewordenen Streikmaßnahmen zwangen die Bergarbeiter zu erweiterten Aktionsformen. Über 10.000 Bergarbeiter aus den verschiedenen Minenzentren "besetzten" 15 Tage lang La Paz. Die Mobilisierung für Lohnanpassung an die Inflation und Versorgung der mineneigenen Läden mit Lebensmitteln wurde zu einer eindrucksvollen Machtdemonstration. Während die Aktion der Bergarbeiter die bürgerlichen Zeitungen zur schieren Hysterie verführten, bewiesen insbesondere die Frauen aus den Armenvierteln eine beeindruckende Solidarität mit den Bergarbeitern. Trotz ihrer Armut stellten sie den Bergarbeitern Essen und Schlafstellen zur Verfügung. Geblendet durch das in der Aktion erlebte Machtgefühl steigerten sich die ursprünglich reinen Lohnforderungen zum Ruf nach Siles Rücktritt und zur Forderung nach Mindestlohn mit Anpassungsklausel - eine durchaus gerechtfertigte Forderung innerhalb des gegenwärtigen Wirtschaftsystems jedoch nicht realisierbar. Diese Radikalisierung isolierte die Bergarbeiter

zunehmend von den übrigen Gewerkschaftssektoren. Unterstützt wurden sie hingegen von etlichen in der Gewerkschaftsbewegung präsenten Linksparteien. Diese hatten in den für Juli angesetzten Wahlen ein unumgängliches Wahldebakel vor Augen und hofften, durch einen erzwungenen Rücktritt Siles die Wahlen für sie nutzbringend verzögern zu können.

Nachdem die von Anfang an unrealistischen Maximalforderungen in sich zusammenbrachen, Siles sich zu halten wußte, erlitten die linken Positionen einen weiteren Machtverlust. Die Rechten hingegen - sicher ihres kommenden Wahlsieges und daher interessiert an den Wahlen - konnten sich als Garanten der demokratischen Spielregeln profilieren.

Bei der Wahl erhielten dann die zersplitterten Linksparteien die erwartete Quittung. Die beiden bedeutensten Rechtsparteien - MNR und AND - erhielten zusammen mehr als die Hälfte der Stimmen. Es wäre Augenwischerei, diesen Ausgang hauptsächlich den üblichen Wahlmanipulationen der Rechten anzulasten. Die Wahlergebnisse zeigten vielmehr, wie groß in gewerkschaftliche organisierten Kreisen die Desillusionierung und der Ruf nach einer starken Hand geworden waren.

Nach der Bekanntwerdung des "neuen" Wirtschaftsmodells der neuen MNR-Regierung reagierte die COB massiv, trotz der Erstarrung während der letzten Wochen. Mit der Forderung das im Dekret 21060 verhängte Wirtschaftspaket rückgängig zu machen, wurde ein 48-stündiger Generalstreik ausgerufen. Der Streik wurde massiv befolgt und ermutigte die COB-Führung daher, den Generalstreik um weitere 72 Stunden zu verlängern. Gleichzeitig wurde ein Kampfplan publik gemacht, der bei Nichterfüllen einen unbefristeten Generalstreik und einen nationalen Hungerstreik androhte. Dabei wurde jedoch die eigene Aktionsfähigkeit weit überschätzt und die Entschlossenheit der Regierung unterschätzt. Nachdem sich bereits 2.000 Menschen dem nationalen Hungerstreik angeschlossen hatten, wurde von der Regierung am 19. September kurzerhand der Ausnahmezustand verhängt. In einer Nacht- und Nebelaktion besetzte die Polizei die gewerkschaftseigenen Radios, die Hungerstreikenden wurden gefangengenommen und rund 150 Gewerkschaftsführer in völlig abgelegene Amazonasgebiete verbannt. Diese Repression, von einer demokratisch gewählten Regierung völlig unerwartet, vermochte jedoch den Widerstand gegen das neue Wirtschaftsmodell noch nicht zu brechen. Im Gegenteil: während der folgenden Tage traten über 7.000 Menschen, die Mehrzahl von ihnen Frauen, Männer und Kinder aus den Minenzentren, in den Hungerstreik.

Am 1. Oktober wurde die Hungerstreikbewegung mit der Freilassung der verbannten Gewerkschaftsführung beendet. Trotz dieses Teilerfolges machten sich Enttäuschung und Demoralisierung auch an der Basis weiter breit. Weder hatte die

Regierung an ihrem Wirtschaftskonzept rütteln lassen, noch war es gelungen, sie zur Rücknahme des verhängten Ausnahmezustandes zu zwingen. Konsterniert mußte die Gewerkschaftsbewegung erkennen, daß die Regierung - sehr im Unterschied zur vorherigen - an Kompromißlösungen völlig uninteressiert war und völlig rücksichtslos eine Politik der Stärke durchzog.

Aber auch die Willkür und Selbstherrlichkeit der privaten Unternehmer wurde immer unerträglicher. Kaum 4 Wochen nach der Aufhebung des früheren Kündigungsschutzes wurden 1.800 Fabrikarbeiter entlassen - die meisten von ihnen aktive Gewerkschafter. Die Verfügung, Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft seien in direkten bilateralen Verhandlungen zu erzielen, hatte selbstverständlich keine Anpassung der total entwerteten Löhne zur Folge. In ihrem nun unumschränkten Machtrausch unterließen die Unternehmer es auch nicht, in einem spektakulären Prozeß vor dem Arbeitsgericht die Einzel- und Branchengewerkschaften als legale Verhandlungspartner aberkennen zu lassen. Nach wenigen Wochen. MNR-Regierung war es den Rechten und Geschäftsleuten gelungen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die sozialen Errungenschaften mehrerer Jahrzehnte über Bord zu werfen.



Von seinem ehemaligen
Revolutionsgefährten
Paz Estenssoro
bekämpft:
Gewerkschaftsboß
Juan Lechín O.

Im selben Maß wie die Rechten ihre Angriffe verstärkten, wuchs die Hilflosigkeit der COB. Während der früheren UDP-Regierung hatten weitaus unbedeutendere Anlässe ausgereicht, damit die COB aufs Schärfste reagierte. Die Unfähigkeit, gegen die Affronts der Regierung effektiven Widerstand zu leisten, ist jedoch nicht nur der Härte und dem Ausnahmezustand zuzu schreiben. Ebenso lähmend wirkte sich nun das stereotype und überzogene Verhalten der COB während der letzten Jahre aus, Streik als Druckmittel anzuwenden. Durch die Aufhebung des Kündigungsschutzes war die Streikbereitschaft der meisten Arbeitnehmer aufs gründlichste verdorben worden. Die durchaus berechtigte Angst um den Arbeitsplatz stellte insbesondere die zuvor besonders radikalisierten Staatsangestellten ruhig.

Eine weitere Deformation innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurde deutlich: während der schwachen, leicht erpressbaren UDP-Regierung hatte sich ein Verbal-Radikalismus und "bis zu den letzten Konsequenzen" Aktionismus herausgebildet, der mit keinen nennenswerten Folgen zu rechnen hatte und vielmehr zum prestigeträchtigen und wertbestimmenden Faktor innerhalb der COB geworden war. Dabei wurde nicht länger überprüft, inwieweit die Aktionen Allgemeininteresse verfochten. So schafften es beispielsweise die Erdölarbeiter, die durchschnittlich das 10-fache eines gewöhnlichen Fabrikarbeiters verdienten, mit unersättlichen Lohnforderungen stets neue Konfrontationen zu initiieren und dabei von der COB-Führung gleichzeitig als "revolutionäre Vorhut" gefeiert zu werden. Aufgrund der Tatsache, daß der Erdölsektor zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden war, nahmen sie unwidersprochen innerhalb der COB für sich spezielle Privilegien und Entscheidungsgewalt in Anspruch. Das Besitzdenken der Gewerkschaft unterschied sich somit wenig vom Besitzdenken eines privaten Unternehmers.

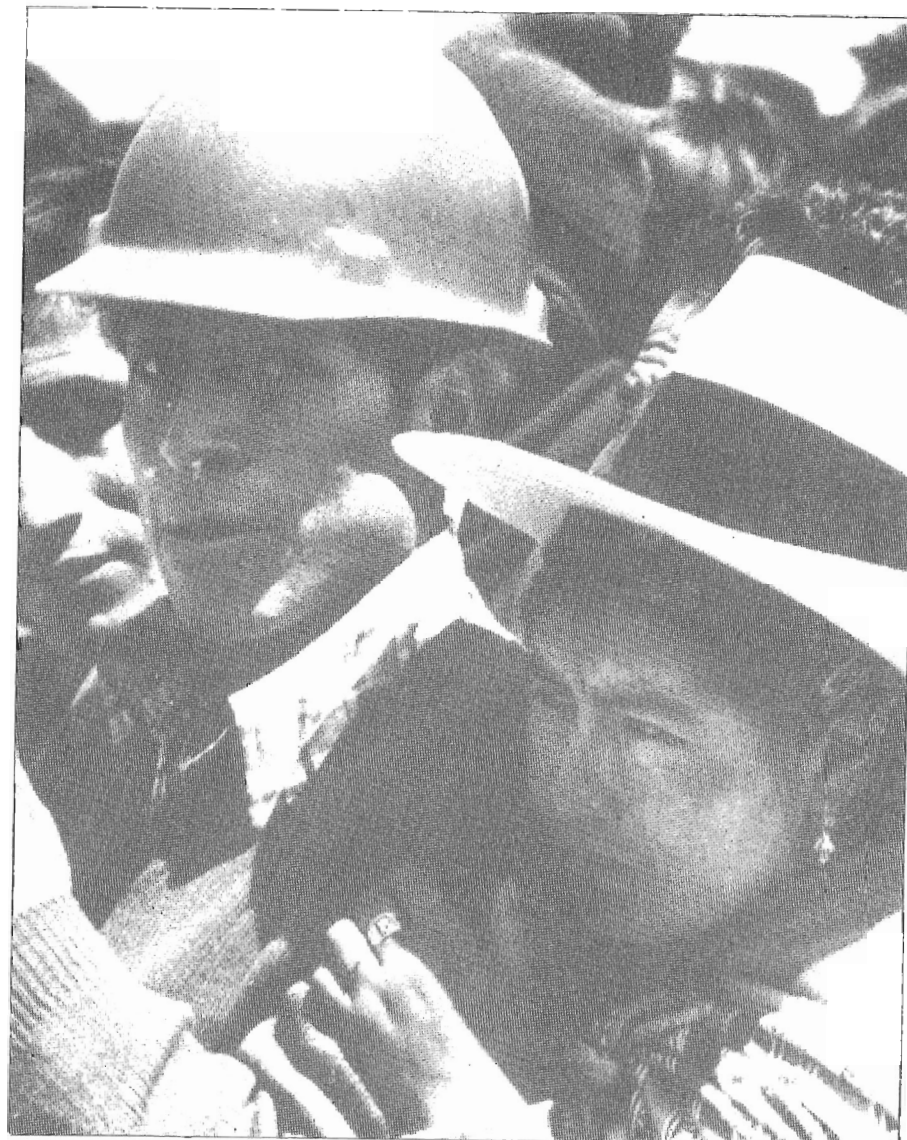
Ähnliche Allüren entwickelte auch die Gewerkschaft der Angestellten der staatlichen Zentralbank. Auch hier verkam der anfängliche Anspruch, die Interessen des Volkes wenn nötig auch gegen die Regierung zu verteidigen, allmählich zur Selbstherrlichkeit, sich als "Besitzer" der Zentralbank und als Repräsentant des Volkswillens zu fühlen, aufgrund der enormen Verantwortung zudem völlig berechtigt, sich im Verhältnis zu anderen Branchen unglaublich fette Gehälter zuzuschustern. Solche Auswüchse hatten nicht nur in der Ober- oder Mittelschicht zu einer wachsenden Kritik an der COB-Führung und an der "Gewerkschafts-Anarchie" geführt.

Die Unfähigkeit der COB, konkrete Alternativen zu den verschiedenen Wirtschaftspaketen zu entwickeln, hatten ihrem Führungsanspruch um ein weiteres Abbruch getan. Das während der vorherigen Regierung vorgelegte "Not-Wirtschaftsprogramm" enthielt zwar interessante gesellschaftspolitische Ansätze, blieb aber in Allgemeinheiten und zum Teil unreali-

stischen Forderungen stecken. Ohne Antwort blieben Problemkreise wie der bürokratische Wasserkopf, dessen Korruption und Schlendrian, oder die unrentabel gewordene Zinnindustrie. Es fehlten auch Alternativen, die im nationalen und internationalen Rahmen realisierbar wären. Nicht alleine für Wirtschaftsexperten ist es erkennbar, daß es nicht reicht, den IWF und den Imperialismus bloß anzuprangern.

Nicht zufällig blieben die Bauern bisher unerwähnt. Nachdem sie seit Ende der 70-er Jahre zum zentralen politischen Akteur geworden waren, begann während der UDP-Regierung auch ihre Entwicklung zu stagnieren. Der als Höhepunkt gefeierte Zusammenschluß der indianischen Bauernorganisationen mit der COB begann auch seine Kehrseite zu zeigen. In ihrem Selbstverständnis als 'Arbeiter-Avantgarde' verlangte die COB von den Bauern eine ständige Unterstützungsbereitschaft der meist reinen Lohnforderungen. Nach den Straßenblockaden als Unterstützungsform durch die Bauern veränderte sich für dieselben nur wenig oder garnichts. Kein Wunder also, daß sich die indianischen Bauern während des letzten Jahres von der COB kaum mehr mobilisieren ließen.

Es gab aber durchaus auch interne Faktoren: das bei den indianischen Bauern noch immer stark dominierende Clan- und Regionaldenken (Dörflergeist) ließ innerhalb der nationalen Bauernorganisation sehr bald Streitigkeiten und Rivalitäten gedeihen. Die COB-Führung sowie verschiedene Links-, aber auch indianistische Parteien verstärkten diese internen Konflikte in dem Bemühen, den eigenen Machteinfluß zu erweitern. Nicht zuletzt erklärt sich die Passivität der Bauern gegenüber der aggressiven neuen Wirtschaftspolitik der MNR auch damit, daß sie im Unterschied zu den Lohnabhängigen die Möglichkeit haben, sich verstärkt auf ihre eigene Selbstversorgung zurückzuziehen und dies durchaus auch tun. Erschütternd ist jedoch, daß selbst diese individuelle Strategie durch die katastrophalen Regengüsse und Überschwemmungen immer schwieriger wird.



Der lange Marsch der Bergarbeiter

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres ist in Bolivien vom Präsidenten Victor Paz Estenssoro der Ausnahmezustand ausgerufen worden: Im September 1985, um den vom Gewerkschaftsdachverband COB (Central Obrera Boliviana) einberufenen Streik gegen die Austeritätspolitik der Regierung zu brechen; Dutzende von Gewerkschaftsführern, allen voran Juan Lechín, seit Jahrzehnten Führer der COB, wurden festgenommen und in das Tiefland deportiert. Nun kaum ein Jahr später, am 28. August, werden die gleichen rigorosen Maßnahmen wieder angewandt, um den Marsch von 7000 Bergarbeitern, Frauen und Kindern auf die Hauptstadt La Paz zu stoppen. Die Auseinandersetzungen um die Wirtschaftspolitik von Paz Estenssoro hatten sich in den letzten Monaten immer stärker zugespitzt. Eingefrorene Löhne, freie Preise, Entlassungen und die anhaltende Wirtschaftskrise bilden den Rahmen der Konflikte. Der Plan der Regierung, die schon seit Jahren durch Preisverfall und steigende Förderungskosten unrentablen Minen zu schließen und zu privatisieren, was die Entlassung von 10.-14.000 Bergarbeitern nach sich ziehen würde, zwang die Mineros zu dem verzweifelten Versuch, ihren Protest und ihre Ausweglosigkeit nach La Paz zu tragen.

Bis Mitte August schien es der MNR-Regierung gelungen, die Bergarbeiter, die sich selbst seit Jahrzehnten als revolutionäre Avantgarde verstanden hatten, in Schach zu halten. Schon beinahe unerwartet erzwangen die Bergarbeiter aber dann noch einmal - wahrscheinlich zum letzten Mal - sich selbst und den gesamten Minensektor zum Mittelpunkt des nationalen Geschehens zu machen:

Am 23. August 86 marschierten 8.000 Mineros, zusammen mit ihren Frauen und Kindern, von Oruro auf die 230 km entfernte Hauptstadt La Paz zu. Ohne angemessene Kleidung und Schuhwerk, ausgesetzt der stechenden Hochlandsonne sowie den eisigen Nächten, kämpfte sich der Zug über eine Woche über den Altiplano. Die täglichen Fernsehmeldungen erschütterten alle soziale Schichten des Landes. Die breite Solidarität erstreckte sich nicht nur auf das Sammeln von Nahrungsmitteln und Medikamenten. Immer mehr Menschen schlossen sich dem "Marsch für das Leben und den Frieden" an: Vertreter der Zivilkomitees von Oruro und Potosí, Fabrikarbeiter, Studenten, selbst Priester und Nonnen. Auch die selber notleidenden Hochlandbauern beteiligten sich spontan am Marsch.

Diese Solidarität euphorisierte die Mineros. Die anfänglichen Gefühle der Ohnmacht wichen denen der Stärke. Die ursprünglich rein defensiven Forderungen nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze steigerten sich zu einer Kampfeshaltung: man wollte das staatliche Bergbauunternehmen COMIBOL in Selbstverwaltung übernehmen. Die Demonstran-

ten verstanden sich nicht mehr nur als Verteidiger ihres eigenen Arbeitsbereiches, sondern als Kämpfer für die gesamte Nation, die ohne den Bergbau endgültig zu einem Land von Händlern und Coca-Produzenten herunterkommen würde.

Während in La Paz die Hilfsaktionen und letzten Vorbereitungen zum Empfang der Bergleute in vollem Gange waren, handelte die Regierung gegen ihre Zusicherung vom Vortag, den Einmarsch der Mineros zu dulden. In den frühen Morgenstunden des 28. Augusts wurde der Ausnahmezustand verhängt. Tiefflieger jagten über die Stadt und die Straße nach Oruro und schüchterten die Teilnehmer des Marsches wie auch die Stadtbevölkerung von La Paz ein. In Nacht- und Nebelaktionen wurden um die zweihundert Politiker und Gewerkschafter festgenommen; siebzig von ihnen wurden in das klimatisch ungesunde Tiefland im Norden Boliviens deportiert. Das Militär umzingelte die auf über 10.000 Personen angewachsene Menge, die mittlerweile nur noch kaum einen Tagesmarsch von der Hauptstadt entfernt war. Weder Parlamentarier noch Presse wurden von den Militärs in das nun zum Militärgebiet erklärte Gelände gelassen. Selbst dem Roten Kreuz und Kirchenvertretern wurde untersagt, die Demonstranten mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten zu versorgen. Frauen mit Säuglingen durften sogar nicht die Umzinglung verlassen.



In dieser Situation entstand die Parole : "lieber gleich hier sterben als langsam sterben in den Bergbauzentren". Besonders die Bergarbeiterfrauen riefen dies immer wieder in ihrer Verzweiflung. Für den Außenstehenden mag es leicht überzogen und pathetisch klingen, aber hier hat diese Parole eine doppelte Realität zum einen entziehen die Pläne der Regierung nicht nur den Bergarbeitern die Existenzgrundlage, sondern treffen ganze Regionen des Landes; zum anderen zeigt die Geschichte Boliviens immer wieder, daß Regierungen und Militärs auch vor Massakern nicht haltmachen, wenn es gilt, Widerstand zu brechen.

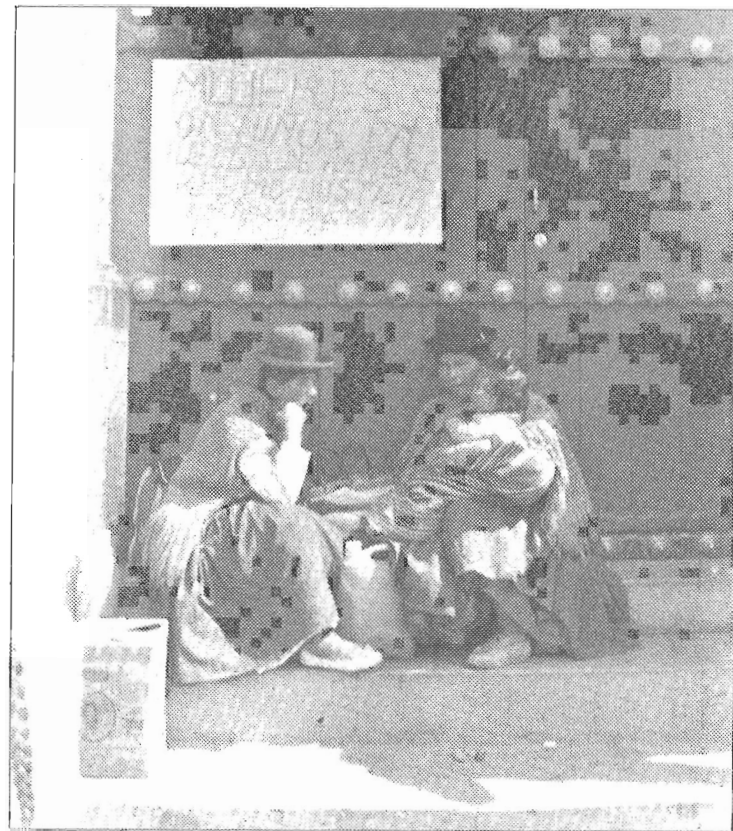
Die Gewerkschaftsführung war also gezwungen, in Verhandlungen mit der Regierung zu treten, und sie mußte schließlich auch zähneknirschend der Rückführung der Bergleute in die Minencamps zustimmen. Die Mineros ließen sich von ihren Gewerkschaftsführern nur sehr mühsam zum Rückzug überzeugen. Nach der Rückkehr in die Bergbauzentren begaben sich darauf hin hunderte von Menschen in den Hungerstreik.

Schon in ihrem Regierungsprogramm, mit dem sie vor einem Jahr gewählt worden war, hatte die einstige Revolutionspartei von 1952, die MNR, deutlich gemacht, daß sie sich den IWF-Forderungen anschließt. Eine der Hauptforderungen des IWF war und ist die Aufhebung jeglicher staatlicher Subventionen. Für das defizitäre staatseigene Bergbauunternehmen COMIBOL war insbesondere nach dem Zusammenbruch der internationalen Zinnpreise Ende letzten Jahres das Todesurteil gefällt worden. Von den insgesamt 27.000 Bergarbeitern der COMIBOL hatten während der letzten Monate bereits 7.000 "freiwillig" gekündigt. Gründe dafür waren die im letzten Jahr systematisch erfolgte Unterversorgung der Minenzentren mit Lebensmitteln und allem anderen Lebensnotwendigen, um so die Menschen "auszuhungern", sowie der Anreiz versprochener Abfindungen, die aber so niedrig sind, daß sie höchstens einen symbolischen Charakter haben. Offizielle Verlautbarungen hatten bekanntgemacht, daß in naher Zukunft nochmals mindestens eine ebensogroße Menge entlassen werden würde. Die ersten Bergwerke waren bereits geschlossen worden.

Noch während des Marsches der Bergarbeiter erließ die Regierung ein Dekret, das an Härte die zuvor angekündigten Maßnahmen noch übertraf. Die staatliche COMIBOL, das Symbol und die wichtige Errungenschaft der Nationalen Revolution von 1952, wird damit aufgelöst. An ihrer Stelle sollen fünf regionale, selbstverantwortliche Bergbauunternehmen entstehen, verantwortlich für die wenigen Minen, die eventuell rentabel arbeiten können. Aber auch für diese privilegierten Bergwerke gilt bei Defizit dasselbe, was auch für die Mehrzahl der ehemals staatsbetriebenen Bergwerke bereits verfügt wurde: Verpachtung zu "Gunsten" von Kooperativen, die vorzugsweise von den entlassenen Mineros gegründet werden sollen. Was sich auf den ersten Blick als Annäherung an die Gewerkschaftsforderung nach

Selbstverwaltung der COMIBOL präsentiert, ist in Wirklichkeit ein Sich-aus-der-Verantwortung-stehlen, nicht nur gegenüber den unmittelbar betroffenen Mineros, sondern auch gegenüber ganzen Regionen, die indirekt mit dem Bergbau verflochten sind. Kooperativisierung bedeutet in diesem Zusammenhang, daß sich die Mineros ohne Kapital noch Sozialleistungen (Schule, Medizin, Lebensmittelversorgung, Renten, etc.) selbstausbeuten sollen und obendrein der Regierung noch eine Pacht bezahlen müssen.

Hinter den ökonomischen Sachzwängen, die die Regierung zur Rechtfertigung ihrer Pläne anführt, verbergen sich weitergehende politische Absichten: endgültige Zerschlagung der Bergarbeitergewerkschaft FSTMB, die innerhalb des bolivianischen Gewerkschaftsdachverbandes COB die zentrale Kraft darstellt. Die Konsequenzen für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Boliviens sind bedrohlich. Es zeigen sich weder wirtschaftliche noch politische Lösungen ab, die den Sturzflug bremsen könnten.



"Frauen mit Kindern im Hungerstreik. Wir fordern Gerechtigkeit. Compañero, schließ dich dem Streik an!"

Überlebensstrategien

Wovon leben sie? Die meisten zucken einfach mit den Achseln, wenn man sie fragt. Tja, wovon? Wie lebt eine Familie einen Monat von 10, 20 oder 30 Dollar, wenn beispielsweise der Liter Milch ca. 0, 30 Dollar kostet und manche Lebensmittel zu fast deutschen Preisen verkauft werden.

Es gibt viele Arten, das Überleben zu organisieren. Man kann sich an die Ecke stellen und betteln oder jemanden berauben. Zwei extreme Arten der Geldbeschaffung, die immer mehr zunehmen in La Paz. Aber natürlich gibt es auch zahlreiche andere Wege, die die bolivianische untere Mittelschicht, die Arbeiter und Angestellten im letzten Jahr eingeschlagen haben. Denn diese Schichten ebenso wie die Bergleute in den Minen sind diejenigen, die die liberalistische Wirtschaftspolitik am härtesten getroffen hat.

Was tun sie also, um sich über Wasser zu halten? Der Angestellte im Erziehungsministerium, zum Beispiel, verkauft nach und nach seinen Hausstand. Mal ist es das Radio, mal ein Küchengerät. Seine Wohnung wird immer leerer. Er erzählt von einem Glücklichen, der ein Darlehen bei der reicheren Verwandtschaft aufnehmen konnte und von einem anderen, der sogar eine Hypothek aufnahm. Leute, die immerhin noch kreditwürdig sind. Das aber sind die wenigsten. Der große Mehrheit der Bevölkerung stehen solche Wege nicht offen. Aber, erstaunlicherweise haben viele dennoch in dieser hoffnungslosen Lage die Hoffnung nicht aufgegeben.

Not macht erfinderisch. Und sie zwingt sie, alle Möglichkeiten auszuloten, um das kärgliche Einkommen irgendwie aufzubessern. Um einen bescheidenen "Familienwarenkorb" zu füllen, bedürfte es etwa 300 Mio Pesos, also 150 US Dollar. Aber wer verdient schon solch ein fürstliches Gehalt? Die meisten Angestellten und Arbeiter verdienen zwischen 15 und 50 Dollar monatlich. Ein Reporter der Zeitung *Presencia* ging bereits im Februar der Frage nach, wie es die Leute anstellen, monatlich zu überleben:

Der üblich Fall: ein Ehepaar mit zwei, drei Kindern. Beide arbeiten, als Lehrer beispielsweise. Da hat man allerdings mit in Kauf zu nehmen, daß einer der beiden in entfernter Gegend eingesetzt wird, und einen Großteil seines Gehaltes ausgibt, um am Wochenende die Familie zu besuchen. Frau García verdiente im Februar 50 Mio. Allein 20 Mio gab sie monatlich für den Bus von Tiwanaku nach La Paz aus. Die Ehefrau eines Druckers oder Fabrik- oder Bauarbeiters geht Essen verkaufen oder hat einen Süßigkeitenstand an der Straßenecke. Ihr Verdienst hat aber eher nachgelassen - die Leute haben kein Geld. Andere Ehefrauen gehen als Hausangestellte oder sie sitzen mit ein paar Zwiebeln und einigen Häufchen Kartoffeln am Straßenrand. Einen ganzen Tag lang, um ein paar Hände Gemüse zu verkaufen!



Dann gibt es diejenigen, die auf zwei oder drei Arbeitsstellen zugleich arbeiten, denen kaum noch Zeit für Familie oder den Schlaf bleibt. In der Mehrzahl sind sie unversichert, verdienen unter dem Mindestlohn, genießen keinerlei soziale Sicherung. Diese Arbeiter schließen sich Lohnforderungen der Kollegen nicht an, ihre Not macht sie zu Streikbrechern, zu Leuten, denen der Unternehmer - fast - alles abverlangen kann.

Glücklicher dran ist jemand wie Lehrer Mamani. Wenn er von seiner Schule vom Alto in die Stadt zurückkehrt, verkauft er im Laden seines Vaters Turnhosen und Windjacken. Nach Geschäftsschluß setzt er sich dann noch an die Nähmaschine. Für die Unterrichtsvorbereitung bleibt da verständlicherweise keine Zeit. Aber immerhin, er ist engagiert in seiner Lehrgewerkschaft.

Auch Frauen haben mitunter zwei Arbeitsstellen. Die Hausangestellte, die halbtags beschäftigt ist, sitzt abends auf der Plaza Perez Velasco oder an der Tumusla-Straße und verkauft Essen. Am Wochenende und an Feiertagen findet man sie irgendwo in der Stadt auf

Plätzen oder in Straßen, auf denen viel Betrieb ist. Ihre Kinder nimmt sie mit, sie verkaufen Süßigkeiten oder betteln.

Bei den ärmeren Schichten müssen auch die Kinder ran. Noch spät nachts stehen die Schuhputzungen auf der Plaza vor dem Mercado Lanza - oft vertreibt sie die Polizei oder sie nimmt ihnen ihre Bürsten und Cremes weg- der Verdienst von zwei, drei Wochen Arbeit. Andere Jungen bieten sich an als Autobewacher oder Autoputzer. 8 bis 10jährige laufen noch abends durch die Straßen mit ihrem kleinen Karton voller Kaugummi oder Bonbons, den sie dem Passanten vor den Bauch oder dem Busreisenden unter die Nase halten.



Sodann gibt es welche, die sich in einem neuen Handwerk versuchen. Sie stellen Lampen her aus den Hölzchen vom Eis am Stiel oder Vorhänge aus Kronkorken oder Stoffresten. Ganz erfinderisch waren die Kinder, die während der Regenzeit Latten über Rinnsteine und Pfützen legten und dem Fußgänger so ermöglichten, trockenen Fußes die andere Straßenseite zu erreichen. Sie kassierten 100.000 Pesos - eine nützliche und willkommene Dienstleistung.

Aber es gibt auch dramatischere Situationen: Bei der 6köpfigen Familie Zirpa hat nur der Vater Arbeit. Er verdiente 30 Mio Pesos (15 Dollar) in einer Tuchfabrik. Wie viele Fabrik- und Bauarbeiter hat er der Stadt den Rücken gekehrt und ist aufs Land gezogen. Nun bebaut er mit seiner Familie einen kleinen Acker. Die Kinder können - wie so viele in solcher Lage - nicht mehr die Schule besuchen.

Immer mehr machen es wie Arminda, die mit ein bißchen Glück etwas Geld pumpen konnte: Sie fährt mit dem Bus and die peruanische oder chilenische Grenze und schmuggelt von dort Kleider, Kosmetika, Alkohol usw. In La Paz weitete sich der Schwarzmarkt, die "Miami", wie man ihn im Volksmund nennt, ständig aus. Und immer häufiger klopfen Händler an Haustüren oder bieten in Büros direkt ihre Waren an.

Viele, die die Stadt verlassen und sich in die Andentäler begeben oder ins Tiefland, geraten auf dunkle Bahnen. Genauer: auf den Coca-Pfad. Sie lassen sich anwerben als Coca-Treter im Chaparé, einem der größten Coca-Anbau und -Schmuggelgebiete. Zeitungsmeldungen und Polizeiberichte besagen, daß Zehntausende in den letzten Monaten in diese Gebiete abgewandert sind. Die gesundheitlichen Folgen des Coca-Tretens sind schlimm: die verwendeten Säuren erzeugen Hautkrankheiten und den Verlust des Gefühls. Viele werden selbst drogenabhängig, denn sie werden zum Teil mit "pitillos" bezahlt, d.h. sie rauchen das Cocasulfat (pasta). Ihre Lebenserwartung beträgt dann durchschnittlich nur noch 6 Jahre.

Immer mehr zu nimmt auch die Abwanderung in die Nachbarländer. Über 1 Mio Bolivianer leben allein in Buenos Aires. Aber die meisten gehen als Saisonarbeiter auf die Zuckerrohr- oder Sojaplantagen, schlagen sich durch als Gelegenheitsarbeiter oder Verkäufer. Sie sind schutzlos der Ausbeutung ausgesetzt - aber verdienen mehr als in ihrer Heimat.

Und immer mehr ehemalige Fabrik- und Bauarbeiter oder Bergleute sehen sich gezwungen, die Strapazen des unwirtlichen Urwaldes auf sich zu nehmen in der Hoffnung, dort ein Auskommen zu finden, vielleicht sogar reich zu werden. Sie gehen als Goldwäscher in den Norden des Landes oder stellen, wie diese 10.000 Bergleute aus Catavi, Siglo XX und Huanuni, den Antrag bei der Regierung, ihnen als Neuland-Kolonisierer technische Hilfeleistung zu gewähren. Sie kommen vom kalten, trockenen Hochland in die heißeuchten Tropen. Der Anfang ist oft Krankheit, Verzweiflung und Heimweh.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt jeden Tag zu. Betriebe schließen oder werden verlegt, oder "schrumpfen sich gesund". Nur in den wenigsten Fällen erhalten die Entlassenen eine kleine Abfindung. Meistens stehen sie ohne alles auf der Straße. Die Kriminalität nähme zu, klagt die Regierung.... Tatsächlich, was vor 2, 3 Jahren noch undenkbar war, wird immer mehr zum Alltag: Straßenraub am helllichten Tag, sogar Ohrringe und Hüte werden den Señoras gewaltsam abgenommen.

Aber die Regierung ist nicht unschuldig an diesem Elend, denn durch ihre Maßnahmenbürdet sie den ärmeren Schichten die Lasten zur "Sanierung der zerrütteten Wirtschaft" auf. Rücksichtslos.

NICARAGUA

Bericht vom Sommer '86

Es sieht nicht gut aus in Nicaragua. Auf den Märkten und in den Restaurants betteln mehr Kinder als in den vergangenen Jahren. Die Straßen sind von Menschen aller Altersstufen überschwemmt, die etwas verkaufen wollen. Die Zahl der organisierten Banden, die sich auf Ausländer spezialisieren, um diese in den Bussen zu bestehlen oder in der Dunkelheit zu überfallen, nimmt ständig zu. Die Löhne haben sich verdoppelt, die Preise für Kleidung sind fünfmal so hoch wie in letzten Jahr. Ein Arbeiter verdient jetzt 30.000 Cordobas im Monat, ein Paar Turnschuhe kostet 40.000, eine Jeans 60.000, ein Pfund Bohnen 500. Die Lebensmittel, die es für arm und reich in gleichem Umfang auf Lebensmittelkarten billig gibt, reichen für die schlechter gestellten Leute nicht aus, die sich ausschließlich davon ernähren.

Für 1986 errechnen vorsichtige Schätzungen eine Inflationsrate von 600 Prozent, die Einnahmen durch Exporte werden 230 Millionen Dollar betragen (in den vergangenen Jahren waren es bis zu 450 Mio.) die Importe werden sich, wenn es nicht zu drastischen Kürzungen kommt, auf 900 Mio. Dollar belaufen.

Im gleichen Maße wie die Preise steigt der Wert des US Dollars. In der offiziellen Wechselstube bekam man dafür im August 1.400 Cordobas, auf dem Schwarzmarkt 2.500. Die "tienda diplomatica", vergleichbar mit dem Intershop in der DDR, ist seit dem letzten Jahr enorm vergrößert worden. Hier kaufen zunehmend mehr Nicaraguaner ein, die deutlich als Regierungsfunktionäre zu erkennen sind. Auf den Straßen sieht man viele neue Autos, hauptsächlich Toyota und Lada. Niemand sagt es in der Öffentlichkeit laut, aber alle wissen es: Das schlechte Leben trifft nicht jeden gleich.

Auch politisch tut sich nichts, was uns mit Freude erfüllen könnte. Der Krieg wird sich wahrscheinlich wieder intensivieren, weil die 100 Mio. Dollar, die die USA der Contra gewährten, diese zu Waffenkäufen und dem Einsatz neuer Kriegstechnologie ermutigen. Die Regierung in Managua muß also weiter Krieg führen und gleichzeitig versuchen, eine politische Lösung ihrer schwierigen Lage zu finden.

Die Aussichten auf einen Friedensplan für den mittelamerikanischen Raum, der mit Hilfe der sog. Contadora-Länder zustandekommen sollte, sind heute auf dem Nullpunkt angelangt. Fast verzweifelt muten einen die Versuche der Sandinisten an, ihn noch einmal wiederzubeleben.

Und zu dieser allgemeinen düsteren Aussichtslosigkeit kommen dann bei näherer Betrachtung noch viele einzelne Unerfreulichkeiten hinzu.

So hat die Regierung das Prunktheater Ruben Dario, welches Somoza einst erbaute, für viele hunderttausend Dollar wieder renovieren lassen. Bei der feierlichen Eröffnung waren weit mehr als die Hälfte der Besucher Ausländer, denn nur für sie war der Eintrittspreis erschwinglich.

Im oben erwähnten Diplomatenladen finden sich nicht nur Produkte aus Panama, sondern zunehmend nicaraguanische Waren, die die Leute in ihren Supermärkten nicht mehr finden, wie den heißbegehrten Pulverkaffee.

Es ist immer noch nicht gelungen, Techniker und Ärzte davon abzuhalten, in die USA zu gehen. Auch die Leute ohne Geld und Ausbildung träumen vom Ausland und versuchen sich auf irgendwelche Verwandte oder Freunde zu besinnen, die ihnen dort Arbeit verschaffen könnten. Das verschärft die Jagd auf Dollars und veranlaßt die Regierung, die Privilegien der Ingenieure und der Mediziner auszuweiten. Immer weniger Konsumgüter gelangen auf dem Weg, der von der Regierung vorgesehen ist, an die Verbraucher. Alle Leute versuchen, etwas zu verkaufen oder gegen etwas anderes einzutauschen. Die staatlichen Verteilungsstellen leiden ständig an Unterversorgung, die sie häufig zwingt, den Leuten weniger auszugeben, als sie auf ihre Lebensmittelkarte bekommen müßten.

GEDÄMPFTER OPTIMISMUS UND SCHWARZER HUMOR

Die Reaktion der Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner auf diese Situation ist unterschiedlich. Bei den Sandinisten herrscht wie immer eine gewisse Zuversicht. In ihren Medien heißt es, daß die wirtschaftliche Misere dadurch bald gelindert werden könne, daß seit der Änderung der Agrarreform vom Januar 1986 viel mehr Land an einzelne Kleinbauern verteilt werde.

Die Regierung setzt jetzt ganz auf die Leistungen dieser Bauern, die vor allem die so dringend benötigten Grundnahrungsmittel wie Mais, Reis und Bohnen liefern sollen. Dann berichten die Zeitungen und das Radio viel von Korruptionsaffären, die inzwischen unter Kontrolle seien. Sie versprechen auch mehr billige Waren durch eine Neuordnung der Verteilung, die verhindern soll, daß die CAT (Läden, in denen man mit Bezugsscheinen kaufen kann, welche man über die Arbeitsstelle erhält) immer leerer werden.

Ein direkter Gedankenaustausch mit den Sandinisten ist sehr schwierig, eigentlich nur möglich für diejenigen, die sowieso mit ihnen einig sind. Das ist bei der Mehrheit der Ausländer/innen, die sich in Nicaragua bewegen, durchaus der Fall. Die anderen halten sich zurück, schweigen lieber als Fragen zu stellen, die unbeliebt sind und nur zögernd oder gar nicht beantwortet werden.

Wir kennen die vielen öden und nichtssagenden Interviews, in denen die Funktionäre und Kommandanten nur das wiederholen, was jeden Tag in der Zeitung steht. Da wird den Fragenden bald klar, daß man sie für vorlaute Besserwisser hält, die im Grunde keine Ahnung haben. So ging es mir mit jenem Vizeminister, dem ich besorgt zu schildern versuchte, daß im Vergleich zum letzten Jahr die Lebenshaltungskosten doch enorm gestiegen waren. Er nickte ernst, dann meinte er "aber das Volk ist immer noch fröhlich" und ließ mich so unmißverständlich wissen, daß das Thema damit erschöpfend behandelt worden sei.

Je schwieriger die Lage wird, je weniger man glauben kann, daß es in der nahen Zukunft irgendeine Lösung gibt, um so ratloser sind auch meine Freundinnen und Freunde, die sich als kritische Unterstützer der Frente Sandinista betrachten. Sie haben früher laut geschimpft und mir die Fehler der Regierung der Reihe nach aufgezählt. Jetzt erwähnen sie das auch, zucken aber dabei mit den Achseln, fragen sich, was das noch soll. Die einen sind total frustriert, haben die Arbeit an der Universität oder in einem Ministerium aufgegeben, weil ihre Meinung stets als "ultra-linke Verwirrung" galt. Andere sagen, sie machen jetzt mit, versuchten, die Zweifel zu unterdrücken, die Isolation zu überwinden, in welche sie dadurch geraten seien, daß sie die FSLN zu häufig kritisierten. Eine Freundin sagt mir kalt, sie denke über manches nicht mehr nach, es sei wohl im Moment das Beste, sich auf eine eng begrenzte Arbeit zu konzentrieren, über den Rand des Suppentopfes einfach nicht hinauszuschauen. Ich schlage vor, sie sollten wenigstens darüber schreiben, ihre Erfahrungen wären doch wichtig. Das wird von allen rundweg abgelehnt. Sie sagen, daß sie viel zu unsicher wären, daß sie fürchteten, sich zu täuschen, daß das in den Augen der FSLN ein unverzeihlicher Fehler sei, ihnen als Verrat für immer anhängen würde.

Denn als Verrat gilt jede Kritik, die nicht "solidarisch" ist. Und solidarisch heißt in diesem Fall, das Kritisierte sofort zu entschuldigen, zu verniedlichen oder zu verharmlosen. Solidarische Kritik aber heißt vor allem, über das zu schweigen, was nicht entschuldigt werden kann.

Wenn zum Beispiel ein Vizeminister, wie es unlängst geschehen ist, mit mehreren hunderttausend Dollar, die aus ausländischen Geldern stammten, nach USA flieht und ihm das gelingt, weil irgendwelche alten Parteifreunde ihn schützen, dann schweigt der solidarische Mensch dazu. Er sagt sich, daß in anderen Ländern die Korruption noch viel größer ist, daß in Nicaragua im Vergleich mit Mexiko geradezu idyllische Verhältnisse herrschen - das zumindest haben mir "solidarische" Freunde in Nicaragua erklärt.

Oscar René Vargas, Soziologe und Berater einiger Kommandanten (so sagen einige seiner Freunde, er selbst äußert sich nicht dazu) ist einer der wenigen Kritiker, die ein bißchen lauter reden. Er ist der Meinung, daß es auf absehbare Zeit ökonomisch noch schlechter aussehen wird und es keine Aussicht gibt, diese Situation zu verbessern. An einen wirtschaftlichen Aufschwung durch die neuen Kleinbauern glaubt er nicht. Auf der politischen Ebene aber sieht er verschiedene Möglichkeiten der Entwicklung. Erstens könne sich in Nicaragua der sogenannte Bürgerkrieg wie im Libanon etablieren. Das würde eine Anwesenheit der Contra im Land auf viele Jahre hin bedeuten. An die zweite Möglichkeit, eine Invasion der USA, glaubt O. Vargas nicht.

Er könnte sich dagegen drittens vorstellen, daß Nicaragua einen Weg geht, der dem Portugals ähnlich ist. Das hieße, daß die Sandinisten bereit wären, auf ihren revolutionären Anspruch zu verzichten, um endlich in Frieden gelassen zu werden. Als wir Vargas fragen, ob er dafür Anzeichen sieht, etwa in der neuen Verfassung, die weitgehend nach westlichem Muster ausgearbeitet worden ist, zuckt er die Achseln, er will dazu nichts sagen. Er nennt noch eine vierte Möglichkeit, eine "Radikalisierung", das hieße ganz entscheidende Eingriffe in den Privatbesitz, denn seiner Meinung nach ist nicht nur der Krieg an der wirtschaftlichen Misere schuld, sondern der Umstand, daß immer noch siebzig Prozent der Produktion sich in privater Hand befinden. Wir fragen wieder, wie das gehen solle, er meint, die Chancen seien gering, denn die gemischte Wirtschaft habe sich bereits zu weitgehend etabliert. In früheren Jahren wäre es eventuell möglich gewesen, sie zu beschränken.

Vargas sagt, er wolle nichts schreiben, er sei sich viel zu unsicher, täglich könne es anders kommen. Wir erfahren ein paar Tage später, daß er sich im Augenblick mit der Geschichte des Sandinismus beschäftigt.

Viele Fragen, die keine/r beantwortet. Zum Beispiel, was sich wohl unter den neun Kommandanten abspielt, die die FSLN heute wie eh und je so führen, daß die Diskussion über politische Entscheidungen ausschließlich ihnen vorbehalten bleibt. Gibt es die verschiedenen Flügel, die sich hart bekämpfen sollen, etwa in der Frage der von Vargas angedeuteten "Radikalisierung"? Wer darüber etwas weiß, schweigt beharrlich.

Jede der Lösungsmöglichkeiten, die Vargas genannt hat, weist Lücken auf. Eine radikale Bekämpfung des Privateigentums würde die Contra und die USA unverzüglich mobilisieren. Eine Entwicklung a la Portugal mit den Sandinisten an der Spitze würde Ronald Reagan nicht genügen. Er wird nicht ruhen, bis die FSLN die Macht aus der Hand gegeben hat.

Auch die Verfassung wird trotz allem demokratischen Anstrich nicht so ausfallen, daß die Contadora-Länder und die Sozialistische Internationale damit zufrieden wären. Sie sieht eine sehr

mächtige Stellung des Präsidenten vor, der zum Beispiel über den Staatshaushalt entscheiden darf. Außerdem ist vorgesehen, daß das Heer nicht der Regierung, sondern der Partei, der FSLN, unterstellt wird. Das gefällt den ausländischen Freunden ebenso wenig, wie der Opposition im Parlament, die die Verfassung zwar über ein Jahr lang beraten hat, die weiteren Verhandlungen jetzt aber boykottieren will.

Diese Opposition ist nicht die Contra, sondern setzt sich in der Mehrheit aus Parteien zusammen, die früher in der "Patriotischen Front" mit der FSLN verbündet waren. Die Sandinisten wollten sie für ihre Verfassung gewinnen, um der Welt zu zeigen, daß diese nicht nur ihr eigenes "totalitäres" Werk sei. Sie haben das von Anfang an sehr taktisch angepackt und die ehemaligen Verbündeten dadurch verprellt, daß sie festsetzten, die Verfassung könne mit 60 Prozent der Stimmen verabschiedet werden. Sie selbst besitzen im Parlament gerade 61 Prozent. Die Opposition verlangt eine Zweidrittelmehrheit.

Die Diskussion um das Demokratieverständnis der Sandinisten wird durch solche Entwicklungen immer schwieriger. Die internationalen Sozialdemokraten werden sich darüber einig sein, daß die FSLN ihre Lektion noch nicht gelernt hat. Die Solidaritätsbewegung wird sich mühen, zu erklären, daß es in Nicaragua nicht um Demokratie im bürgerlichen Sinne geht, sondern um eine Strategie zum Überleben, die auch Maßnahmen miteinbezieht, die manchem Westler undemokratisch erscheinen.

Wir kennen diese Argumente, wissen, daß sie richtig sind, wenn es gilt, sich gegen Forderungen zu wehren, die etwa erlangen, die Contra "demokratisch" ins Land zu integrieren. Aber sie verkommen leicht zur bloßen Apologetik. Vor allem, wenn die Solidaritätsbewegung meist im gleichen Atemzug beweisen will, daß Nicaragua ein "Musterland der Demokratie" sei.

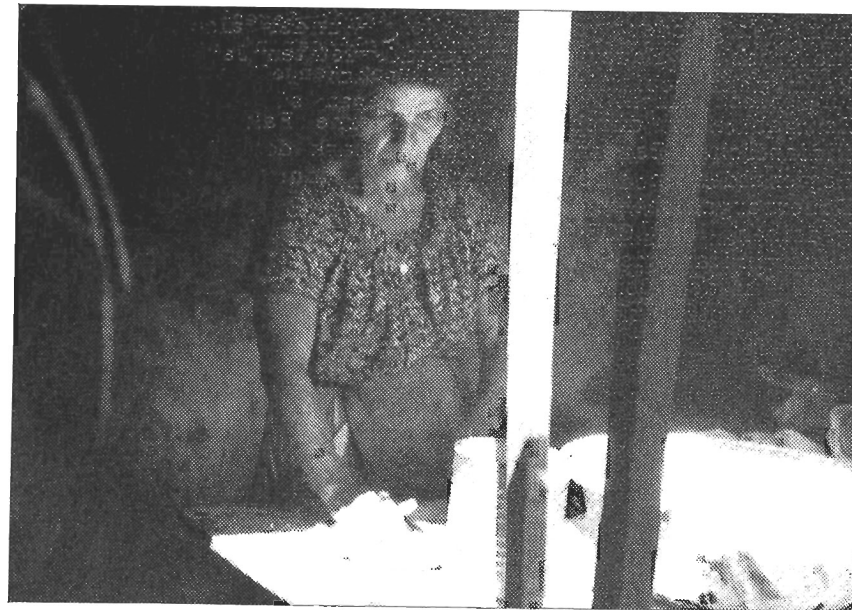
Wie stark der Druck auf die Regierung von Seiten der westlichen Gegner und halbherzigen Freunde ist, zeigt der Umstand, daß es Anfang September hieß, das Demonstrationsrecht werde in vollem Umfang wieder eingeführt und die Opposition im Lande erhalte freien und unzensierten Zugang zu den Medien. Doch gleich folgte eine bittere Pille mit der Verhaftung eines Führers der Liberalen Partei PLI, die stärkste Oppositionspartei im Parlament ist.

Die Fragen, die uns hier bewegen, nach der bürgerlichen oder der revolutionären Demokratie, werden angesichts vermehrter Contra-Überfälle und der Millionenspende von Reagan schwer zum Gegenstand von Diskussionen. Man sagt im In- und Ausland lieber, das sei ein Nebenwiderspruch. Ein Nicafreund, der auch nicht gerne darüber redet, sagt zu mir: wir haben leider keine bessere Führung.

RATLOSIGKEIT UND WEITERMACHEN

Im Barrio bei Alicia, wo die armen Leute wohnen, schimpfen alle laut über die Preise. An politischen Fragen sind sie fast gar nicht interessiert. Gleichgültig, fast apathisch meinen sie, daß es anscheinend unter den Sandinisten nicht viel besser als früher werde. Die meisten sind enttäuscht, erwarten nichts. Andere hoffen auf die Yankis, das ist eine Minderheit. Doña I. vom CDS klagt, daß man sie als "Guardia" (so hießen die Soldaten Somozas) beschimpfe, weil sie im Viertel dafür Sorge, daß es nirgends Glücksspiele gebe.

Sie hat jetzt immer größere Mühe, die Leute zu den Sitzungen des Stadtteilkomitees zu bringen. Die meisten sind verärgert, weil sie bei der Verteilung einiger Grundstücke an die Ärmsten nicht bedacht worden sind, weil Dona O., eine Aktivistin, ein schönes neues Haus bekommen hat...



Von den öffentlichen Diskussionen über die Freigabe der Abtreibung, die es vor ein paar Monaten gegeben hat, reden alle Frauen mit Begeisterung. Die meisten sind nicht hingegangen, haben die Debatten im Fernsehen aber genau verfolgt. Fast wörtlich zitieren sie mir dann, was die eine und die andere sagte und loben, daß endlich einmal zur Sprache kam, wie schlimm die Machos wirklich sind.

Die jüngeren Frauen im barrio sind alle für die Legalisierung. Sie fragen besorgt, was wohl daraus werde, denn um das Thema ist es wieder bis auf einige Zeitungsartikel, ziemlich ruhig gewor-

den. Dann klagen sie über ihre Mütter, die zu dumm seien, um zu begreifen, wie wichtig die Geburtenregelung sei. Auch wenn sie sechzehn Kinder geboren und ihr ganzes Leben lang wie eine Sklavin geschuftet hätten, redeten die noch immer davon, eine Frau müsse nehmen, was Gott ihr schicke.

Alicia fragt mich, ob es stimme, daß in spätestens fünfzehn Jahren, das alles in Erfüllung gehe, was die Kommandanten einst versprochen. Die Prognose stammt von einer Freundin, sie sagt, sie sei von Daniel Ortega.

Immer wird mir vorgerechnet, wie billig früher alles war. Der Hinweis, daß das so nicht gehe, weil die Löhne auch anders seien, wird mit Schulterzucken hingenommen. Es folgen dann neue Jammerlieder über die vielen Preissteigerungen seit der letzten Lohn-erhöhung.

Auch die Tatsache, daß es auf dem Lande jetzt sehr viel mehr und billiger zu kaufen gibt, weil illegale Händler besser kontrolliert werden, stößt im barrio auf wenig Gegenliebe. Man hat den Eindruck, daß es in Managua dafür bald gar nichts mehr zu kaufen gibt. Salz ist bereits zur absoluten Mangelware geworden, Pfeffer erlebt einen Preisrekord, Bananen sind schon lange unerschwinglich.

Man organisiert sich so gut es geht. Nicht indem die Frauen gemeinsam kochen oder das, was sie haben, kollektivieren. Im Gegenteil, man achtet streng auf das kleinste bißchen, was man hat. Wer an seiner Arbeitsstelle etwas abzweigen kann, wer Freun-



de hat, die Landwirtschaft betreiben, wer zuerst erfährt, daß es heute Hühner gibt, der kauft und verkauft dann weiter, es wird auch Ware gegen Ware getauscht. Die Frauen wissen, welches die billigsten "bohunerías" sind, die vielberüchtigten Schwarzmarktfrauen, die in ihren Hinterzimmern immer noch ein paar Pfund Bohnen haben, wenn es sonst nichts mehr zu kaufen gibt. Niemand zeigt sie an. Wenn die Polizisten kommen, hat niemand je etwas gehört. Auch die CDS-Frau traut sich nicht, die Spekulantin anzuklagen, sie weiß, daß dann im barrio niemand mehr ein Wort mit ihr wechseln würde.

Auch die Ausländer sind ein Thema. Man glaubt, daß sie die Wirtschaft mit ihren Dollars am Laufen halten. Sie sind willkommen, weil sie immer freundlich sind. Alicia ist sich auch bewußt, daß sie mit ihnen immer sehr sandinistisch reden muß.

Sie schimpft nur darüber, daß sie in den schönen Villen wohnen und dafür teure Dollars bezahlen. Für die Nicaraguaner sei es dadurch kaum möglich, in ein besseres Haus zu ziehen. Die Mieten seien unerschwinglich geworden und die Preise für die Häuser seien ruckartig hinaufgegangen. In "Barricada" und der anderen Tageszeitung "El Nuevo Diario" lesen wir auch immer öfter Anzeigen, in denen ausländisches Geld als Miete oder Verkaufspreis gefordert wird.

Wir schauen eine Fernsehsendung über Kochrezepte an. Eine weißgekleidete Köchin bereitet ein sehr leckeres Mahl: tortilla espanola, Avokadosalat und einen Nachtisch. Alicia rechnet sich dabei aus, was es kosten würde, wenn sie ihrer Familie dieses Essen zubereiten würde. Eier gibt es im Moment nicht, Kartoffeln sind so teuer wie noch nie und für drei kleine Avokados haben wir gestern tausend Cordobas bezahlt. Die nette Frau auf dem Bildschirm empfiehlt uns gerade, nicht zu zögern und ihr Mahl zu kochen, da gibt Alicia das Rechnen auf und schaltet mit einem lauten ärgerlichen Schimpfwort aus.

Wir sehen später die Telenovela an, eine Liebes- und Intrigengeschichte irgendwelcher reichen Leute aus der high society Brasiliens. Auch hier wird getafelt und bestens gespeist, aber das ist schön, denn das ist Kino. Alicia bedauert mich, daß mir die Geschichte nicht gefällt.

Am letzten Abend speise ich mit den Freunden aus der Mittelschicht in einem guten Restaurant. Es ist nicht die allererste Kategorie, doch das Fleisch ist zart, es gibt Salate. Wir sind zu sechst und bezahlen zusammen 40.000 Cordobas. Das sind nach Schwarzmarktkurs rund zwanzig Dollar, nach dem Umtausch in der Wechselstube 35.

Alicia und ihre Freundinnen im barrio erfahren das nicht, sie würden es mir ernsthaft übelnehmen.

Die Ausländer leben recht gut. Sie sind geneigt zu honorieren, daß die Sandinisten sie als Berater, Lehrer, Techniker u.a. brau-

chen, suchen und akzeptieren. Sie sehen sich aus diesen Gründen lieber an, was Spaß macht und gefällt. Natürlich erleben sie tagtäglich, daß alles nur über Beziehungen funktioniert und schimpfen auch recht kräftig bis verächtlich über den Unverstand der Nicas. Doch das wird bei den meisten rasch damit entschuldigt, daß es leider noch nicht anders gehe. Die eigene Unentbehrlichkeit rückt dadurch in ein vorteilhaftes Licht. Es stimmt ja auch, daß es sie gibt, die vielen Projekte, die im ganzen Land für eine bessere Versorgung mit Wasser, Wohnungen und Medizin, mit Bildung, Arbeitsstätten und verschiedenen kulturellen Möglichkeiten sorgen.

Der Berichte über diese Seite Nicaraguas sind Legion. Deshalb kann es nur von Nutzen sein, einmal eine etwas weniger leicht verdauliche Kost vorzutragen.



Neue Helden
braucht
das Land

Gesundheit für die Frauen in Nicaragua

In ihrem Regierungsprogramm haben die Sandinisten als eine ihrer Prioritäten Verbesserung der Gesundheitsversorgung vorgesehen. Einen Schwerpunkt stellt hierbei das Mutter-Kind-Programm dar. Durch ständige Kontrolle der Kinder bezüglich Wachstum und Entwicklung und Schwangerschaftsvorsorge bzw. Krebsvorsorge bei den Müttern sollte speziell die Gesundheit der Mütter und ihrer Kinder verbessert werden. Der nachfolgende Bericht beschäftigt sich mit den Problemen der gesundheitlichen Situation für Frauen und ist dem kürzlich erstellten Nachwort aus "SOMOS - Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung" entnommen.

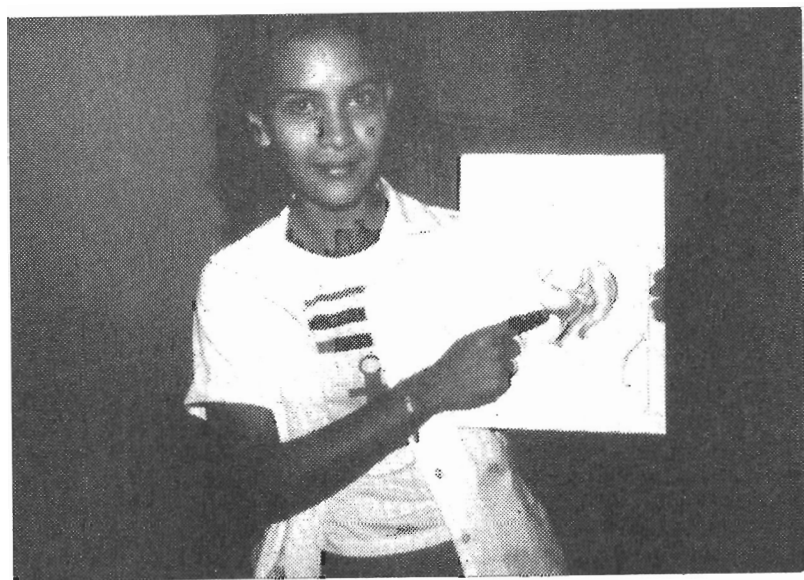
Seit April 1983 gibt es in Managua das Frauenkrankenhaus, das Hospital de la Mujer, Bertha Calderon. Bei der Gründung ging man nicht von einem feministischen Ansatz aus, sondern wollte aus Wirtschaftlichkeitsgründen die gynäkologischen Abteilungen der beiden Krankenhäuser in Managua Lenin-Fonseca und Velez Pais zusammenlegen, um Personal und medizinische Geräte effektiver einsetzen zu können. Doch, was keiner vermutet hatte: das Bertha Calderon avancierte in der Folgezeit zu dem Frauenkrankenhaus. Als einziges Spezial-Krankenhaus für Frauenheilkunde in Nicaragua war es Anlaufstelle nicht nur für die Frauen aus Managua. Bald platzte es aus allen Nähten: wurden früher im Lenin-Fonseca und Velez-Pais zusammen pro Woche 40 Geburten registriert, sind es nun alleine im Bertha Calderon täglich durchschnittlich 45 Geburten. In den ersten drei Monaten 1986 waren 2.567 chirurgische Eingriffe vorgenommen worden.

Doch das Bertha Calderon ist materiell und personell hoffnungslos überfordert. In den viel zu wenig Brutkästen liegen permanent zwei, häufig sogar drei Frühgeborene. Die 280 Betten für die Frauen und Mütter sind nicht genug. Nicht selten müssen zwei Frischoperierte oder zwei Wöchnerinnen sich ein Bett teilen. Oft wird noch als Notlager eine Matratze auf den Boden im Flur gelegt. Den Wöchnerinnen wird nahegelegt, wenn die Geburt ohne Komplikationen verlaufen ist, 18 Stunden nach der Geburt das Hospital zu verlassen. Der Platz wird dringend gebraucht.

Die Säuglinge liegen auf Plastik, meist ohne Bettlaken. Für die Frauen gibt es Bettlaken. Doch die reichen nicht aus. Oft müssen die Bettlaken viermal am Tag gewaschen und wiederverwendet werden. Doch trotzdem sind viele Frauen gezwungen, lange Zeit auf blutbefleckten Laken liegen. Die Wäscherei kommt nicht nach. Der Großteil der Maschinen ist durch das feuchte Klima und die große Überbeanspruchung kaputt und wird mangels Ersatzteile und know-how nicht repariert. Die Wäsche muß mühsam mit der Hand am Waschstein gewaschen werden. Die Monatsbinden sind bei weitem nicht ausreichend. Als Ersatz werden mehrfach verwendbare Stofflappen ausgegeben.

Das Personal, ebenfalls total überfordert, reagiert auf diese enorme Anforderung mit Abwehr und Desinteresse. Die Betreuung der Kranken läßt daher zu wünschen übrig. Die Hygiene ebenfalls. Eine Untersuchung im Bertha Calderon hat eine extrem hohe Abwesenheitsquote von 49 % festgestellt, teils durch Mutterschutz oder Krankheit, teils unentschuldig. Die niedrigen Löhne und die täglichen Transportprobleme zur Arbeit wirken entmotivierend. Viele der arbeitenden Frauen haben Sorgen mit der Unterbringung ihrer Kinder. Es gibt immer noch viel zu wenig Kindergärten. Die Kinder bleiben alleine zuhause oder werden von Nachbarn oder gegen Bezahlung betreut. Viele Frauen haben auch einen Sohn oder ihren Mann beim Militär, d.h. im Krieg und sind bekümmert, oder haben bereits jemanden aus der Familie verloren. Das Essen für die Familie zu besorgen ist sehr arbeits- und zeitaufwendig, noch dazu neben der täglichen Arbeitszeit. Die ganzen alltäglichen Schwierigkeiten schlagen sich wie überall eben auch im Frauenkrankenhaus Bertha Calderon nieder. Individuell sind die Gründe sicher zu verstehen, doch die Patientinnen des Bertha Calderon leiden massiv darunter. Für das Jahr 1986 werden allein in Managua 46.000 schwangere Frauen erwartet...

Um das Bertha Calderon zu entlasten und um die Frauen in der Region Matagalpa im Norden Nicaraguas ebenfalls zu versorgen, wurde im April 1985 das Frauenkrankenhaus in Matagalpa, Trinidad Guevara, eröffnet. In überschaubarem Rahmen angelegt, kann es intensivere und bessere Arbeit leisten als die "Geburtsfabrik" in Managua. Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen bieten sowohl



für Mitarbeiterinnen aus anderen Krankenhäusern und Gesundheitszentren der Region, als auch für Schwangere selbst Fortbildungskurse in Geburtsvorbereitung an. Grundsätzliche Fragen über den weiblichen Körper und seine Funktion, die Menstruation, die Entstehung und Verlauf einer Schwangerschaft und die Geburt werden anschaulich und ausführlich behandelt, und die Frauen durch Schwangerschaftsgymnastik auf eine sanfte Geburt, ohne Schmerzen vorbereitet. Das Interesse an diesem Thema ist groß. Doch vielen Frauen fehlt noch der Mut und der Ansporn aus ihrem familiären Bereich nach außen zu treten und in fremder Umgebung an solchen Gesprächskreisen mitzumachen. Nur wenige Männer werden ihre Frauen zum Besuch dieser Kurse ermuntern.



Die Sozialarbeiterinnen und Psychologinnen haben außerdem angefangen, durch Interviews und Gespräche die Erfahrungen der traditionellen Hebammen zu erforschen, um ihre Heilmethoden und ihr Wissen über Heilpflanzen kennenzulernen. Leider sind mittlerweile die Gelder für das Frauenkrankenhaus Matagalpa gestrichen worden und das Projekt somit zum Scheitern verurteilt.

In Esteli wird seit kurzem ein Haus zur Vorbereitung auf die natürliche Geburt eingerichtet. Hier sollen sowohl Fortbildungskurse und Erfahrungsaustausch mit Hebammen stattfinden als auch Geburtsvorbereitungskurse für Schwangere sowie ambulante Geburten. Den Krankenschwestern und Hebammen im Geburtshaus ist die Widersprüchlichkeit des Vorhabens klar, daß "Sanfte Geburt", Ge-

burt ohne Schmerzen irgendwie Luxus ist angesichts der Kriegssituation und der zwar schon wesentlich verbesserten, aber immer noch mangelhaften Gesundheitsversorgung in den ländlichen, abgelegenen Gebieten. "Doch wie lange müssen unsere Frauen noch mit großen Schmerzen gebären, wenn wir warten, bis der Krieg vorbei ist oder sich eine adäquate Gelegenheit bietet..." Der Möglichkeit, daß dem Geburtshaus ebenfalls nach einem Jahr der Geldhahn abgedreht wird und das Projekt, kaum daß es läuft wieder arbeitsunfähig wird, haben die Initiatorinnen vorgebeugt. Sie erhalten zusätzlich Zuschüsse aus internationaler Hilfe. Hoffentlich klappt's! Viel Glück kann man da nur wünschen.

ABTREIBUNG

Abtreibung ist in Nicaragua auch nach der Revolution verboten. Erlaubt ist nur der Schwangerschaftsabbruch aufgrund medizinischer Indikation. Nachdem Gesetz sind für illegalen Schwangerschaftsabbruch Gefängnisstrafen von 1-4 Jahren vorgesehen. In der Praxis wird jedoch kaum mehr Gefängnisstrafe verhängt.

Wer 1983 bei Gesprächen mit AMNLAE-Frauen das Wort Abtreibung in den Mund genommen hatte, bekam als Reaktion versteinerte Gesichter zu sehen und pauschale Statements gegen Abtreibung zu hören. Welche Veränderung Anfang 1986. Nahezu jede Frau von AMNLAE brachte das Gespräch von sich aus auf dieses heikle Thema. Nun erklärten sie, daß sie alle für eine Legalisierung der Abtreibung seien. Was war passiert?

Im November 1985 wurde in der Barricada das Ergebnis einer Studie im Frauenkrankenhaus Bertha Calderon veröffentlicht, nach der durchschnittlich täglich 10 Frauen nach einem illegalen Schwangerschaftsabbruch ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Von 109 untersuchten Fällen mußten 26,6 % der Frauen die Gebärmutter entfernt werden. Weitere 10 % überlebten den Abbruch nicht. Wie hoch die Zahl der Frauen ist, die gar nicht bis nach Managua ins Krankenhaus zur Behandlung durch einen Spezialisten kommen und sterben oder steril bleiben, kann nur geahnt werden. Diese erschreckende Tatsache hat eine mehrmonatige Diskussion in der Presse nach sich gezogen. Ursachen für die hohe Zahl der illegalen Abtreibung sind u.a. die ökonomische und soziale Situation der Frauen, die unverantwortliche Haltung der Väter, der Machismo, der dazu führt, daß viele Männer stolz darauf sind, mit mehreren Frauen viele Kinder zu haben, die verlogene sexistische Gesellschaft, die die uneheliche Mutter verachtet, den Mann jedoch als tollen Hecht bewundert. Nicht zuletzt trägt große Schuld an dieser Misere die mangelnde Sexualerziehung.

Mittlerweile ist die öffentliche Diskussion um dieses Thema wieder verstummt. Doch die Auseinandersetzung läuft, laut AMNLAE, auf anderer Ebene weiter. Die Frauen der AMNLAE und die Jugend-

lichen der sandinistischen Jugendorganisation gehen in die Schulen und an die Arbeitsplätze, um mit der Bevölkerung über Abtreibung und Familienplanung zu diskutieren. Das Gesundheitsministerium hat ebenfalls eine breite Aufklärungskampagne über Sexualerziehung angekündigt und einen besseren Zugang und gerechtere Verteilung von Verhütungsmitteln versprochen. Die Frauen der AMNLAE arbeiten derzeit an einem Gesetzesvorschlag für die neue Verfassung und an der Bewußtseinsbildung der Abgeordneten in der Nationalversammlung. Mit ihren nur 14 % steht die AMNLAE ziemlich alleine da, wenn sie nicht Unterstützung von anderer Seite bekommt.

Daß dieses heikle Thema jahrelang tabuisiert war, liegt bestimmt auch an dem großen Einfluß der Kirche, die gegen die Abtreibung wettet und an der tiefen Religiosität bzw. Kirchengläubigkeit der Bevölkerung. Lange Zeit hat sich die Frauenorganisation gesträubt, dieses lästige Thema anzuschneiden und den Kampf gegen Moral und Tradition aufzunehmen. Doch die reelle Situation, die hohe Zahl der illegalen Abbrüche samt ihren schrecklichen Auswirkungen haben sie gezwungen, Stellung zu beziehen und zu reagieren.

Doch wie derzeit in allen Frauenfragen in Nicaragua wird auch hier argumentiert, daß der Krieg das vorrangigste Problem darstellt, hinter dem alle anderen Schwierigkeiten nebensächlich werden. Dieses Phänomen ist auch in anderen Bereichen zu finden. Wenn es Ansätze gibt, schwerwiegende Probleme in Angriff zu nehmen, um die Situation für die Bevölkerung zu verbessern, verblaßt deren Notwendigkeit neben der Wirklichkeit des Krieges, der Nicaragua aufgezwungen wird. Einer entsprechenden Prioritätensetzung fallen wichtige soziale Projekte zum Opfer, die eigentlich im Regierungsprogramm Vorrang haben, z.B. im Erziehungs- und Gesundheitswesen, der Förderung der Gesundheit von Mutter und Kind, Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung...

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile/Lateinamerika

LISA LUGER / BÄRBEL SULZBACHER

SOMOS

NICARAGUAS FRAUEN ZWISCHEN ALLTAG UND BEFREIUNG

ist wieder lieferbar. Weitere Informationen auf der Rückseite dieses Heftes.

Kriegswaisen in Yali

Der Tod von Bernd Koberstein und seinen vier Begleitern hat uns wieder einmal die Brutalität dieses Nicaragua aufgezwungen, von den USA finanzierten Krieges vor Augen geführt. Ein Krieg, der bisher u.a. über 4.000 Tote, 3.190 Entführte und 850 Mio. Dollar Schäden gebracht hat. 130.000 Nicaraguaner sind durch diesen Krieg von Umsiedlungen aus den Kriegsgebieten betroffen. 48 Schulen wurden bei Contraangriffen zerstört, in 500 Schulen findet kein Unterricht mehr statt, da entweder die Eltern Angst haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder viele Lehrer nicht mehr im Kriegsgebiet arbeiten wollen. Dasselbe Problem findet sich auch im Gesundheitsbereich: 55 Gesundheitszentren oder -posten sind geschlossen; dadurch verlieren etwa 250.000 Personen eine medizinische Betreuung. (Die Daten stammen aus der Rede Daniel Ortegas am 21.2.1986).

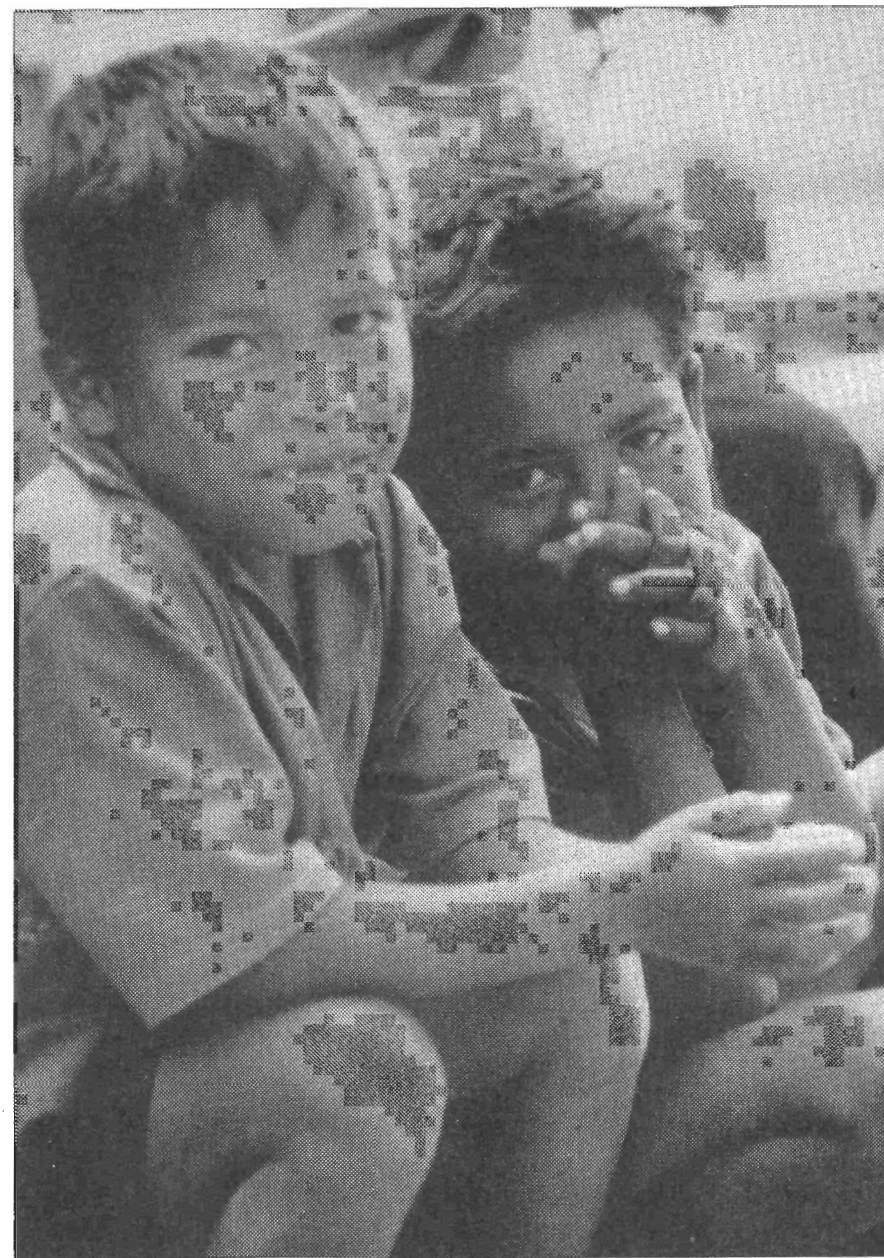
Neben all diesen Daten droht eine Tatsache unterzugehen, die jedoch Nicaragua sehr stark belastet: die Kriegswaisen. Über die Anzahl der Kriegswaisen liegen der nicaraguanischen Regierung keine genauen Daten vor. Das Sozialministerium orientiert sich bei der Datenerhebung an den Beanspruchungen von Kriegsrente. Danach gibt es ca. 14.000 Kriegswaisen, davon 13.520, die ihren Vater verloren haben, 203 ihre Mutter, 116 Totalwaisen (Daten des Sozialministeriums bis Dezember 1985).

Das Sozialministerium Nicaraguas bemüht sich mit unterschiedlichen Programmen, diesem Problem der Kriegswaisen zu begegnen: Integration in Kooperativen, bei Verwandten, anderen Familien, die mit Kleidung und Nahrung für das Kind unterstützt werden, Unterbringung in Heimen in Managua, Juigalpa oder Yali. Es nehmen jedoch nur ca. 20 % der Betroffenen diese Angebote der Regierung in Anspruch. Die Mehrheit wird spontan bei Angehörigen untergebracht, oder die Dorfgemeinschaft selbst findet Lösungen.

Ein Beispiel, wie von Regierungsseite aus versucht wird, eine Antwort auf das Problem mit den Kriegswaisen zu geben, ist das Internat für Kriegswaisen in Yali:

Yali, eine Kleinstadt mit 4.000 Einwohnern, liegt im Norden der Region Matagalpa/Jinotega. Hier wurde 1984 durch das Erziehungsministerium gemeinsam mit der Gemeinde ein Internat für Kriegswaisen gegründet. Die Gegend von Yali gehört zu den vom Krieg am meisten betroffenen Gebieten in Nicaragua.

Bis Januar 1986 fielen allein aus dieser Gegend 180 Menschen dem Krieg zum Opfer. Als Folge davon wurden über 400 Kinder zu Kriegswaisen. Auf der Suche nach Hilfsmaßnahmen organisierten die FSLN, das Erziehungsministerium und die Stadtverwaltung in der Stadt Yali im September 1984 einen Raum für 40 Kriegswaisen,



die aus der Umgebung kamen, um dort Sicherheit zu finden. Im Gebäude des Erziehungsministeriums wurde ein Raum als Schlafräum hergerichtet, er wurden Familien im Ort gesucht, die noch Kinder beherbergen konnten, Essen organisiert. Ein pädagogisches Konzept konnte bei dieser spontanen Hilfsaktion noch nicht ausgearbeitet werden. Bis März 1985 war die Anzahl der Kinder, für die keine Familien mehr gefunden wurden, und die zum Teil selbst zum Erziehungsministerium kamen, auf 75 angewachsen. Die räumlichen und personellen Kapazitäten reichten nicht mehr aus, um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden. Anfang des Jahres 1986 zogen die Kinder in ein neues Haus um, "ihr" Haus, das sich zwar noch im Rohbau befand, jedoch von den Räumlichkeiten her größer ist und ihnen mehr Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Ein mittlerweile erstelltes pädagogisches Konzept für die Betreuung der Kinder sieht u.a. vor, den 12-15jährigen Grundfertigkeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Tischlerei und Schneiderei zu vermitteln. Entsprechende Werkstätten sollen eingerichtet werden. Für praktische Erfahrungen im Bereich der Landwirtschaft stehen dem Internat 80 ha Land zur Verfügung, die auch für die Selbstverpflegung des Internats genutzt werden sollen. Schon jetzt wird ein kleiner Teil des Landes mit Mais und Bohnen bebaut. Außerdem wurden bereits Schweine, Kühe, Hühner und Bienen angeschafft.

Die Kinder aus dem Internat besuchen auch weiterhin die Schule des Ortes, um eine Sonderstellung zu vermeiden. Im Internat erhalten sie nachmittags zusätzlich Hausaufgabenhilfe. Für die über 15jährigen werden Studienbeihilfen zur Verfügung gestellt, damit sie einen weiterführenden Schulabschluß in der Regionalhauptstadt Matagalpa machen können.

Als ständiges Personal sind für das Internat ein Psychologe, ein Sozialarbeiter, ein Pädagoge, eine Krankenschwester und ein Landwirt geplant. Das Küchenpersonal bekocht dreimal täglich die mittlerweile auf über 100 Kinder und Jugendliche angewachsene Gruppe. Das Essen ist nach nicaraguanischem Maßstab ausgewogen: Abhängig von der Saison und den Finanzen gibt es neben dem üblichen Reis, Bohnen und Tortilla (Maisfladen) auch Salat, Gemüse, zweimal die Woche Fleisch und Eier. Die Kinder sehen gesund ernährt aus. Die sonst so häufigen Wurmbäuche kann man hier nicht finden.

Der Termin zur Fertigstellung des Hauses, sowie für den Arbeitsbeginn des Personals war ursprünglich für Mai dieses Jahres vorgesehen, wird sich jedoch noch weiter hinauszögern.

Ursache sind verschiedene Faktoren, die die Entwicklung des Landes erheblich beeinträchtigen. Ein wesentlicher Grund ist der Krieg. In den vergangenen Monaten war der Weg nach Yali wieder mehrere Male für einige Tage wegen dort stattfindender Kämpfe gesperrt. Dadurch kommt es u.a. zu Transportbehinderungen. Darüber hinaus gibt es viele, die nicht mehr bereit sind, in den

Kriegsgebieten zu arbeiten, da neben Regierungsangestellten gerade Gesundheitsarbeiter, Lehrer, Landwirte, Sozialarbeiter häufig gezielt Angriffsobjekte darstellen. So wurde z.B. im September 1985 ein Lehrer aus Yali auf dem Nachhauseweg 3 km vom Ort entfernt von der Contra überfallen und auf bestialische Weise ermordet.

Ein anderer, vom Krieg jedoch nicht unabhängig zu sehender, Grund ist die Wirtschaftskrise. Nicaragua ist auf internationale Hilfe angewiesen. Durch den Wirtschaftsboykott der USA kommt es immer wieder zu Verzögerungen in der Materialbeschaffung. Nicht zu vergessen das interne Problem des Landes: Der wachsende Bürokratismus und die weit verbreitete Korruption haben ebenfalls auf die Entwicklung des Landes einen lähmenden Einfluß.

Trotz dieser Schwierigkeiten vermittelt das Internat in Yali einen positiven Eindruck. Den Kindern wird hier eine Chance geboten. Es wird ihnen Bildung und Ausbildung ermöglicht und Lernen aus dem Zusammenleben mit Gleichaltrigen und Gleichgesinnten (-betroffenen) gefördert.

Die Geschichten der Kinder sind alltäglich in Nicaragua. Fast alle Kinder, die im Internat in Yali leben, kommen aus der Zone La Rica, einem Gebiet, das seit einem Jahr nicht mehr bewohnt ist. Zum Teil flüchteten die dort lebenden Menschen vor den Terroraktionen der Contra, zum Teil wurde dieses Gebiet vom sandinistischen Heer geräumt, sowohl aus militärischen Gründen, um eine Großoffensive gegen die Contra einleiten zu können, aber auch, um der Contra die soziale Basis zu entziehen.

Die meisten Kinder im Internat haben durch Contra-Überfälle nicht nur ihre Väter oder beide Elternteile, sondern auch noch ihr soziales Umfeld, ihre Freunde, ihre gewohnte Umgebung verloren. Einige von ihnen könnten zwar wieder in ihre alten Dörfer zurück. Aber sie haben Angst, daß das, was passiert ist, sich jederzeit wiederholen könnte. Und sie haben leider recht damit.

Im Februar 1986 fuhr ein Erkundungstrupp der Junta nach La Rica, um die Lage zu peilen und die Schäden abzuschätzen für eine evtl. Rückführung Teile der Bevölkerung. Mit ihnen fuhr auch Freddy, ein 13-jähriger Junge aus La Rica, dessen Vater von den Contras (vor den Augen seiner Kinder) umgebracht worden ist. Er und seine vier jüngeren Geschwister leben im Heim in Yali. Die Mutter konnte die Situation nicht mehr aushalten, ließ ihre Kinder zurück und ging alleine nach Jinotega. Freddy und sein 12-jähriger Bruder, El Chele, sind beide aktiv in der Miliz. Sie laufen ständig in Uniform und bewaffnet rum. Nur ins Heim bringen sie keine Waffen mit, aus Sicherheitsgründen, damit nicht die anderen Kinder damit rumspielen und etwas passiert. Die beiden Jungen sind sehr aggressiv, wollen ihren Vater rächen.

Nun war also Freddy das erste Mal seit der Aussiedlung vor einem Jahr wieder in seinem Dorf, zusammen mit seinen Freunden vom Militär. Als er zurückkam war er ziemlich fertig. Seine Geschwister wollten natürlich wissen, wie's war, wie ihr Haus aussieht, das



der Nachbarin, ob er auch die Quelle besucht habe, in der sie immer gebadet hatten, der Garten, die Felder... Freddy wirkte bei seinem Bericht verschlossen, aber gefaßt. Nur ab und zu, wenn er von den anderen unbeobachtet in einer Ecke saß, merkte man, daß er schlotterte; bestimmt nicht nur vor Kälte.

Vor dem Hintergrund des Schonraums, der den meisten Kindern in einem Wohlstandsland wie der BRD gewährt werden kann, mag es brutal erscheinen, daß Freddy überhaupt dieser Situation ausgesetzt wurde. In einem unterentwickelten und zudem der Aggression der USA ausgesetzten Land wie Nicaragua bestehen jedoch nicht die Voraussetzungen für eine Kindheit, wie wir sie kennen. Die Realität der Kinder aus Familien, die in Armut leben, unterscheidet sich nicht von der Erwachsener. Sie müssen z.B. oft wie die Erwachsenen zum Überleben der Familie beitragen.

Mittlerweile ist die Lage in Yali noch sehr viel schwieriger geworden. Seit März gibt es in der Gegend wieder permanent Überfälle der Contra und Kämpfe. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Situation im Heim aus. Wer Interesse hat, mehr über das Waisenheim in Yali zu erfahren oder eine Idee hat, wie dieses Projekt unterstützt werden kann (z.B. Patenschaften etc.) kann sich gerne an die Redaktion der LN wenden.

ARGENTINIEN

Ökonetzwerk gegen Umweltprobleme

Wo das bedingungslose Wachstum der Industrie schon allein zur Tilgung der Auslandsschulden beschworen wird - wie im Modernisierungskonzept von Präsident Alfonsín -, die Atomenergie zum Schlüssel der nationalen Unabhängigkeit stilisiert wird - wie bei den oppositionellen Peronisten - und die Mehrheit der Bevölkerung um einen "würdigen Lebensunterhalt" (Gewerkschaftsdachverband CGT) ringt, da erscheint der Umweltschutz als lästiges Hemmnis oder gar als Luxus des dekadenten Europa.

Und doch haben sich die ökologischen Probleme so zugespitzt, daß in den letzten drei, vier Jahren ca. 40 Umweltgruppen entstanden, die sich am Wochenende in Mar del Plata zu einem Notnetzwerk (RNEA) zusammenschlossen, um die Arbeit besser und in Notsituationen schneller koordinieren zu können.

Daß es so lange dauerte, bis eine Ökobewegung in Argentinien entstand, ist umso erstaunlicher, als im Großraum Buenos Aires - in dem sich auf 0,1% der Landesfläche 35,7% der Bevölkerung ballen - die Probleme in Form von Luftverschmutzung und Lärmbelästigung von Industrie und Individualverkehr und achtlos weggeschmissenem Müll unmittelbar auf der Straße liegen.

Abgesehen vom Palermopark, der außerdem noch von breiten Verkehrsadern durchschnitten ist, fehlen größere Grünanlagen in der Hauptstadt Argentiniens, die nur 5 m² Grünfläche pro Einwohner hat, während Rom 40 m², London 50 m² und Moskau 80 m² aufweisen.

Auch das Baden im Rio de la Plata, an das sich noch viele wehmütig erinnern, ist seit zehn Jahren polizeilich verboten. Die ehemaligen Strände, z.B. die Costanera, gleichen Müllhalden und sind Brutstätten von Insekten. Ursache ist die starke Verschmutzung der beiden Flüsse Riachuelo und Reconquista, die in den Rio de la Plata münden. Untersuchungen des Hydrographischen Instituts der Marine haben 1984 im Wasser und im Schlamm des Reconquista die höchsten Werte an Schwermetallen festgestellt, die jemals in der Welt gemessen wurden oder zumindest in der einschlägigen Literatur erwähnt sind. Von Seiten des Staates versuchte man diese Ergebnisse zu vertuschen und der verursachenden Industrie keine Schwierigkeiten zu bereiten. Zwar gibt es seit 1977 eine Verschmutzungssteuer, die direkt an die Wasserwerke (Obras Sanitarias) abgeführt wird, diese ist jedoch niedriger als die Telefonrechnungen der betroffenen Unternehmen. Ebenso wenig werden die seit 1973 existierenden Emissionstabellen beachtet.

Seit drei Jahren kämpfen Nachbarschaftsgruppen für die Reinhaltung der Reconquista, scheitern aber bisher am Chaos der Verantwortlichkeiten von städtischen, provinziellen und staatlichen Institutionen. Unabdingbare Forderung der Umweltschützer ist daher eine klare Verantwortlichkeit des Staates.

Auch in Mar del Plata, der Großstadt am Atlantik, die im Sommer von mindestens 1 Million Touristen bevölkert wird, haben Wasseranalysen des Institutes für Mikrobiologie so hohe Werte von gesundheitsschädigenden Bakterien und Nitraten festgestellt, daß die Öko-Organisation Tierra Alerta Ende 1985 tiefgreifende Maßnahmen gegen die Einleitung von Industrieabwässern und der Kloake in das Meer forderten. Nachdem man zunächst diese Initiative als einen Teil einer Diffamierungskampagne abzustempeln suchte, gab nun der Chef der Wasserwerke die Verschmutzung zu. Im Gespräch ist nun die Verlängerung des Abflußrohres auf ca. 300 m.

Bedeutet Buenos Aires zwar "Gute Winde/Lüfte", so stimmte das schon lange Zeit nicht mehr, da fast jedes größere Haus seinen Müll in einem Ofen verbrannte, was unter anderem dazu führte, daß die Stadt in den Aufnahmen des Satelliten Landsat vor 1976 auch bei Sonne nur als Wolke erschien.

Seit 1976/77 wird der Müll der Stadt im sogenannten ökologischen Gürtel (cinturón ecológico) auf Plastikplatten rund um die Stadt abgelagert, mit Erde bedeckt und mit kleinen Pflanzen begrünt. Da damit während der Militärdiktatur unter Druck der beteiligten Firmen und begleitet von großen Bodenspekulationen übereilt und ohne langjährige Pilotprojekte gegonnen wurde, besteht die Gefahr, daß das Plastik nicht hält und das Grundwasser verschmutzt wird, das in Buenos Aires zu einem großen Teil direkt aus dem eigenen Brunnen getrunken wird. Abgesehen davon verschlimmern die Müllhalden wahrscheinlich die Überschwemmungen, bei denen jährlich Tausende von Menschen aus ärmeren Vierteln evakuiert werden müssen.

Die von offizieller Seite durchgeführten Luftanalysen ergaben im Vergleich zu anderen Metropolen dann niedrigere Schadstoffwerte, die vor allem auf die günstige geographische Lage in einer windigen Ebene zurückgeführt wurden. Umso erschreckender waren dann die hohen Anteile von Schwermetallpartikeln wie Blei, Silikon, Asbest und Sulfiden, die seit zwei Jahren auf Betreiben von Bürgerinitiativen in industriellen Zentren des Großraums Buenos Aires gemessen wurden.

Besonders dramatisch ist die Verpestung in Lanus, wo 150 Fälle von Bleivergiftungen registriert wurden, und in den Stadtteilen Berisso und Ensenada von La Plata. Dort sorgen die argentinische Ölfirma YPF, Militärfabriken und multinationale Konzerne ständig für eine Lärmbelastigung, einen penetranten Gestank, petroleumverseuch-

tes Wasser und die Gefahr eines Großbrandes. Krankheiten der Atemwege und der Haut sowie Gehörprobleme sind die Folgen. La Plata ist die Stadt mit der zweithöchsten Lungenkrebsrate, die durch Luftverschmutzung verursacht wurde. Sarkastisch fragt die Zeitschrift "El Porteño" in ihrer Augustausgabe, ob Argentinien auch bald auf diesem Gebiet Weltmeister sein werde.

In Lanus und Ensenada kämpfen seit zwei Jahren Bürgerinitiativen für eine Beseitigung der gravierenden Beeinträchtigungen - bisher ohne Erfolg.

Erfolgreich war demgegenüber eine Nachbarschaftsinitiative aus dem Barrio Turca im Stadtteil Tigre, der zugleich ein Naherholungszentrum für Buenos Aires ist, denn sie erreichte mit Unterstützung der "Argentinischen Ökologischen Bewegung" (MAE) und des in Rechtsfragen erfahrenen Aktivisten Juan Schroeder die endgültige Schließung der Bleifabrik PEBEO. Untersuchungen von Erde und Luft und vor allem die Blutanalysen von 40 Kindern eines benachbarten Kindergartens hatten eine so hohe Bleikonzentration ergeben, daß die Fabrik am Montag dieser Woche geschlossen werden mußte.

Weitergearbeitet wird unterdes in den beiden Atomkraftwerken des Landes, auch wenn erst Ende August der Ingenieur Palacios des Komitees zur Sicherung der AKWs (CALIN) in einem Gutachten die Schließung des mit Hilfe der bundesdeutschen KWU betriebenen AKW Atucha I wegen Unfallgefahr gefordert hatte. Nach 14 Betriebsjahren wäre eine erste Kontrolle von Rissen und mangelhaften Bedienungssituationen dringend notwendig. Außerdem kritisierte Palacios die schlechte Vorbereitung des Personals auf Unfälle. Atucha I und das sich im Bau befindliche Atucha II befinden sich 116 km stromaufwärts von Buenos Aires entfernt.

Erst Mitte August war es im Forschungszentrum Constituyente der Nationalen Atomenergiekommission (CNEA) mitten in der Millionenstadt Buenos Aires zu einem Unfall gekommen, bei dem zumindest ein Angestellter eine erhöhte Strahlendosis abbekommen hatte. Im September 1983 starb dort ein Angestellter und ein Jahr später wurde ein Techniker in einem weiteren Forschungszentrum der CNEA in Rio Negro Opfer eines Unfalls.

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte der MAE den Diebstahl von radioaktivem Material aus einem Privatauto eines Mitarbeiters der CNEA, das im Stadtteil Belgrano abgestellt gewesen war. Der MAE protestierte gegen die "absolute Unverantwortlichkeit bei der Mißachtung aller gebotenen Vorsichtsmaßnahmen".

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es Anfang dieses Jahres im mit kanadischer Hilfe betriebenen AKW Embalse, als Schweres Wasser in den Rio Tercero austrat.

Bei all diesen Unfällen wurde deutlich, daß es in Argentinien keine unabhängige Information über den Umgang mit Kernkraft gibt.

Auch unter den Mitarbeitern der AKWs herrscht Angst vor öffentlichen Äußerungen. Sieben Wissenschaftler der CNEA gehören zu den "desaparecidos", den Verhaftet-Verschwunden; auch wenn heute diese Lebensgefahr nicht mehr besteht, so doch weiterhin die Gefahr des Verlustes des Arbeitsplatzes.

Deshalb brachten zwei Mitarbeiter des MAE - sie sind zugleich Wissenschaftler an der Universität von Buenos Aires -, Brailovsky und Laciari, einen Gesetzesentwurf im Parlament eingebracht, der auf eine breite Kontrolle auf höchstem wissenschaftlichen Niveau hinausläuft, um den Umgang mit Atomenergie in der Gesellschaft transparent zu machen.

Obwohl Argentinien über genügend Energiequellen verfügt und die teure Atomenergie gar nicht braucht, wird bereits über den Standort des 4. und 5. AKWs gesprochen. Unangemessen erscheint auch das riesige Budget der CNEA, das die Hälfte des Etats des Ministeriums für Erziehung und Justiz beträgt. Trotzdem wird vom "Anstieg" nicht gesprochen - auch nach Tschernobyl nicht.

Typisch ist vielmehr, daß die Einwohner am Straßenrand standen, Beifall klatschten und bisweilen blau-weiße Fähnchen schwenkten, als der Reaktor zum AKW Embalse transportiert wurde. Angesichts der herrschenden Desinformation wird Aufklärungsarbeit in Schulen und Bevölkerung eine der zentralen Aufgaben der im neu gegründeten Ökonetzwerk zusammengefaßten Initiativen sein.

Dies war auch bisher bereits die Hauptaufgabe der Initiativen. Fast alle Gruppen berichteten auf dem Treffen in Mar del Plata von Filmvorführungen, Ton-Dia-Shows und Gesprächen in Schulen und anderen Institutionen.

Am deutlichsten wird dies bei den verschiedenen Gruppen von "Verde Esperanza", die auch über ein nationales Netz verfügt (Zentrale: Angela Alvarez, Vierrey Arredondo 2652, 1426 Capital Federal, BA). Die Gruppen - z.B. in Santa Fé, Córdoba, Mendoza und anderswo - arbeiten z.Z. mit ca. 3 000 Kindern und Jugendlichen, versuchen, ihnen ein anderes Verhältnis zur Natur zu vermitteln - auch durch gemeinsame Arbeit auf eigenen Feldern. Auch das Centro de Estudios de Cultivos Orgánicos (CENECOS) führt neben Versuchsreihen mit Pflanzen theoretisch-praktische Kurse durch, gibt ein Informationsbulletin heraus und führt Gespräche in Schulen durch (Viamonte 1396, 1053 Capital Federal, BA).

Im September dieses Jahres beantragte der Nationale Kongreß für Pädagogik, der mit der grundlegenden Reformierung des argentinischen Bildungswesens beauftragt ist, die Aufnahme von Umweltfragen in den Rahmenplan der Schulen.

Informationszwecken dient auch die Umwelt-ökologie-Zeitschrift "Vida en alerta" aus Córdoba, die seit zwei Jahren existiert (Arturo M. Bas 222, Of. 5, 5 000 Córdoba). Im Oktober soll eine wei-

tere, etwas wissenschaftlichere Zeitschrift über Umweltfragen erscheinen.

Es existiert bereits ein Lateinamerika-Bulletin über Pestizide, dessen Vertreter in Mar del Plata nochmals eindringlich auf den freien Verkauf und verbreiteten Einsatz von Pestiziden hinwies, die in anderen Ländern verboten sind oder nur sehr begrenzt unter offizieller Kontrolle eingesetzt werden: Heptachlor, Lindan, Parathion, DDT (Bayer). Vor kurzem wurde der Direktor des Zentralen Obst- und Gemüsemarktes in Buenos Aires gefragt, warum denn die Produkte, die einen hohen Gehalt an Pflanzenschutzmitteln aufwiesen, nicht verboten würden. Antwort: Würde man das machen, gäbe es Nahrungsmittelknappheit in Buenos Aires.

CEETAR (Studienzentrum für angepaßte Technologie) ist eine Gruppe von acht Ingenieuren, Pharmazeuten, Psychologen und Pädagogen, die versucht, der Bevölkerung von Elendsvierteln mit angemessenen, auf die Situation zugeschnittener Technik zu helfen. So wird jetzt im Barrio 2 de Abril in Buenos Aires ein großer gemeinsamer Ofen zum Brotbacken gebaut. (CEETAR, Humberto 1, 2876 Capital Federal)

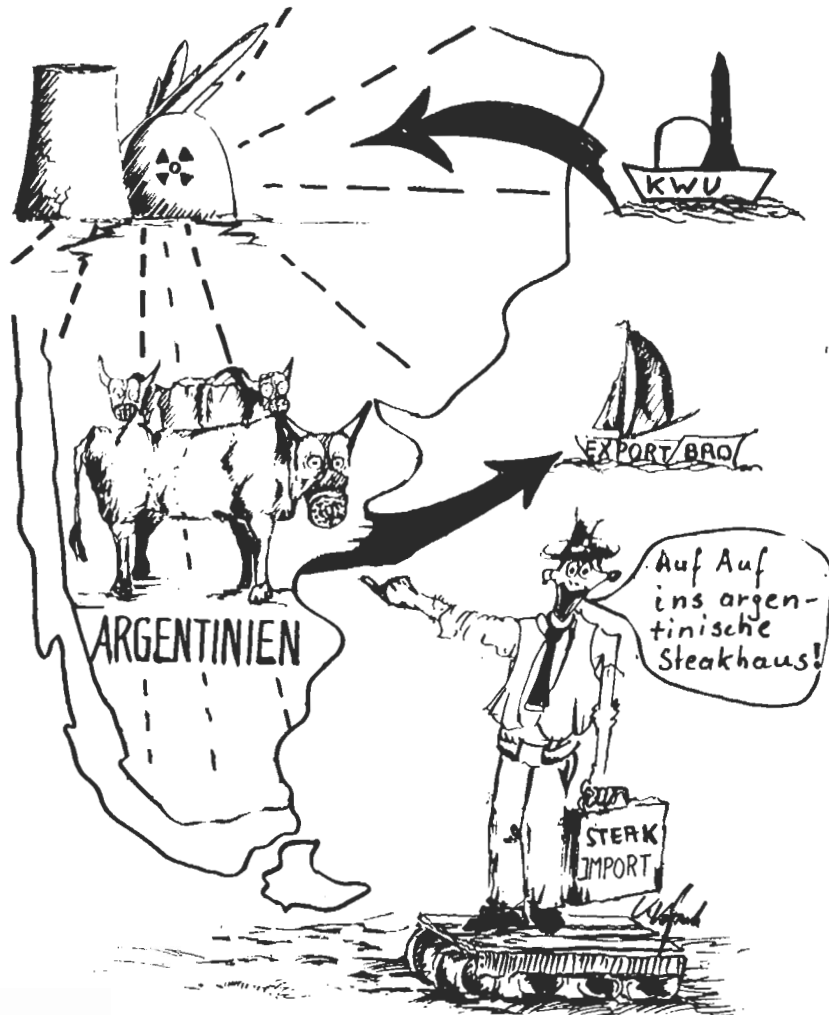
Zu den Gruppen, die in verschiedenen Städten existieren und mit vier Jahren schon "Oldies" sind, gehören der Movimiento Argentino Ecológico (Callao 741, 1023 Capital Federal) und TierraAlerta, deren Rechtsanwälte auch unentgeltlichen Rechtsbeistand in Umweltprozessen leisten - und auch schon einige Erfolge aufzuweisen haben:

- 1982 Prozeß zugunsten des Schutzes der Pinguine gewonnen
- 1983 Prozeß gegen die Jagd von Delphinen gewonnen
- 1984 Durch einen Prozeß wird der Einsatz des Entlaubungsmittels "agent orange", das Dioxin freisetzt, verboten
- 1985 Schließung der Batteriefabrik Pagliettini Solenovo S.A. wegen Umweltverschmutzung durch Blei
- 1985 Vorläufige Verhinderung der Einrichtung eines Wassersportzentrums, das die Lagune Llanquanello (Mendoza) gefährdete
- 1986 Schließung der Bleifabrik Pebeo in Tigre

Bei der Gründung des Ökonetzes wurde neben dem Erfahrungsaustausch der in der Regel noch kleinen Gruppen, der Klärung der Organisationsstruktur, die nicht hierarchisch sein soll, und der Festlegung des Sitzes, der trotz aller Dezentralisierungsabsicht doch in Buenos Aires (Tucuman 1711-3-D, Capital Federal) ist, auch die Erstellung einer 'kritischen Landkarte Argentiniens' beschlossen, in die die jeweiligen Umweltprobleme eingetragen sind.

1985 gab es mit der Gründung des Partido Verde, der sich an den Wahlen im Oktober 1985 beteiligen wollte, schon einen Versuch, die Ökobewegung zu organisieren. Die guten Kontakte zu den GRÜNEN in der BRD schlugen sich auch in dem anspruchsvollen Programm nieder, etwa in der horizontalen und offenen Parteistruktur, im

Pazifismus, in Forderungen für Umweltgesetze. Aber weder bei praktischen Aktionen - Briefe an Abgeordnete und Gespräche mit Abgeordneten, um durch die Verlagerung der ungeheuren Brennstoffreservoirs im Hafen eine Katastrophe à la Bhopal zu verhindern oder einer Demonstration gegen die Übergabe der chilenischen Osterinseln an die USA als Stützpunkt für Atom-U-Boote - noch beim Versuch, die zur Parteinominierung zur Wahl nötigen Mitglieder zu werben, gelang die notwendige Mobilisierung. Vielleicht klappt es bei dem neuen Versuch nun besser!



URUGUAY

Kein Vergessen, sondern Gerechtigkeit!

DAS NEUE AMNESTIEGESETZ DER NEUEN REGIERUNG

In Uruguay erreichte die Diskussion um die Menschenrechte und die Bestrafung der Militärs in den letzten Wochen einen erneuten Höhepunkt. Die Colorado-Regierung mit ihrem Präsidenten Sanguinetti hat Ende August ein neues Gesetzesprojekt vorgelegt, das dieses Problem lösen soll, und sieht sich nun heftigen Protesten aus der Bevölkerung, den Oppositionsparteien und den Gewerkschaften gegenüber. Im folgenden Artikel soll die Entwicklung der Menschenrechtsdebatte vom November 1984 (Zeitpunkt der Wahlen) bis heute noch einmal dargestellt werden.

1984, vor den ersten Parlamentswahlen seit dem Putsch der Militärs vom Juni 1973 beriet die CONAPRO (Concertación Nacional Programática*) über den Wiederaufbau eines demokratischen Uruguay. Zu diesem Zeitpunkt gab es für so gut wie niemanden Zweifel darüber, daß die Frage der Menschenrechte grundlegend für die neue Demokratie sein würde und daß die Menschenrechtsverletzungen, die in der Zeit der Diktatur begangen wurden, verfolgt werden müßten. Zu sehr stand man noch unter dem Eindruck der Repression der letzten Jahre, die zwar nicht wie in Argentinien zehntausende von Menschen verschwinden ließ (die Zahl der Verschwundenen liegt in Uruguay bei 300), dafür aber in der quasi wissenschaftlichen und systematischen Anwendung der Folter noch ihresgleichen sucht. In Uruguay, einem Land mit 2,9 Millionen Einwohnern, wurden 50'000 Personen gefoltert, das sind mehr als jeder sechzigste. So gut wie jeder politische Gefangene wurde gefoltert und so gut wie das ganze Gefängnispersonal folterte, denn die Militärs wollten die Verantwortung auf eine möglichst große Anzahl von Leuten verteilen, um die Solidarität der Täter zu festigen. Gerade dies ist aber auch einer der Punkte, die die ganze Diskussion um die Bestrafung der Folterer zu einem Thema werden läßt, das fundamentale Probleme der uruguayischen Demokratie und ihrer Institutionen aufwirft, wenn man sich nicht darauf beschränken will, diese elf Jahre der Diktatur als "Entgleisung" der Militärs anzusehen. Verständlich ist also, daß mit der Behandlung dieser Frage für breite Teile der Bevölkerung die Demokratie und die Glaubwürdigkeit ihrer Institutionen steht und fällt, verständlich ist aber auch, daß die politischen Parteien dieses heiße Eisen am liebsten

* CONAPRO: 1984 als Bewegung aller sozialen und politischen Organisationen gegründet, um die wichtigsten Maßnahmen nach Erlangung der Demokratie auszuarbeiten.

so schnell wie möglich vom Tisch schaffen würden. An den Strukturen der Macht möchte nämlich im Moment prinzipiell kaum jemand rütteln.

Im März 1985, dem Monat des Amtsantritts des Präsidenten Sanguinetti, wurde im Parlament von allen Parteien das "Ley de Pacificación Nacional" (Gesetz zur nationalen Befriedung) verabschiedet. Es beinhaltet eine Amnestie der politischen Gefangenen, hauptsächlich Tupamaros, die sich schon seit Beginn der Diktatur oder länger im Gefängnis befanden, und schloß ausdrücklich Polizei und Militär aus. Bei Gefangenen, die wegen Mordes verurteilt worden waren, wurde jedes Haftjahr wie drei Jahre angesehen, so daß letztlich alle politischen Gefangenen freigelassen werden konnten, da sie ihre Strafen ja schon abgesessen hatten. Zur Verfolgung der Schuldigen wurden parlamentarische Untersuchungskommissionen eingesetzt, die allerdings von Anfang an in ihrer Arbeit behindert wurden. Bald wurde klar, daß der Justizapparat zur Verfolgung von Verbrechen dieser Art und dieses Ausmaßes vollkommen unzureichend sein würde, da ja bekanntlich die Mühlen der Justiz langsam mahlen und außerdem ihr bürokratischer Apparat an vielen Stellen boykottiert werden kann. So weigerten sich beispielsweise die Militärs, ihren Vorladungen vor Gericht nachzukommen mit dem Argument, sie würden die zivile Justiz nicht anerkennen. Die Polizei, die dann dafür sorgen sollte, daß die Militärs sich den gerichtlichen Institutionen unterordnen, verweigerten ebenfalls den Gehorsam, was bedeutet, daß das Innenministerium, also letztendlich die Regierung, sich weigerte, die zivile Justiz anzuerkennen. Auch kam es zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Zivil- und Militärgerichten, da die Militärjustiz die Zuständigkeit für Verfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte für sich beansprucht. Diese Frage muß – für jedes einzelne Verfahren – vom Obersten Gerichtshof entschieden werden.

Bevor das erste Urteil des Obersten Gerichtshofes gefällt wurde, begannen Verhandlungen zwischen den Führern der politischen Parteien mit dem Ziel, die Frage der Bestrafung der Militärs durch ein besonderes Gesetz zu regeln. Ende Juli 1986 fällte dann der Oberste Gerichtshof ein erstes Urteil für den Fall eines Matrosen, der in der Stadt Colonia einen Mann getötet hatte; dies hatte zwar nicht direkt mit den Menschenrechtsverletzungen der Militärs zu tun, sondern war ein "privater" Mord, dem Urteil wurde jedoch trotzdem Bedeutung zugemessen, da es in diesem Fall dem zivilen Gericht die Kompetenzen zusprach. Anfang August 1986 wurde dann eine Kommission für die Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlages eingesetzt, die aus vier Juristen bestand, je einem von Colorados, Blancos, Frente Amplio und Union Civica (Bürgerunion). Dort entstand der folgende Gesetzesvorschlag (über den jedoch keine Einigung innerhalb der Kommission erzielt wurde, die Oppositionsparteien waren nicht einverstanden): Alle an Menschenrechtsverletzungen Beteiligten werden von vornherein amnestiert mit Ausnahme derjenigen, die Morde begangen

haben. Diese sollen vor einem Militärgericht mit Appellationsmöglichkeit an den Obersten Gerichtshof verurteilt werden. Noch immer war die offizielle Regierungspolitik also die Bestrafung zumindest einiger Schuldiger.



Herr Präsident: Sie schlagen vor zu vergessen, das Volk will Gerechtigkeit.

DIE REGIERUNG WILL VERGESSEN ...

Am Donnerstag, dem 28. August 1986, trat Sanguinetti mit einer Rede vor die uruguayische Öffentlichkeit, die mit den folgenden Worten begann: "Denjenigen, die die Streitkräfte von den zivilen Kräften trennen und demoralisieren wollen, versichere ich, daß ich mit aller Kraft dafür kämpfen werde, daß sie dieses Vorhaben nicht durchführen können ...". Die Rede enthielt neben einem neuen Gesetzesvorschlag der Regierung unter anderem eine handfeste Drohung gegen alle Kräfte, die sich den Militärs entgegenzustellen wagen. Eine Drohung, die sich in ihrer Offenheit an die einige Zeit zurückliegende Äußerung des Vicepräsidenten Tarigo

anschließt, der von der Möglichkeit gesprochen hatte, daß die Konfrontation mit den Militärs wegen Menschenrechtsfragen in der nächsten Zeit den ersten Toten kosten könnten ... Der neue Gesetzesvorschlag der Regierung sieht vor, für den Zeitraum vom 1. Januar 1962 bis zum 1. März 1985* alle Militärs und Polizisten (insgesamt 65'000) kollektiv zu amnestieren, egal,

welche Art von Verbrechen sie begangen haben. Hierin sieht Sanguinetti die Ergänzung zum Gesetz vom März 1985, mit dem die politischen Gefangenen befreit worden waren.

... DAS VOLK GERECHTIGKEIT

Noch am selben Abend gab es in mehreren Vierteln Montevideos ein spontanes "caceroleo" (auf Kochtöpfe schlagen als Ausdruck des Protestes) als Antwort auf Sanguinettis Rede. Für den nächsten Tag war schon vorher im Rahmen einer Woche der Menschenrechte eine Demonstration geplant, deren ursprüngliche Route nun vom Innenminister verboten wurde; stattdessen sollte man in die entgegengesetzte Richtung gehen. Zwischen den etwa 50'000 Teilnehmern und dem Riesenaufgebot von Polizisten kam es nicht zu direkten Zusammenstößen, die Stimmung war jedoch wegen der Verwirrung über die Route und der Unsicherheit darüber, ob man sich dem Verbot beugen sollte, "knisternd".



Was mit dem Gesetzesvorschlag der Regierung passiert, muß abgewartet werden. Da Sanguinetti im Parlament keine Mehrheit hat und wahrscheinlich noch nicht einmal alle Colorado-Abgeordneten mit dem Vorschlag einverstanden sind, ist es fraglich, ob das Gesetz in dieser Form durchkommt. Theoretisch gibt es die folgenden Möglichkeiten:

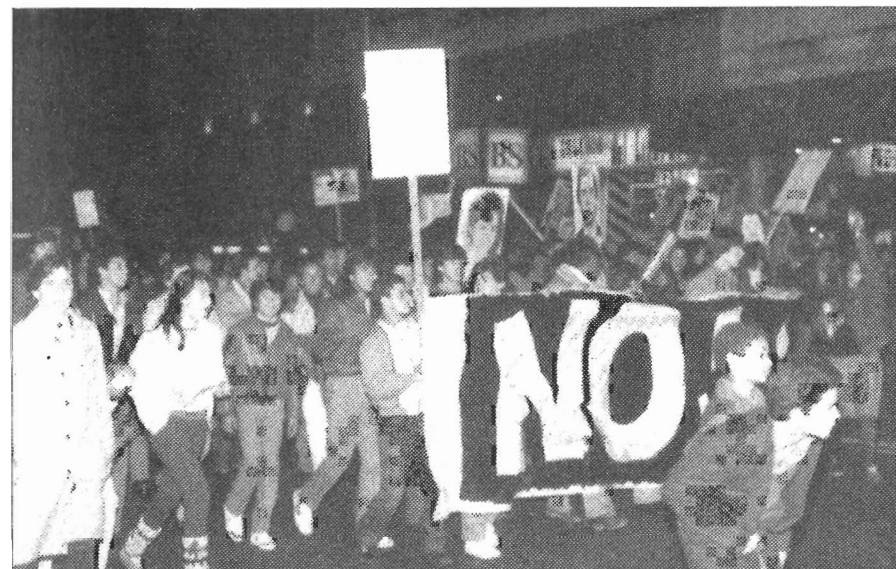
1. Der Vorschlag bekommt in beiden Kammern (Senat und Abgeordnetenhaus) die Mehrheit und wird Gesetz.
2. Beide Kammern haben 45 Tage Zeit, den Vorschlag zu diskutie-

ren. Kommt in dieser Zeit keine Einigung zustande und wird der Vorschlag nicht ausdrücklich abgelehnt, wird er Gesetz.

3. Wird der Vorschlag abgelehnt und auch kein Alternativprojekt vorgestellt und angenommen, gehen die Urteile gegen die Militärs wie bisher den Weg des normalen Gerichtsverfahrens (laut Art. 253 der Verfassung).
4. Wenn ein alternatives Gesetzesprojekt vom Parlament angenommen wird und der Präsident von seinem Vetorecht dagegen Gebrauch macht, muß es erneut abgestimmt werden und benötigt dann eine 3/5 Mehrheit.

Bisher liegt noch kein Alternativvorschlag der Opposition vor, die Blancos und die Frente Amplio wollen jedoch in der nächsten Zeit einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen. Daß das Projekt Sanguinettis in seiner jetzigen Form durchkommt, ist wenig wahrscheinlich. Es zeigt jedoch in erschreckender Deutlichkeit, auf welche Seite sich der uruguayische Präsident stellt und bestätigt jene, die meinen, daß sich das Militär nur zeitweise zurückgezogen habe, aber immer noch der eigentliche Herr im Lande sei. Für diejenigen, die Kinder, Enkel oder Eltern verloren haben oder jahrelang im Gefängnis saßen, kann diese Demokratie jedenfalls nicht glaubwürdig sein, solange sie noch den Folterern auf der Straße begegnen können.

* In der Festlegung dieses Zeitraums schießt die Regierung sogar weit über das Ziel der Militärs hinaus, die selbst nur den Zeitraum zwischen dem 15. April und dem 15. November 1972 als Etappe des "antisubversiven" Kampfes erklärt hatten.



PERU

Erstes nationales Treffen der Produzentinnen von Frauenhörfunkprogrammen

Zwischen dem 3. und 5. Juli trafen sich in Chacabuco bei Lima circa 50-60 Frauen aus ganz Peru, um ihre Erfahrungen als Produzentinnen von Radioprogrammen für Frauen auszutauschen. Aus Puno, Cusco, Arequipa, Tacna, Lima, Chimbote, Trujillo, Piura und Iquitos kamen sie angereist, um gemeinsam diese drei Tage voneinander zu lernen, aber auch, um unterschiedliche Positionen klarzumachen. Unter den Frauen befanden sich nicht nur die hauptamtlichen Radiomacherinnen, sondern auch die am Programm partizipierenden Sprecherinnen.

Das Treffen wurde organisiert in Zusammenarbeit zwischen der "Asociación de Comunicadores Sociales Calandria", einer Institution, die das Hörfunkprogramm "Nuestra Vida" für und mit Frauen aus den Pueblos Jovenes (Elendsvierteln) von Lima produziert, und dem feministischen Zentrum "Flora Tristan". Initiatorinnen waren zwei Holländerinnen, die über Frauenprogramme in Peru forschen.

Erklärtes Ziel des Treffens war es, ein Informationsnetz zwischen den Frauen auf nationaler Ebene aufzubauen, um der bislang wenig gehörten Stimme von Frauen in Peru mehr Gewicht zu verleihen. Außer der Gemeinsamkeit, daß Frauen für Frauen Radioprogramme produzieren, ließ sich eine Vielfältigkeit in deren Konzeption, Inhalt und Form feststellen. Unter den Teilnehmerinnen befanden sich nicht nur Produzentinnen von derzeit laufenden Programmen, sondern auch Frauen, die zu einem früheren Zeitpunkt welche ausgestrahlt hatten, und ebenso diejenigen, die ein Programm zu produzieren beabsichtigen.

Der Ablauf der Zusammenkunft erfolgte in einer erfrischenden Abwechslung von Theorie und Praxis.

Rosa Maria Alfaro, Dozentin an der Kommunikationswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Lima, zeigte in ihrem Einführungsreferat die unterschiedliche Konzeption von "volksnaher Kommunikation" (comunicación popular) und "alternativer Kommunikation" (comunicación alternativa) auf. Comunicación popular, meinte sie, zeichne sich im konkreten Fall von frauenspezifischem Inhalt dadurch aus, daß Frauen aus den populären Sektoren zu Frauen aus ihrer Klasse sprechen, während alternative Kommunikation sich erstmal durch ihr Anderssein von den herrschenden Medien in der Gesellschaft unterscheidet und dadurch definiert. Ein anschauliches Beispiel eines Programmas Populares präsentiert "Nuestra Vida": Frauen aus den Elendsvierteln von Lima gestalteten das Programm mit Hilfe der Institution "Calandria". Die Sprecherinnen und die Protagonistinnen der Radionovela (Dramati-

sierung von Alltagssituationen und -Problemen) stammen aus der Schicht ihres Zielpublikums.

Diese Frauen berichteten davon, wie unmöglich ihnen anfangs die Perspektive erschien, daß sie, die nie etwas zu sagen hatten, plötzlich vor dem Mikrofon sprechen sollten. Doch hört man sie heute, wie selbstsicher und engagiert sie diese Aufgabe wahrnehmen, muten diese Ängste wie Geschichten aus der Vergangenheit an. Sie haben gelernt, daß sie nicht über Außergewöhnliches berichten müssen, sondern daß ihre soziale Realität die über den Äther gesendete Botschaft ist.

Das Zielpublikum dieser Programme läßt sich folgenderweise charakterisieren: Es sind Bewohnerinnen der Elendsviertel, Mütter meist vieler Kinder, Emigrantinnen aus den armen Provinzen des Landes, überlastet durch die oftmals von ihnen allein getragene ökonomische Verantwortung für die ganze Familie (die Männer sind oft arbeitslos oder haben sie verlassen); in der Mehrzahl der Fälle sind sie unterbeschäftigt, bzw. im informellen Arbeitssektor als ambulante Händlerinnen tätig, marginalisiert aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Klasse, Rasse oder Kultur, zum Teil organisiert, zum Teil nicht.

Problematisiert wurde die oftmals schwierige Kommunikation zwischen den intellektuellen Programmacherinnen und ihrem Zielpublikum. Unzureichende Kenntnis des sozialen Milieus der Hörerinnen und ein unterschiedliches Sprachniveau wurden dafür verantwortlich gemacht.

Zwischen den verschiedenen Institutionen, die in den Barrios arbeiten, existieren bisweilen wenig, bzw. keine Kontakte. Politische Eifersüchteleien lassen die Zentren sogar gegeneinander arbeiten, da sie ihr Zielpublikum manchmal als persönliche Klientel betrachten. Kritisiert wurde auch der Spontaneismus und Aktionismus, der oftmals den Arbeitsstil prägt, und eine Reflektion und Systematisierung der Ergebnisse verhindert. Der Mythos von Partizipation verhindert in einigen Fällen auch den Blick dafür, ob die Programme auch massiv vom Zielpublikum gehört werden. Die Teilnehmerinnen des Seminars stellten sich die Frage, inwieweit ihre Radioprogramme Einfluss darauf haben, daß sich die Frauenbewegung als soziale Bewegung manifestiert. In dieser Diskussion wurde wiederum deutlich, daß über das soziale Umfeld dieser Bewegung wenig Klarheit besteht.

Um überhaupt zu erfahren, inwieweit ein Radioprogramm sozialen Bedürfnissen gerecht werden kann, bedarf es einer genaueren Erforschung dieses Zusammenhangs. Bisher gab es dazu kaum Untersuchungen, die mit einer den Verhältnissen angepassten Methodologie vorgegangen sind.

Des Weiteren wurden die Schwierigkeiten erörtert, denen sich die Produzentinnen von Radioprogrammen für Frauen gegenübersehen. Vielerwähnte Beschränkungen sind mangelnde Finanzierung – fast alle müssen die Sendezeit teuer anmieten –, technische Defizite ein schwieriger Zugang zu den Medien – viele Sender akzeptieren aufgrund ihrer kommerziellen Programmstruktur keine edukativen

Frauenprogramme - die Schwerfälligkeit der Erziehungsprogramme und der vor den kommerziellen Radios geprägte Hörergeschmack. Auf der Suche nach einer Lösung dieser Probleme schlug man ein Netz zwischen den verschiedenen Programmen vor, das den Austausch von Musik, Volkserzählungen, Radionovelas, etc. ermöglicht. Die Schwerfälligkeit der Programme ließe sich durch eine agilere Struktur überwinden, wobei die Musik mehr Raum einnehmen müsste. Sprachlich sollten sich die Programme stärker auf das Niveau der Hörerinnen begeben. In Zukunft wollte man gemeinsame Kurse in technischer Fortbildung durchführen. Existierende Programmformen könnten aufgegriffen und mit anderen sozialen Inhalten gefüllt werden. Um diese Erkenntnis nicht nur der Theorie zu überlassen, versuchte man die Problematik in Soziodramen und durch gegenseitiges Interviewen anzugehen, um gleichzeitig daraus für die tägliche Arbeit zu lernen. Dabei ist das Soziodrama eine den Frauen aus dem Barrio wohl am stärksten gerechtwerdende Form, da es die Frauen in spielerischer Art zu Protagonistinnen ihrer Alltagsprobleme werden lässt. Viele Frauen, die in Versammlungen oft schweigen, erweisen sich im Soziodrama als hervorragende Darstellerinnen ihres eigenen Lebenszusammenhangs. Als schließlich die Präsentation der einzelnen Programme auf der Tagesordnung stand, beeindruckte deren Vielfältigkeit. Sogenannte Revistas Musicales (eine Art Musikfeature), überwiegend von Hörerinnen aus den Pueblos Jovenes gestaltete Programme und feministische Programme - nur um einige zu nennen - waren zu hören. Dabei sind nur wenige Produzentinnen professionelle Journalistinnen. Dieses wurde in vielen Fällen auch als Handicap erkannt. Jedoch ist keine Konkurrenz zu den kommerziellen Sendern beabsichtigt. Die Programme, die sich zum Bereich Comunicación Popular rechnen, zeichnen sich durch emotionale Sprache und Umgang mit den Hörerinnen aus.

Im Laufe des Treffens traten konzeptionelle Differenzen zwischen den Produzentinnen von Programas Populares und feministischen Programmen zu Tage. Während für letztere das geschlechtsspezifische Moment grundsätzlich ausschlaggebend ist, sind für erstere nicht nur das Frausein, sondern auch die Klassenzugehörigkeit determinierende Faktoren in ihrer Medienarbeit.

Eine Teilnehmerin aus Cusco und Bewohnerin eines Pueblo Jovenes trug aus ihrer Sichtweise anschaulich zur Diskussion bei: "In Cusco gibt es im Moment keine Institution, die mit uns Frauen im Radio arbeitet. Unsere Lösung ist es, uns zu organisieren. Gemeinsam können wir viel erreichen."

Um diesen gemeinsamen Kampf für eine "Eroberung des Wortes der Frauen" mehr Gewicht zu verleihen, wurde ein nationales Kommunikationsnetz der Produzentinnen von Frauenprogrammen ins Leben gerufen. Dabei wurden zwei unterschiedliche Positionen deutlich: einige wollten eine organisatorische Instanz mit Sitz in Lima, während vor allem die der Comunicación Popular zuzurechnenden

Programmproduzentinnen die Forderung aufstellten, daß der Austausch weniger institutionalisiert und dirigiert werden sollte, sondern als fester Bestandteil in die Arbeit der einzelnen Zentren einfließen sollte. Schließlich wurde vereinbart, regionale Komitees zu bilden, um erstmal auf dieser Ebene eine permanente Kommunikation zu ermöglichen, um sie dann auf nationales Niveau auszuweiten.

Mit der allseits geäußerten Hoffnung auf ein baldiges zweites Treffen verabschiedeten sich die Teilnehmerinnen voneinander.



KARIBIK

Zum fünfjährigen Jubiläum der Organisation Ostkaribischer Staaten

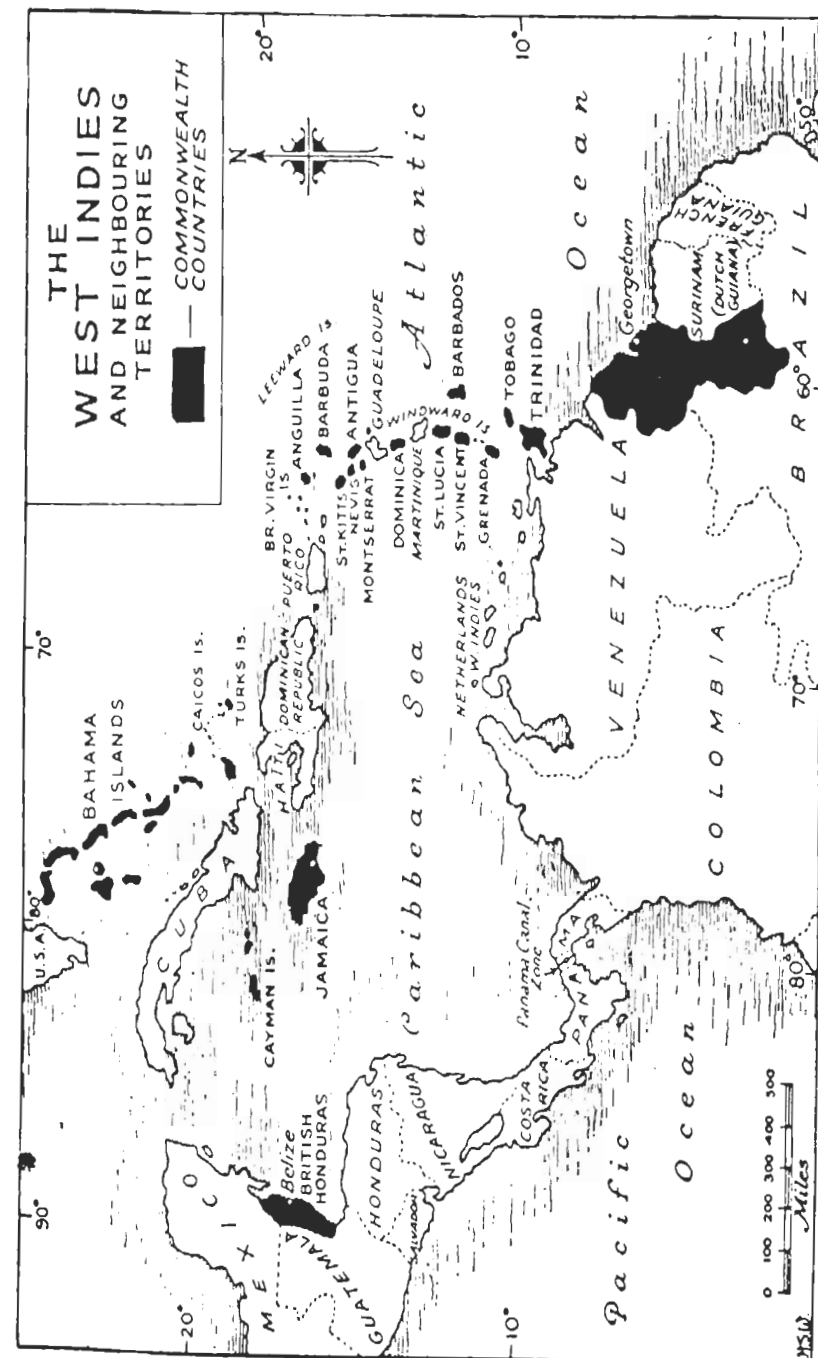
Während die Medien der übrigen Welt vom fünften Geburtstag der Organisation of Eastern Caribbean States (OECS) kaum Notiz nahmen, füllte das Ereignis die Titelseiten der lokalen Zeitungen. Offensichtlich hat der Integrationsverband innerhalb der Mitgliedsstaaten große Bedeutung, die außerhalb ihrer Grenzen schlagartig sinkt. An der OECS ist ein Teil der Inselkette der kleinen Antillen beteiligt, Antigua/Barbuda, Dominica, Grenada, Montserrat, St. Kitts/Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen. Es handelt sich durchweg um kleine Inseln mit geringer Produktionsbasis, historisch britische Kolonien. Sie haben kleine Märkte und hohe Pro-Kopf-Kosten für Infrastruktur, Verwaltung, Sozialleistungen und Transport. Ihre Volkswirtschaften sind gekennzeichnet von kolonialer Plantagenwirtschaft mit Exportorientierung auf den britischen Markt, resultierend in exzessiver Abhängigkeit von externen Faktoren.

Diese abzubauen ist Ziel der mehr als 25-jährigen Integrationsbestrebungen in der Karibik, an der die sieben Inseln beteiligt sind. Die Erlangung voller außenpolitischer Souveränität vieler Inseln im Laufe der letzten 12 Jahre ermöglichte jedoch erst den nötigen Freiraum für selbstbestimmte Integration. Lediglich Montserrat ist nicht britische Kolonie, was kurz vor dem Jubiläum auch Schwierigkeiten bereitete, als die übrigen Mitglieder Montserrat wegen eben jener eingeschränkten außenpolitischen Souveränität zu einer Reihe von Treffen nicht eingeladen hatten. Der darüber aufgebrachte Chief Minister Osborne konnte beruhigt werden, ohne daß das Problem gelöst wäre.

In einer weitaus prekäreren Lage befand sich der Verband nach dem Vertragsbruch gegen die Einstimmigkeitsklausel bei der Vorbereitung zur Grenada-Invasion.

Doch davon war am fünften Geburtstag weniger die Rede, vielmehr wurden die Erfolge in Richtung auf koordinierte regionale Zusammenarbeit gewürdigt. Beispiele dafür gibt es viele, im Bereich gemeinsamer Auslandsvertretungen, vor den Vereinten Nationen, im Gesundheitswesen, dem Bildungswesen, der Fischerei, der Justiz und dem gemeinsamen Markt.

Alle sechs selbstständigen Staaten unterhalten in Ottawa eine gemeinsame Hohe Kommission und auch für die Vertretung in London taten sich vier Staaten zusammen. Eine gemeinsame Vertretung bei den Gremien der Vereinten Nationen ist nicht genehmigt worden, doch koordinieren die OECS-Staaten auch hier ihre Außenpolitik. Derzeit läuft ein Projekt zum gemeinsamen Kauf, Lagerung und Verteilung pharmazeutischer Produkte an, dessen Ziel es ist, den



Pharmaherstellern als potenterer Käufer gegenüberzutreten und Kosten zu sparen.

Die OECS-Staaten sind an der von allen CARICOM-Staaten gemeinsam betriebenen University of the West Indies beteiligt. Das Zentralsekretariat ist mit der Koordination mit dieser höchsten regionalen Bildungseinrichtung betraut. Außerdem arbeitet das Bildungsreferat an der sinnvollen Zusammenlegung berufsqualifizierender Ausbildungsstätten.

Da die Inseln kaum nutzbare Rohstoffe besitzen, liegt ein großer Teil ihres Reichtums im Meer. Der Fischfang ist jedoch wenig effizient, und die reichen Fischgründe fallen fremden Flotten zum Opfer. Hier soll das Fischereireferat tätig werden und die Staaten auch in Fragen des neuen internationalen Seerechts beraten. Die OECS verfügt über eine Rechtsberatungsabteilung für ihre Mitglieder, während der gemeinsame OECS-Gerichtshof natürlich unabhängig organisiert ist.

Das Sportreferat unter Sperreira und ein Koordinationsbüro für Zivilluftfahrt, eine Lebensader der Inseln vervollständigen die Liste der Referate im Zentralsekretariat. In Antigua ist das Wirtschaftssekretariat angesiedelt mit Zuständigkeit für die Operationen des gemeinsamen Marktes. Koordination und Förderung der einzelnen Wirtschaftssektoren sowie internationale Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit fallen ebenfalls in seinen Bereich.

Bei ihren Aktivitäten bewegt sich die Organisation auf einem schmalen Grad, dessen Steilhänge zum einen die kürzlich erlangte Unabhängigkeit - und damit die immanente Angst um ihren Verlust - zum anderen die anhaltende wirtschaftliche Krisensituation charakterisieren.

Unterentwickelten Ländern dieser minimalen Größenordnung fehlt es in solchen Situationen oft an Verhandlungspotential untereinander. In Fällen, in denen jeder Rückzieher den Lebensnerv treffen kann, sind Kompromisse schwer zu erzielen. Mindestens ebenso wichtig für den Erfolg wird auch die stärkere Beteiligung der Bevölkerung sein. Die OECS ist eine 'Integration von oben' und berührt die Menschen im Wesentlichen nur indirekt. Lediglich die Verpflichtung des bekannten Sportredakteurs 'Reds' Sperreira zur Kommentierung von OECS-Wettkämpfen in der Region wird auf die Dauer zu wenig sein. Und ob die Idee der 'Westindischen Nation' mehr Anhänger findet als der Partikularismus, hat den Betroffenen, die Bevölkerungen der OECS-Staaten, bisher niemand zur Abstimmung vorzulegen gewagt.

Deutsch-Chilenisches Rückkehrkomitee

COMITE CHILENO ALEMAN DE SOLIDARIDAD CON CHILE Y POR EL RETORNO

Das "Deutsch-Chilenische Solidaritäts- und Rückkehrkomitee e.V." setzt sich für die Rückkehr der Exilchilenen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, ein.

Der Militärputsch vom 11. September 1973 zwang mehrere hunderttausend Chilenen, ihre Heimat zu verlassen und in anderen Ländern politisches Asyl zu suchen. Viele wurden ausgewiesen, anderen verwehrte die Diktatur die Wiedereinreise, einigen wurden hohe Freiheitsstrafen in Zwangsexilierungen umgewandelt.

Die Ausgewiesenen haben ihr Exil nie akzeptiert. Trotz der Gefahr von Verfolgung gehörte das Recht auf Leben in der Heimat zu den wichtigsten Forderungen der chilenischen Opposition und der Exilierten.

Nach dem Militärputsch hatten sich die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik bemüht, politische Flüchtlinge hier aufzunehmen. Die Flüchtlinge haben zugleich immer nur eine zeitlich befristete Perspektive gehabt, und so sollte heute denen bei der Rückkehr und Reintegration geholfen werden, die in ihre Heimat zurückkehren wollen.

Auf internationalen Druck begann das Militärregime 1983 Listen von Exilierten zu veröffentlichen, die zurückkehren dürfen. Dabei wurde das Regime jedoch mit immer neuen Namen derer konfrontiert, die zurückkehren wollten. So wurde schließlich eine Negativliste veröffentlicht, die zunächst über 5000 Namen umfaßte, nach einigen Neuauflagen noch 3900 Namen von Exilierten, die nicht in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Diese Liste wurde den internationalen Transportgesellschaften übergeben, die angewiesen wurden, diesen Personen keine Schiffs-, Flug- oder Buskarten zur Einreise nach Chile zu verkaufen. Bei Zuwiderhandlung würden sie ihre Rechte in Chile verlieren.

Aber auch Chilenen, die nicht in der Liste aufgeführt sind, wird die Einreise verweigert. Darüberhinaus sind die Familienangehörigen derer betroffen, denen die Einreise nach Chile untersagt ist. Das Recht aller rückkehrwilligen Chilenen, in ihrer Heimat zu leben, auch und gerade derer, die das Regime von Chile fernhalten will, wird nur mit großem öffentlichen Druck von möglichst vielen Seiten durchzusetzen sein.

In der Bundesrepublik fand 1983 das erste landesweite Treffen von Chilenen für die Rückkehr statt. Bereits vorher waren lokale Rückkehrgruppen gegründet worden. Ebenfalls 1983 fanden zwei erfolgreiche europäische Treffen statt, im September in Wien und im Oktober in Rom mit den chilenischen Bischöfen.

In der Bundesrepublik leben heute etwa 1600 chilenische Exilanten mit ihren Familien. Betroffen sind damit ca. 4000 Personen, von denen nach vorsichtigen Schätzungen 2/3 in den nächsten 24 Monaten zurückkehren wollen. Eine Rückkehr nach Chile ist unter den gegenwärtigen Umständen mit vielen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Problemen verbunden. Die notwendigen Informationen müssen gesammelt werden. Chilenen, die nach Hause zurückkehren wollen, müssen auf eine völlig veränderte Situation in ihrem Lande vorbereitet werden, auf ein Land, das die meisten schon über 10 Jahre nicht mehr, die Kinder, die hier geboren wurden, überhaupt noch nicht gesehen haben.

Deshalb haben 1984 Vertreter lokaler Rückkehrkomitees und deutsche Freunde das "Deutsch-Chilenische Solidaritäts- und Rückkehrkomitee e.V." gegründet. Die Aufgaben dieses Vereins sind im wesentlichen folgende:

1. Im Rahmen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO (Art. 9 und 13) dem Recht der im Ausland lebenden Chilenen, in ihre Heimat zurückzukehren, Achtung zu verschaffen.
2. Durch Zusammenarbeit mit humanitären, kirchlichen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen in Chile und der Bundesrepublik die vielfältigen Probleme der Rückkehr der Chilenen in ihre Heimat abzuklären und wichtige Informationen zu veröffentlichen.
3. Chilenen, die nach Chile zurückkehren, juristische und wirtschaftliche Hilfe zu leisten, soweit dies nicht oder nicht ausreichend durch lokale Rückkehrkomitees und Initiativen geschieht.



Cecilia Bousier

Der Verein wird in diesem Jahr fortfahren, unregelmäßig ein Bulletin mit aktuellen Informationen zu veröffentlichen. Gegen Ende des Jahres soll ein umfassendes Buch für die Rückkehrinteressenten herausgegeben werden, das später auch als Modell für andere Nationalitätengruppen dienen kann. Darüber hinaus wird der Verein in diesem Jahr Seminare für Jugendliche, Familien und Koordinatoren der lokalen Rückkehrkomitees durchführen. Der Verein wird sich zudem an der Organisation europäischer Koordinationsseminare beteiligen.

Seminare des Vereins im Herbst 1986 (ZT)

Monitorensseminar: Vom 10.-12. Oktober findet in Köln ein Seminar für die Koordinatoren, Monitoren und Sprecher der lokalen Rückkehrgruppen statt. Ziel dieser Veranstaltung ist es, in jeder bundesdeutschen Stadt, in der Chilenen wohnen, mindestens eine Person intensiv mit der Rückkehrfrage vertraut zu machen. Mindestens eine Person soll alle Informationen über die Rückkehrproblematik kennen und die Fragen und Sorgen der betroffenen Menschen zu beantworten in der Lage sein. Dabei ist es wichtig, daß der entsprechende Koordinator bzw. Monitor in einer Gruppe arbeitet, damit die gesammelten Informationen nicht verloren sind, wenn der Betreffende selbst zurückkehrt, und das Rückkehrkomitee weiterarbeiten kann.

Ort: Jugendgästehaus Köln-Riehl Tel.: 0221-767081
An der Schanz 14
5000 KÖLN 60

Jugendseminar vom 24.-26. Oktober in Bremen-Cluvenhagen: Dieses Seminar ist vor allem für Jugendliche aus dem norddeutschen Raum gedacht, da für Jugendliche aus Frankfurt und Süddeutschland schon im Dezember 1985 ein sehr erfolgreiches Seminar durchgeführt wurde. Die Themen sind die folgenden:

1. Soziale, politische und wirtschaftliche Realität in Chile
2. Erziehungssystem in Chile
3. Organisationen, von denen die Rückkehrer in Chile Unterstützung erhalten können, und deren Programme
4. Exil der chilenischen Jugend: Identität, Integration, Rückkehr, Vorbereitung
5. Austausch persönlicher Erfahrungen, positive sowie negative Aspekte

Familienseminar in Frankfurt vom 21.-23. November:

Seminario para familias: Muchas veces un miembro de la familia ha decidido el regreso de la familia entera. Sería lo mejor que en cada familia se genere una dinámica propia que les permita una decisión en conjunto. En el caso chileno el exilio es un exilio familiar, de grupo. A menudo uno salió al exilio para mantener completa la familia, y hoy se regresa por el mismo motivo. El tema de este seminario será la reintegración de la familia; además se presentarán informaciones actuales y se van a discutir y analizar los problemas de los grupos familiares.

Bei allen Seminaren ist Spanisch die Tagungssprache.

Interessenten wenden sich bitte an:

Deutsch-Chilenisches Rückkehrkomitee e.V.

Comité Chileno Alemán de Solidaridad con Chile y por el Retorno

Hinter den Ulmen 15

6000 FRANKFURT 50

Tel.: 069-520081

in Münster: 0251-217546

Schirmherren des Vereins:

Heidi Alm-Merk, Elmar Altvater, Irene Börges, Emil Carlebach, Hertha Däubler-Gmelin, Freimut Duwe, Pater Anatol Feid, Helmut Frenz, Norbert Greinacher, Gaby Gottwald, Walter Jens, Hans Koschnick, Hildegard Lüning, Johann Baptist Metz, Urs Müller-Plantenberg, Dorothee Sölle, Eckart Spoo, Ludger Vollmer, Erich Waldemathe, Erich Wulff



Cecilia Bousier

BRD-WAFFENHILFE

Sturmgewehre als Entwicklungshilfe?

PRESSEMITTEILUNG DER GRÜNEN IM BUNDESTAG

Zu den Äußerungen von Minister Warnke zum Abschluß seines viertägigen offiziellen Besuchs in Peru in Fragen des Terrorismus, des Rauschgiftschmuggels und der Verbrechensbekämpfung könne die deutsche Polizei der peruanischen mit technischer Zusammenarbeit helfen, erklären DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG:

Jetzt läßt der Entwicklungshilfeminister die Katze vollends aus dem Sack: Anstatt sich um die in den Sand gesetzten bundesdeutschen Großprojekte in diesem Schwerpunktland bundesdeutscher Entwicklungshilfe zu kümmern und daraus die Konsequenzen zu ziehen, spielt er sich zum Polizeihelfer Nr. 1 auf, indem er ähnlich wie schon zuvor in Guatemala bundesdeutsche Polizeihilfe als Entwicklungshilfe anpreist.

Vor allem in Sachen "Terrorismusbekämpfung" schlägt der Minister dem Faß den Boden aus: Ist doch die Bundesrepublik schon seit Jahren Hauptunterstützer des peruanischen Staatsterrors.

Offiziell wurde an das Heer, die Guardia Civil und die Guardia Republicana das bundesdeutsche G-3-Gewehr geliefert; in den Notstandsgebieten sind bundesdeutsche Militärfahrzeuge im Einsatz (Mercedes-Benz-Unimogs, Militärlastwagen mit dem guten Stern auf allen Straßen sowie Radpanzer des Typs UR 416) wie Walter Schwenninger, Ex-MdB der Grünen bei der Menschenrechtskommissionsreise mit Friedensnobelpreisträger Perez Esquivel letztes Jahr feststellen konnte. An die peruanische Marine wurden sechs U-Boote der HDW Kiel geliefert.

Insgesamt betrugen die bundesdeutschen Rüstungsexporte an Peru allein in den Jahren 79-83 über 240 Millionen US-Dollar. In Peru werden in den letzten vier Jahren die Menschenrechte durch Polizei und Armee bei der Bekämpfung des "Sendero Luminoso", mit Füßen getreten: über 8.000 Menschen wurden - hauptsächlich durch die Staatsorgane - umgebracht; über 2.000 Menschen verschwanden, Mord und Folter sind an der Tagesordnung.

Auch unter der Amtszeit des Sozialdemokraten Alan Garcia haben die Menschenrechtsverletzungen nicht abgenommen. Dies zeigen die Massaker in den Andendörfern Accosmarca, Bellavista und Umaru durch die Streitkräfte und Polizei. Das Massaker in den drei Gefängnissen Limas am 18. Juni, wo Marineinfanterie, Heer und Polizei über 400 Häftlinge brutal er-

mordeten- teilweise nachdem sie sich ergeben hatten- beweist, daß dieser Präsident seine Polizei und Armee nicht unter Kontrolle hat.

Anstatt nun von außen Druck auf Garcia zu machen, die Menschenrechte und rechtsstaatliche Verhältnisse endlich wieder herzustellen, erklärt sich die Bundesregierung durch Minister Warnke dazu bereit, diesen Staatsterror weiterhin und nun mit Polizeihilfe zu unterstützen: Ein Armutszeugnis für einen Entwicklungshilfeminister, der eigentlich Alternativen zur Gewalt in Richtung auf eine friedliche Entwicklung aufzeigen müßte.

Die GRÜNEN fordern erneut: Stop aller Rüstungsexporte nach Peru, Einstellung jeglicher militärischen Zusammenarbeit mit Peru, Abberufung des deutschen Militärattachés in Lima, Überprüfung der staatlichen Entwicklungshilfe an Peru.

Bereits zuvor hatten die Grünen in einer Anfrage an die Bundesregierung Aufklärung gefordert über den entwicklungspolitischen Sinn von Waffenlieferungen an die Polizei in Guatemala. Hier ist die Zusammenfassung der Antwort, übernommen aus "heute im Bundestag".

Bonn: Die Bundesregierung unterstütze das Bestreben der Regierung Guatemalas, Demokratie und Pluralismus zu fördern und zu festigen. Dazu gehöre auch das Bemühen, "die nationale Polizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechend der neuen Verfassung des Landes aufzubauen und auszurichten". Eine Entscheidung der Regierung über eine mögliche Unterstützung der guatemaltekischen Regierung auf dem Gebiet des Polizeiwesens könne "erst nach Auswertung der Projektprüfungsergebnisse erfolgen". Das wird in der am Freitag im Bundestag veröffentlichten Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN festgestellt.

Die Regierung teilt mit, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit keine Entscheidungen über Ausrüstungshilfen fälle. Sie weist jedoch darauf hin, daß eine mögliche Unterstützung des Polizeiwesens entweder aus Mitteln des auswärtigen Amtes oder des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgen würde. In die Klärung der Sachfragen sei auch das Innenministerium eingeschaltet. Die Regierung betont, daß der Bundestag zu gegebener Zeit "nach dem üblichen Verfahren unterrichtet" werde. Entscheidungen seien bisher nicht getroffen worden.

REZENSIONEN

Señor Turista

Mit der Entwicklung des massenhaften Individualtourismus hat in den letzten Jahrzehnten das Interesse an möglichst abgelegenen, ursprünglichen Orten dieser Welt und an ethnischen Minderheiten und deren Kultur sprunghaft zugenommen. Im Sinne des "Alternativ"-Touristen vornehmlich aus den reichen Ländern dieser Welt ist es gerade erstrebenswert geworden, abseits der ausgetretenen Wege seinen eigenen, betont individuellen, Pfad zu trampeln - weg von der ihnen zum Hals raushängenden Zivilisation hin zu den vergessenen Minderheiten mit ihrer vermeintlich so ursprünglichen Kultur, ihrer Folklore, ihrer Exotik.

Diese Form des Kontakts vor allem zwischen 1. und 3. Welt ist das Thema des Films "Señor Turista - Begegnungen am Titicaca-See". Während eines insgesamt neun Monate langen Aufenthalts auf den schwimmenden Schilfinseeln der Urus und der hoch aufragenden Felseninsel Taquile im Titicaca-See an der Grenze zwischen Peru und Bolivien konnte das Team von Gerlinde Böhm einen eindrucksvollen Film fertigstellen. Spontan beeindruckt "Señor Turista" durch das sehr ansprechende Bildmaterial: Wunderschöne Landschaftseinstellungen durchziehen den Film ebenso wie sehr natürlich wirkende Aufnahmen von den dort lebenden Menschen. Man/frau bekommt unweigerlich Lust, auch dorthin zu jetten, dort umherzureisen - und plötzlich wird die Konsequenz aus dieser Lust gnadenlos dargestellt. Motorbootweise überfallen Touristengruppchen die Schilfinseeln der Urus, brechen als Fremdkörper rücksichtslos in die Idylle ein und verändern das Gesicht der schwimmenden Insel und auch der Menschen völlig. Doch damit zeigt sich auch die Kehrseite dieser Kehrseite: Der Tourismus hat sich zur Hauptvertriebsquelle der Urus gemausert, sie haben das Beste aus ihrer Exotik gemacht und damit begonnen, ihre Folklore zu vermarkten, was ihren Lebensstandard zweifellos verbessert, sie jedoch in den Augen der Touristen als "geldgierig" abwertet.

Auch wenn sich die Filmemacherin einer klaren Wertung enthält, liegen die Sympathien deutlich bei den Urus, deren geruhames Leben vor und nach dem Touristeneinfall ausgiebig vorgestellt wird - einige Längen in dieser Darstellung wirken sich auf den Gesamteindruck kaum negativ aus.

Auf der Felseninsel Taquile bildet der Tourismus einen recht eigenständigen Wirtschaftszweig, der nach genossenschaftlichen Grundzügen organisiert ist: Alle Einwohner sollen gleich viel an den ankommenden Reisenden verdienen können. Der private Verkauf der so begehrten Kunstgewerbeartikel ist untersagt, alles wird

zu einheitlichen Preisen in einem Gemeinschaftsladen verkauft. Man hat fast den Eindruck - abgesehen von einigen sehr "typischen" Touristen -, als ob die Beziehung zwischen Einheimischen und Besuchern gleichberechtigter wäre, denn alle Beteiligten gestalten das Zusammentreffen zu ihrem Nutzen. Das ganze Ungleichgewicht wird aber dem Filmzuschauer in einer kurzen Szene vor Augen geführt, als ein Tourist seinem "Gastgeber" zum Andenken eine Postkarte aus Berlin mit seiner Adresse schenkt: Der Taquileño wird nie die Möglichkeit haben, nach Europa zu fahren...

Zwei Kritikpunkte sollten allerdings erwähnt werden. Auch der Film "Señor Turista" kann sich nicht von einem gewissen Voyeurismus freisprechen: Die vielen Bilder von den süßen, exotisch gekleideten Indio-Kindern finden sich auch gerade in den Photoalben der Lateinamerika-Reisenden. Und in typisch deutscher Manier muß die Autorin zum Schluß noch darauf hinweisen, daß sie durch ihren langen Aufenthalt am Titicaca-See und ihre Arbeit mit den dort lebenden Menschen natürlich einen ganz anderen Einblick gewonnen hat und viel besser durchblickt als die ganz "normalen" Touristen.

Der Film ist zweifellos sehenswert und ein Muß für alle Menschen, auf deren Reiseplan eines der sog. Entwicklungsländer steht. Das Verhalten der Touristen mit seiner ganzen ungeheuren Peinlichkeit führt dem Zuschauer eindrucksvoll die ebenso große Peinlichkeit seines eigenen Auftretens in entsprechenden Situationen vor Augen.



Feilschende Touristen und handelnde Uru-Frauen

Dritte-Welt-Kalender '87

Inzwischen schon im fünften Jahrgang gibt es für 1987 wieder den Dritte-Welt-Kalender, im Lamuv Verlag, herausgegeben von agib, Buko, ÖIE und, erstmals mit dabei "terre des hommes".

Der Dritte-Welt-Kalender, imageförderndes Erkennungszeichen Dritte-Welt-bewegter Deutscher, Österreicher und Schweizer, unentbehrliches Inventar internationalistischer Hosen- und Handtaschen, hat dieses Jahr ein schwarzweißes Titelbild: schelmisch und doch betroffen machend lächelt den Betrachter ein peruanisches Mädchen an, das - mag es am Geschlecht liegen - den Blick des Betrachters auf jeden Fall schneller auf sich zieht als der Klischee-Indio des vergangenen Jahrgangs 1986 mit seiner Panflöte.

Und damit wären wir schon beim Thema: das diesjährige Schwerpunktthema des Kalenders ist "Frauen in der dritten Welt", die "Gruppe von Menschen, die etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, zwei Drittel der Arbeit leistet, aber nur ein Zehntel des Einkommens erhält und gar nur ein Prozent des Eigentums besitzt", so die Einleitung des Kalenders.

Ausführlich und informativ steht auf 40 Seiten lesenswertes über Frauen in der Dritten Welt / Frauen in Südafrika / Bolivien / Mexiko / Philippinen / Ecuador / Indien / Nicaragua / Frauenhandel. Buchausschnitte werden verwendet, die Informationen sind zwar ausschnittshaft, aber gut als Anregung zum Weiterlesen.

Nur schade, daß die Frau als Blickfang - hier das rührende Mädchen - schon auf der Titelseite des Kalenders einmal mehr eingesetzt wird. Vielleicht greifen die Kunden immer noch am schnellsten zu solchen Titeln, aber über dieses Niveau sind auch die Artikel im Kalender weit hinaus. Kann man keine Alternative zu den Fotos finden, die entweder romantisieren oder kitschige "Betroffenheit" auslösen? Bei Fotos greift man viel zu schnell zu solchen, die die gängigen Bilder, das Märchen vom armen, aber guten Sterntalermädchen, Bilder von denen wir wohl immer noch sehr stark geprägt sind, eher stützen als in Frage stellen. Diese Infragestellung, die verbal geleistet wird, sollte bei einem Verlag wie Lamuv auch bei Bildern geleistet werden.

Viel Platz gibts im Kalender für die leidigen Termine, mehr Platz als früher für Notizen, Stundenplan, persönliche Daten, es gibt einen Adressteil und Ferienkalender, Kurz: alles, was in einem guten Terminkalender enthalten sein muss. Und geschichtliche Daten, Gedichte, Kurztexte usw. im Kalendarium, viel zu lesen für langweilige Überbrückungszeiten, wo man/frau nur den Kalender dabei hat.

Auch 1987 geht's doch nicht ohne den Dritte-Welt-Kalender.

Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 98, Sept. 86 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
 Schwerpunktthema: **Agrobusiness:** Beiträge zur Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft in der BRD, zur EG-Agrarpolitik, zum Agrarexport am Beispiel Kolumbiens sowie zwei Beiträge, die aufzeigen, wie Entwicklungshilfe dem Agrobusiness dient und für die kleinbäuerlichen Produzenten zur tödlichen Hilfe wird. Außerdem enthält das Heft einen Sonderteil zum Thema "Repression und Guerilla in Peru", der vielfältiges Material zu den Hintergründen der Massaker in den peruanischen Gefängnissen enthält, sowie Beiträge zur Nicaragua-Solidarität, zum Verhältnis der Amtskirche zur sandinistischen Regierung, zum Kokaingeschäft in Bolivien, zur aktuellen Asylantenhetze und im Kulturteil ein Gespräch und eine Erzählung mit bzw. des paraguayischen Schriftstellers Augusto Roa Bastos und ein aktuelles Gedicht von Erich Fried zu Nicaragua.

blätter des iz3w Nr. 135, August 86 Postfach 5328, 7800 Freiburg
Brasilien - Kirche mit dem Volk: Interview mit Bischof Rodriguez über die Theologie der Befreiung in der Praxis und über das Staudammprojekt in Itaparica.
Französisch-Polinesien - Frankreichs Kolonie im Südpazifik / Namibia - Zehn Jahre illegaler Uranabbau / BRD-Kapitalhilfe - Entwicklungsländer sanieren den Bundeshaushalt / Interview mit Noam Chomsky über die US-Außenpolitik.

blätter des iz3w Nr. 136, September 86 Postfach 5328, 7800 Freiburg
Südafrika: Gewalt zwischen Schwarzen / Crossroads - Das Ende eines Symbols / Unabhängige Kirchen / Gewaltfrei und gemäßigt gegen Apartheid / Unabhängige Gewerkschaften.
Ägypten - Islamische Herausforderung / Chile - Einstieg in den Ausstieg / Nicaragua - Trinkwasser für Wiwili u. Interview mit Roland Stahn / Südkorea - Amerikanische Kommandos im Land der Morgenstille / Guatemala - Die Geschichte eines endlosen Exodus / Kurdistan - Der Krieg in Türkisch-Kurdistan

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ 2/86 Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
 Gezogen und Geschoben. Weltweit auf der Suche nach Arbeit.

In diesem Heft wird der Frage nachgegangen, warum Menschen ihre Heimat verlassen, um in weit entfernten Ländern zu arbeiten, unter welchen Bedingungen sie dort leben und welche Wirkung die Migration auf die Wirtschaft der Herkunftsländer hat. Neben der Darstellung übergreifenderer historischer Zusammenhänge kommen u.a. folgende Themen zur Sprache: Selbstorganisation mexikanischer Wanderarbeiter in den USA / Asiaten in den Golfstaaten / Ausweisung von Ghanaern aus Nigeria / Ursachen der Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Mittelmeerraum in die nordwesteuropäischen Industriestaaten / Transmigrasi-Projekt in Indonesien / "weiße Gastarbeiter" am Beispiel der sogenannten "Expats von Nairobi" / Aktion S.O.S. Racisme / Porträt des "Millionsten Gastarbeiters" in der Bundesrepublik.

SOLIDARISCHE WELT Nr. 115 Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
 Schwerpunkt: **LATEINAMERIKA:** Landwirtschaft und Landvertreibung in den Anden / Rechtshilfe und Selbsthilfeprojekte in Peru / Brasilien: Landlose wehren sich / Zunehmende Regenwaldvernichtung in Amazonien / Aktionshinweise und ASW-Jahresbericht 1985

AIB 7/1986 Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Südafrika: Erklärung des ANC - Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht / **Namibia:** Sam Nujoma - Die unheilige Allianz Botha-Reagan / **Nicaragua:** Interview mit Sergio Ramirez zu Contadora / Helmut Frenz zum ai-Bericht über Nicaragua / **Honduras:** Ausverkauf stößt auf Widerstand / **Sri Lanka:** Zuspitzung des Bürgerkriegs / **Ägypten:** Interview mit Khaled Mohieddin / **SU und 3. Welt:** Supermacht gleich Supermacht? / **Ökologie:** Armutsbedingte Umweltprobleme / Bophal - Profite statt Sicherheit

AIB 8-9/1986 Liebigstr. 46, 3550 Marburg
 Sonderteil: **Krieg Iran - Irak:** Bilanz nach 7 Jahren / Waffenexporte / Ungewisse Zukunft der Islamischen Republik / Die Kurdenbewegung
Südafrika: Zur Strategie des bewaffneten Befreiungskampfes / Ausnahmezustand / **Nicaragua:** Votum für den Krieg / Die Kirche der Armen macht mobil / Rede Ortigas / **China:** Wird unsere Reform zum Kapitalismus führen? / **Philippinen:** Noch sind die Weichen nicht gestellt / **Atomkrieg:** Nuklearer Winter - das ökologische Ende.

PERIPHERIE Nr. 22/23 Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Fordismus, Landwirtschaft, Modernisierung
 Zentralisierte Planung und die unbeabsichtigte Zerstörung lokaler Exportökonomien im brasilianischen Amazonasgebiet / Naturverständnis und Agrarproduktion - Zur Agrarkultur der Baule in der Elfenbeinküste des 19. Jahrhunderts / Mechanisierung des Regenfeldbaus in Mexiko. Welches Gesellschaftsmodell soll man wählen? / Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt / Fordismus in der Landwirtschaft - Technologische und gesellschaftliche Polarisierung als Kennzeichen gegenwärtiger Agrarentwicklung in der BRD und in Mexiko / Frauenarbeit in der Bekleidungsproduktion: Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung durch Einsatz neuer Technologien? / Staatsklasse, Umverteilung und die Überwindung von Unterentwicklung

BOLIVIA - Informationsblatt Nr. 60, Juli/August 1986
SAGO-Informationszentrum, Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30
 Zur aktuellen Lage: Die Invasion / Die Durchführung des Referendums / Die Zukunft des Bergbaus / Zu den Gefängnismassakern in Peru / **Der Internationale Währungsfond:** Geschichte / Funktionsweise und Organisation / Organe / Herkunft der IWF-Mittel / Ziehungs- und Kreditmechanismus / Ziehungsmöglichkeiten / Bedingungen für IWF-Kredite / Geforderte Anpassungspolitik / Kritik der IWF-Kriterien / IWF und Bankensystem

INPREKORR 183/184 Postfach 11 10 17, 6000 Frankfurt 1
 Schwerpunkt: **Verschuldungskrise:** Ernest Mandel analysiert die Ursachen in den Metropolen / Kontinentale Einheitsfront gegen Verschuldung (Interv. mit bras. Gewerkschafter) / Positionen von CUT und Em Tempo (Brasilien) / **Uruguay:** Erste Bilanz der Zivilregierung / **Paraguay:** Stroessner wankt / **Nicaragua:** Volks- und Amtskirche u.v.m.

ISSA 4'86, Juni/Juli

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: **Jugend in Südafrika:** Trotz Notstandsmaßnahmen und Repressalien, Zensur und Gesetzesverschärfungen, Indizien für Schwäche und fehlende politische Beweglichkeit der Regierung hat die Opposition in Südafrika seit Einführung der neuen Verfassung vor zwei Jahren kräftig zugelegt. Dies gilt besonders auch für die Jugend. RUTH WEISS gibt einen Überblick über die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der Polizei, beleuchtet auch die psychologischen Faktoren dieser Konfrontation. Ein Bericht über den Kongreß des Nationalen Komitees zur Bildungskrise, ein Überblick über die verschiedenen Jugend- und Studentenverbände des südafrikanischen Widerstands, die Bildungspolitik sind weitere Themen des Heftes. Auch die aktuellen Entwicklungen in den Gewerkschaften sowie eine Einschätzung der Abschaffung der Paßgesetze am 1.7.d.J. und v.m.

epd-Entwicklungspolitik 15/86

Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

Dient Kampf der USA gegen internationalen Drogenhandel militärischen Zwecken? / Schwerpunkt: **Rüstungskonversion:** K. Schomacker: gewerkschaftliche Arbeitskreise "alternative Fertigung" / P. Wolke: Elemente eines Aktionsprogramms / H. Wulf: Rüstungskonversion

epd-Entwicklungspolitik 16/86

Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

Theologie der Befreiung in Asien: Das Christentum ist in Asien die Religion einer Minderheit, die dem asiatischen Kontext entfremdet ist. In einem Durchgang durch die ökumenisch orientierte asiatische Theologie zeigt Al Imfeld auf, wie das Christentum sich produktiv mit nichtchristlichen Traditionen und Lebensweisen mischen kann.

epd-Entwicklungspolitik 17/86

Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt 1

Schwerpunkt: **"Bewußt - gerecht - gesund" - Ernährung hier und in der Dritten Welt.** Beiträge von Wissenschaftlern der Universität Gießen zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung, Infragestellung unserer Konsumgewohnheiten und zur Ethik der Beschränkung. Literaturübersicht zu "Landwirtschaft in einer zerstörten Welt" und "Landwirtschaft - modern und naturgemäß".

Eingegangene Bücher

Enrique Rosner (Hg.): **Leonidas Proaño.** Freund der Indianer. Edition Exodus, Freiburg 1986

Alejo Carpentier: **Essays.** Verlag Volk und Welt, Berlin 1985

Klaus König (Hg.): **Öffentliche Verwaltung und Entwicklungspolitik.** Nomos, Baden-Baden 1986

Otto Wulff: **Entwicklungshilfe zwischen Völkerrechtsordnung und Weltwirtschaftssystem.** Nomos, Baden-Baden 1986

Andreas Maislinger (Hg.): **Costa Rica.** Politik, Gesellschaft und Kultur eines Staates mit ständiger aktiver und unbewaffneter Neutralität. Inn-Verlag, Innsbruck 1986

Rudolf Braunburg: **Mit den Wäldern stirbt der Mensch.** Signal-Verlag, Baden-Baden 1986

Leif Jorgensen: **Der lange Marsch der Männer von Patzun.** Signal-Verlag, Baden-Baden 1986

Widerstand in der US-Armee. GI-Bewegung in den siebziger Jahren. Harald Kater Verlag, Görlitzer Str. 39, 1000 Berlin 36, 1986

Stephen Schlesinger, Stephen Kinzer: **Bananen-Krieg.** Das Exempel Guatemala. dtv, München 1986

Dritte Welt Kalender 1987. Lamuv, Bornheim-Merten 1986

Norbert Ahrens: **Gott ist Brasilianer, doch der Papst ist Pole.** Hintergründe der Theologie der Befreiung. Lamuv, Bornheim-Merten 1986

Dieter Eich, Willi Germund (Hg.): **Vulkan der Träume:** Nicaragua, Utopie und Alltag. Vervuert, Frankfurt 1986

Martin Franzbach: **Kuba.** Materialien zur Landeskunde. 2., veränderte und erweiterte Auflage, Vervuert, Frankfurt 1986

Rudolf Karlen (Hg.): **Fluchtpunkte.** Menschen im Exil. Lenos-Verlag, Basel 1986

"Klar, schön war's, aber ...". Tourismus in die Dritte Welt. iz3w, Freiburg 1986

TERMINE

NEUPRODUKTION DER BERLINER COMPAGNIE:

„Oscar Romero“

Theaterstück über einen Martyrer Lateinamerikas

24. März 1980. Oscar A. Romero, der Erzbischof von San Salvador, wird während der Predigt von einem Geheimpolizisten erschossen. Das Stück zeichnet die dramatische Entwicklung auf, die das Leben Romeros vom Tag seiner Amtseinführung an bestimmte. Es ist die Entwicklung eines eigentlich konservativen Christen, dessen Engagement für das Volk El Salvadors noch nichts von seiner Aktualität verloren hat.

Die Uraufführung von "Oscar Romero" fand am 10. 9. 1986 auf dem 'Katholikentag von Unten' in Aachen statt. In Berlin ist das neue Stück der **Berliner Compagnie** vom 10. - 17. Oktober und vom 7. - 16. November zu sehen. Dazwischen und danach gehen sie auf Tournee:

Kempten (20.10.), Lindau (21.10.), Konstanz (22.10.), Imst (24.10.), Markdorf (26.10.), Schwäbisch Gmünd (28.10.), Dillenburg (29.10.), Nübbel (31.10.), Flensburg (1.11.), Heide (2.11.), Lübeck (4.11.), Rottensburg (18.11.), Frankfurt (19.11.), Mannheim (20.11.), Hanau (21.11.), Gernersheim (22.11.), Kaiserslautern (23.11.), Offenbach (24.11.), Herne (25.11.), Dortmund (26.11.), Iserlohn (27.11.), Bielefeld (28.11.), Duisburg (29.11.), Mönchengladbach (30.11.), Neustadt (1.12.), Bamberg (2.12.), Augsburg (3.12.), München (4. - 7.12.), Ulm (8.12.), Wiesbaden (9.12.), Darmstadt (10.12.), Ahaus (11.12.).

* * *

Seminare des AKE-Bildungswerks, Vlotho

Entwicklungshilfe in der Sackgasse?

- Zwischen "tödlicher Hilfe" und "Hilfe zur Selbsthilfe" -
17. - 19. 10. 1986 im Jugendhof Windrose, 4811 Oerlinghausen

Drei Welten oder eine? Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge
27.10. - 1.11.1986 in der Bildungsstätte Haus Ravensburg, 4904 Enger

Agrotoxikos. Chemische Landwirtschaftshilfe gegen wen?

10. - 12. 10. 1986 in der Ökumenischen Werkstatt, 5600 Wuppertal

Anmeldung und Information bei: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

* * *

Schwule in Lateinamerika (Seminar am 17. - 19. Okt. 1986)
Im Freien Tagungshaus Waldschlößchen, 3407 Gleichen-Reinhausen, Tel.: 05592/1240
(dort auch alle näheren Informationen!)

NEU IM VERTRIEB DER LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Seit Juli 1986 haben die **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** den Verkauf der Bücher des **LATIN AMERICA BUREAU** an Buchhandel und Direktabnehmer in der Bundesrepublik übernommen (siehe doppelseitige Anzeige in LN 150 - Juli 1986). Ab sofort ist wieder lieferbar:

Jenny Pearce: **UNDER THE EAGLE: US Intervention in Central America and the Caribbean**

From President Monroe to Reagan, 'Under the Eagle' examines the history and motivations of US policy in Central America and the Caribbean and assesses its impact on the impoverished people of the region.

Now in its fourth printing, 20'000 copies sold worldwide.

"... still the most comprehensive introduction and analysis of America's 'backyard'." New Statesman, 1984

1982 295 pp ISBN 0-906156-13-0 DM 21,80

Ankündigung

edition FDCL 10

Ankündigung



Jaime Ensignia

CHILENISCHE GEWERKSCHAFTEN UNTER DER DIKTATUR

Die Gewerkschaftsbewegung Chiles ist trotz jahrelanger Unterdrückung durch die Militärdiktatur und interner Spaltungen die stärkste organisierte politische und soziale Kraft der Opposition. Die verschiedenen Gewerkschaftsgruppierungen, ihre Verbindungen zu Parteien, Katholischer Kirche und den Sozialen Bewegungen sowie die Perspektiven der chilenischen Gewerkschaftsbewegung werden vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung dargestellt.

Herbst 1986 ca. 250 S. ISBN 3-923020-09-0 DM 19,80

Einladung zur Subskription

*

Einladung zur Subskription

Für schnell Entschlossene bieten wir das Buch zum Subskriptionspreis von DM 15,- (incl. Porto). Dieses Angebot gilt nur für Bestellungen bis zum 30.10.86 (Datum des Poststempels), denen ein Verrechnungsscheck über DM 15,- beigelegt ist.

Bestellungen bitte an: **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN** - Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61



**BÜCHER ZUM THEMA:
LATEINAMERIKA 1986**

NEUERSCHEINUNGEN

Der andere Buchladen

Der andere Buchladen

Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41
Tel: 02 21 - 41 63 25

DIE NEUE BÜCHERLISTE LATEIN- AMERIKA

enthält in Fortsetzung unserer ersten Listen (Liste I: bis 1984 erschienene Bücher, Liste II: Neuerscheinungen 1984/85) auf über 100 Seiten **Besprechungen** von politischen und literarischen Neuerscheinungen 1985/86.

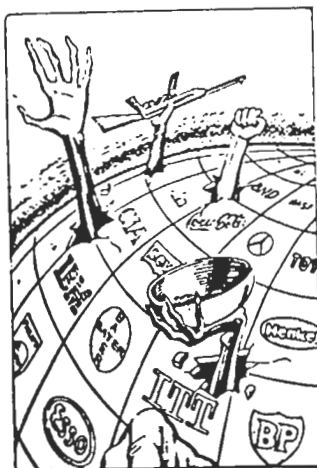
Besprochen sind:

- Sachbücher zur politischen und sozialen Lage in den einzelnen Ländern
- länderübergreifende Bücher
- Werke lateinamerikanischer Schriftsteller
- Auswahl allgemeiner Dritte-Welt-Literatur

Im Laden kostenlos!!

Wir verschicken die Bücherliste '86 gegen DM 2,50, alle zusammen gegen DM 6,- in Briefmarken.

AKTIONSHANDBUCH DRITTE WELT



Peter Hammer Verlag

Hg.: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Die 7. völlig überarbeitete Auflage des schon bewährten Aktionshandbuchs gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Dritte Welt-Bewegung, mit ihren Arbeitsschwerpunkten und Problemen. Zentrale Netzwerke und Kampagnen werden vorgestellt, ebenso einige wichtige Organisationen und Dachverbände. Aktionsbeispiele zu den Themen 'Ausländer', Schule, Kultur und Internationalismus (u.a. Südafrika, Nicaragua) geben Anregungen für die eigene Arbeit. Das Aktions-ABC fasst eine Fülle von Tips und Informationen - von 'Abendveranstaltung' über rechtliche Tips bis 'Zuschüsse' zusammen. Der umfangreiche Serviceteil enthält neben einer Zusammenstellung von Medien und Materialien zur Entwicklungspolitik über 3000 Adressen von Aktionsgruppen und Institutionen. 288 Seiten **13,80 DM**

Hiermit bestelle ich/wir ... Exemplare des Aktionshandbuchs Dritte Welt zum Preis von 13,80 DM zuzüglich Versand.
Name:
Anschrift:

an: BUKO, Wernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Tel: 040/ 39 31 56
Bei Mehrfachbestellungen gibts Rabatt !!

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

erschient vierteljährlich

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

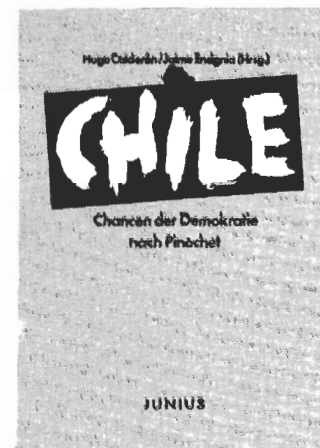
regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

Schwerpunktheft:

- 5 / 85 Ausgrenzungen, Arbeitstitel „Ghettos“
 - 6 / 85 Socialist Housing?
(Doppelheft, englisch)
 - 7 / 85 Raum-Ordnungen
 - 8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren
 - 9 / 86 Mittelstädte
 - 10 / 86 Frauen
 - 11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe
für Menschen in Wohnungsnot 1987
(Doppelheft)
 - 12 / 87 Angepaßte Technologien
 - 13 / 87 Slum and Squatter Upgrading
(Doppelheft, englisch)
- Einzelheft: DM 9,-
(Studenten DM 6,-, Institutionen DM 12,-)
Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

Aboservice und Vertrieb:
Hundertmorgen Medienversand
Postfach 1152
D-6107 Reinheim 2
Tel. 06162 - 1674



Berichtigung

Das kürzlich erschienene Buch:
Hugo Calderón/Jaime Ensignia (Hg.),
Chile - Chancen der Demokratie
nach Pinochet, kostet nicht, wie
versehentlich in der Anzeige in
LN 151 angegeben, DM 24,80,
sondern DM 19,80.

Junius Verlag GmbH
Postfach 50 07 45
2000 Hamburg 50

Auf Anfrage versenden wir gern
unser neues Verlagsverzeichnis!

Landbesetzungen in Honduras

Herausgegeben vom den Honduras-Komitees Hamburg und Münster und dem Zentralamerika-Komitee Westberlin, Juni 1986

Die erste Veröffentlichung in deutscher Sprache über die Landbesetzer in Honduras. Die Broschüre vermittelt genaue Informationen über die Lebenssituation der landlosen Campesinos, die Geschichte der Bauernbewegung und die Hintergründe der Landbesetzungen.

28 S., DIN-A4, 18 Fotos, 1 Diagramm,
DM 4,50

Bestellungen an: LN-Vertrieb,
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61